Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 90. Postsch. Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 69. Mittwoch, 21. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 10 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Reserenten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 68. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Litwinows Vorstoß.

Es ist ein recht merkwürdiges Zusammentreffen, daß gerade in dem Augenblick, wo die Douezaffäre eine gewisse Spannung in die deutsch-russischen Beziehungen gebracht hat, Litwinow, der Führer der russischen Delegation, in Genf eine Rede gehalten hat, die in ihrem Inhalt, ihrer Tendenz, in ihrer schonungslosen Schärfe und Prägnanz eine nicht zu verkennende Unterstützung des deutschen Standpunktes zur Rüstungsfrage liefert. Diese Rede Litwinows kann für jeden unvoreingenommenen Politiker in Deutschland und Rußland den letzten schlüssigen Beweis liefern, daß in den großen Problemen der Weltpolitik diese beiden Länder, so grundverschieden auch ihre inneren Strukturen sind, zusammengehen müssen. Deutschland fordert die allgemeine und restlose Weltabrüstung, weil der Versailler Friedensvertrag, noch mehr die Durchführung der eigenen Abrüstung ihm das Recht zu dieser Forderung geben. Es fordert diese Abrüstung, weil die gesamte Weltpolitik programmatisch auf die These einer festen Friedenssicherung aufgebaut ist, weil es nur eine selbstverständliche logische Folgerung aus dieser programmatischen Festlegung des Sicherungsbegriffes ist, wenn jetzt aus Theorie Praxis werden soll. Man hat sich in allen Staaten der Siegerwelt offiziell auf die Abrüstung festgelegt. Was schließlich besagt, daß in der Frage, ob abgerüstet werden soll, programmatisch zumindest keine Uneinigkeit mehr besteht. Vergegenwärtigt man sich jedoch, daß die Völkerbundsversammlung und der Rat sich bisher in 18 Sessionen mit der Abrüstung beschäftigt haben, daß zahlreiche Organisationen und Unterorganisationen der Genfer Institution bisher in mindestens 120 Sessionen diese Frage ventiliert haben, daß der Rat und Versammlung seit Gründung des Bundes nicht weniger als 111 Resolutionen angenommen haben, so muß schließlich auch der unentwegteste Anhänger des Völkerbundsgedankens und seiner Zweckaufgaben zu der Gewißheit kommen, daß es nicht allein technische Schwierigkeiten sind, die immer und immer wieder die praktische Folgerung aus der Theorie zur Weltfarce machen.

Deutschland fordert also die restlose Abrüstung. Wenn seine Delegation in Genf bis jetzt diese Forderung nicht in dieser ultimativen Art zum Ausdruck brachte, wie es jüngst Litwinow unbedingt tat, so liegt dies an der Erkenntnis der deutschen Delegation, daß sie erstens mit einer solchen Forderung ziemlich allein steht, daß sie zweitens nur dann etwas überhaupt erreichen kann, wenn sie der gerissenen Taktik und Dialektik der Gegner eine gleiche Taktik entgegenstellt. Die große Bedeutung der Litwinow-Rede für Deutschland liegt in der Tatsache, daß sie die deutsche Forderung auf Weltabrüstung sich zu eigen macht und diese Forderung in einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit zum Ausdruck bringt, die sich Deutschland auf Grund seiner Zwangslage nie erlauben könnte. Es wäre falsch, wenn man den Ausführungen des russischen Delegierten in Genf eine lediglich taktische Bedeutung beimessen würde. Diese Rede Litwinows stellt die Abrüstungskommission vor eine Alternative. Sie erheischt eine Antwort. Und zwar eine Antwort, in der Farbe bekannt werden muß. Diese Antwort wird zwar sicherlich nicht eine sichtliche und praktische Weiterentwicklung des Abrüstungsgedankens darstellen. Aber sie wird ein großes Teil der Heuchelei, die stets von den großen Siegermächten mit der Abrüstungsidee getrieben wurde, aus der Welt räumen. Rußland konnte sich in Genf zu einer solchen scharfen und ultimativen Frage verstehen, weil Rußland ja schließlich keine Rücksichten zu nehmen braucht, weil eine solche Sprache die russischen Interessen nicht schädigt, schon weil man von vornherein eine solche Sprache von den Russen erwartet. So liefert die Genfer Litwinow-Rede zwischen Rußland und Deutschland eine natürliche Operationsgemeinschaft. Es spricht sehr für das taktische Geschick des Grafen Bernstorff, wenn er sich sofort nach dieser Litwinow-Rede zu einer äußerst kräftigen Unterstützung der russischen Forderungen entschloß. Daß die zum erstenmal in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz erschienenen Türken sich gleichfalls in diese deutsch-russische neue Front einreihten, ist ein weiterer Umstand, der der deutschen Einstellung sehr dienlich sein wird.

Die Rede Litwinows in Genf gipfelt in zwei entscheidenden Fragen: 1.) ob die Kommission im Prinzip der allgemeinen Entwaffnung in dem von den Russen geforderten Zeitraum zustimmt, und 2.) ob schon am Schluß des ersten Jahres eine Abrüstung erfolgt sein solle, die weitere Kriege unmöglich mache. Man sieht also, Litwinow geht aufs Ganze. Er verlangt Gewißheit, Klarheit, ein Ja oder ein Nein. Die Rede des deutschen Delegierten Graf Bernstorff konnte sich nach dieser prägnanten Forderung der Russen nur auf den Versuch beschränken, die Kommission von der Tatsache zu überzeugen, daß diese von den Russen vorgetragenen Ideen nichts Neues seien, nichts spezifisch Russisches, keine bolschewistische Demagogie, daß sie nichts weiteres seien als eine Anknüpfung an die bekannten 14 Punkte Wilsons, die ja gleichfalls eine Reduktion der Rüstungen bis auf ein Maß forderten, das lediglich für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe des Landes bestimmt sei. Der Zweck dieser Ausführungen des Grafen Bernstorff war der, dem russischen Vorstoß den Charakter des Außergewöhnlichen zu nehmen. Da die russischen Forderungen die „Aufrechterhaltung des Friedens" bezwecken, also einer Forderung Verwirklichung schaffen wollen, die von allen Staaten offiziell vertreten wird, so passen sie sich auch in der Tat harmonisch in die Kommissionsarbeiten ein. Graf Bernstorff faßte sie geschickt in eine Formel: „Die Unmöglichmachung eines Angriffkrieges durch Vernichtung aller militärischen Angriffsmöglichkeiten ist die beste Gewähr für die Sicherheit." Die Fragen, die hier der Kommission von einer geeinten deutsch-russisch-türkischen Front gestellt werden, sind gewiß für eine Mehrheit dieser Kommission peinlich und unangenehm. Aber sie müssen beantwortet werden. Und zwar jetzt. Was besagt, daß die Maske fallen muß.

Schweres Unglück auf einer Braunkohlengrube.

Bisher 11 Tote geborgen. — Mehrere Schwerverletzte.

Mückenberg bei Liebenwerda. (Funkspruch.) **Heute vormittag in der 10. Stunde stürzte infolge des heftigen Sturmes die bei der Braunkohlen- u. Brikettindustrie A.-G. im Bau befindliche Abraumförderbrücke zusammen. Die Unfallstelle ist abgesperrt.**

Zu dem schweren Unglück wird weiter mitgeteilt, daß durch den Sturm das Montagegerüst umgeworfen und dadurch die Eisenkonstruktion mitgerissen wurde. Bis um die Mittagsstunde waren 11 Leichen geborgen. Man glaubt, sämtliche Opfer der Einsturzkatastrophe gefunden zu haben. Die Zahl der Schwerverletzten wird auf sieben angegeben. Die Bergungsarbeiten sind bei dem außerordentlich sandigen Gelände infolge des heftigen Sturmes sehr erschwert.

Landhammer hat halbmast geflaggt.

Der sächsische Volksbildungsminister über Schulfragen.

ftl. **Dresden.** Der **Haushaltsausschuß A des Landtages** behandelte am Dienstag das Kapitel 71 des Staatshaushaltplanes betr.

Volks- und Fortbildungs-(Berufs-)Schulen.

Abg. Claus (Dem.) bemängelte als Berichterstatter die Besetzung der Leipziger Bezirksschulratsstelle für das Berufsschulwesen und wünschte, daß die Regierung über die Leistungen der Volksschule neuerliche Urteile abgebe.

Abg. Weckel (Soz.) bekämpfte vor allem die Verordnung betr. **Freigabe von Schulräumen, wandte sich gegen die Religion in der Schule** und forderte ein einheitliches Schulrecht.

Der Volksbildungsminister

wies darauf hin, daß die Trennung der Schulaufsichtsbezirke nach Sachgebieten (Volks- und Berufsschulen) gesetzlich ebenso zulässig sei, wie die örtliche Teilung von Schulbezirken und daß die Einstellung von besonderen Schulräten infolge der starken Entwicklung der Berufsschule auch zur unbedingten Notwendigkeit geworden sei. Ein allgemein gültiges Urteil über die Leistung der gesamten sächsischen Volksschulen könne nicht abgegeben werden. Es gäbe Schulen mit guter und mit weniger guter Leistung. Eine Schule ergäbe nur dann gute Leistungen ihrer Schüler, wenn hinter der Schularbeit ein geschlossenes Lehrerkollegium stehe, daß sich von fremden Einflüssen freihalte und die gesamte Arbeitskraft nur auf eine einheitliche Schularbeit konzentriere. Dort aber, wo die Lehrerkollegien zerrissen seien, leide natürlich auch die Schularbeit in erheblichem Maße. Dazu trete, daß natürlich, wie überall, so auch an den Volksschulen viele Menschlichkeiten bei einzelnen Lehrern zutage treten, so daß auch innerhalb der einzelnen Schulen oder auch manchmal an ganzen Schulen insbesondere entlegenerer Gegenden, die Leistungen der Kinder ungenügend seien. Um diesen Uebelstand abzustellen und um eine einheitliche Schularbeit überall zu gewährleisten, kenne die Regierung nur ein einziges Mittel, nämlich eine intensivere Schulaufsicht, die der einzelnen Schule näher stehe, als die bisherige einzige Aufsichtsperson, nämlich der Bezirksschulrat, der nicht immer zu erreichen sei und dessen Zeit auch hierfür nicht ausreiche. Diesem Uebelstand werde auch nicht durch eine vermehrte Teilung von Schulaufsichtsbezirken abgeholfen.

Im übrigen kämen die Klagen gegen die Leistungen einzelner Schulen nicht nur von einer Seite: die Beschwerden kämen von Leuten, die den verschiedensten Richtungen angehören. Im allgemeinen glaube das Ministerium allerdings sagen zu können, daß **durch die ruhige und sachliche Führung der Volksschulpolitik in den letzten 4 Jahren ein großer Teil der früher zu beklagenden Zustände an den Volksschulen sich gebessert und die Schularbeit wieder zufolge größerer Konzentration der Lehrerschaft befriedigende Ergebnisse hervorgebracht habe.**

Darüber hinaus erklärte die Regierung, daß auf der Tagung des Vereins der Bezirksschulräte über die Wiedereinführung des Direktorats verhandelt worden sei. Von 37 Bezirksschulräten haben sich nur wenige gegen die Wiedereinführung der alten Einrichtung gewandt.

Von 527 000 Volksschülern befänden sich in Sachsen 13 000 in Förderklassen, 13 000 in gehobenen Klassen und 5000 in Hilfsklassen. Mit dieser Gliederung stehe Sachsen an der Spitze der deutschen Länder. Ueber die **Art der Beschulung Schwererziehbarer** würden noch Erörterungen angestellt.

Auf die **Wiedereinführung der Gewerbelehrerprüfung** sei man **nicht zugekommen.** Die eingegangenen 400 Gesuche um Anerkennung der Gleichwertigkeit würden zur Zeit geprüft. **Die Regierung habe Lehrgänge mannigfacher Art für die verschiedensten Fächer im letzten Jahre eingerichtet.**

Abg. Siegert (Dnat. Vp.) bemängelt, daß die **Schulzucht** noch sehr viel zu wünschen übrig ließe und legt Wert auf **ausreichenden Religionsunterricht.**

Abg. Voigt (DVp.) hebt die **Bedeutung der Vollklassen an den Berufsschulen** hervor und bedauert, daß die Finanzlage des Landes zur Zeit kein weiteres Entgegenkommen gestatte. Die in Zeiten der Arbeitslosigkeit sich bietende freie Zeit könne nicht besser als zu beruflicher Schulung Anwendung finden. Jeder Wohlmeinende müsse wünschen, daß die sächsische Volksschule ihr altes hohes Ansehen wieder erlange. Die gesetzlichen Elternvertretungen erführen von seiten der Lehrer manchmal nicht die gebotene Beachtung, und der Religionsunterricht sei durchaus nicht überall sichergestellt.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) **verweist darauf, daß sich eine ausreichende Zahl Studenten an den pädagogischen Instituten gemeldet habe, so daß der Bedarf an Volksschullehrern voll gedeckt werden könne.** Es müsse schließlich auf die Erweiterung der Institute zugekommen werden, und die entsprechenden Etatmittel seien anzufordern.

Die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie überall dort die Errichtung von Vollklassen an Berufsschulen genehmige, wo die Gemeinden die erforderlichen Mittel selbst aufbrächten und wo durch die Entwicklung der Rest der Berufsschule nicht beeinträchtigt werde.

Für die **Ausbildung von Religionsunterrichtslehrern** sei an den pädagogischen Instituten in Leipzig und in Dresden Vorsorge getroffen.

Wie alljährlich erforderte dieses wichtige Etatkapitel die Ausschußberatungen eines ganzen Tages. Mit 93 254 400 Mark Ausgaben, zu denen von den Gemeinden rund 30 Mill. beigetragen werden, **beansprucht dieses Kapitel etwa 22 Proz. der gesamten Ausgaben des Staatshaushaltsplanes für 1928.**

Die Redner aller größeren Parteien nahmen zu den wichtigen Fragen des Volks- und Berufsschulwesens Stellung, nur die Wirtschaftspartei beteiligt sich nicht an der Aussprache, obwohl das gewerbliche Berufsschulwesen mit im Vordergrund der Beratungen stand. **Alle Abstimmungen wurden ausgesetzt,** da von fast allen Parteien Anträge vorgelegt wurden, die zunächst in den Fraktionen besprochen werden sollen.

Die Regelung der Beamtenfragen betr.

)(**Berlin.** Der **Unterausschuß des Haushaltsausschusses,** der im Zusammenhang mit dem Ergänzungsetat für 1928 speziell die Frage der Durchführung der beim Besoldungsgesetz gefaßten Entschließungen klären sollte, ist gestern vormittag 9 Uhr zu einer mehrstündigen Sitzung zusammengetreten. **Ihr Ergebnis ist abermals negativ.** Die Parteien der Opposition und mit ihnen die Deutsche Volkspartei stehen dem „B. T." zufolge nach wie vor auf dem Standpunkt, daß **entweder alle Entschließungen durchgeführt** werden müssen, **oder die ganze Neuregelung der Beamtenfragen dem kommenden Reichstage zu überweisen** ist. Die weitere Klärung dieser Frage ist nun einer Konferenz der Parteiführer mit dem Finanzminister überwiesen worden, die heute nachmittag 4 Uhr zusammentritt.

* **Berlin.** Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sollen sich die **Parteiführer bei der Besprechung mit dem Reichsfinanzminister** dahingehend geeinigt haben, **daß die Durchführung der in den Reichstagsentschließungen vorgesehenen Beamtenumgruppierungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben** werden soll. Es sollen jetzt nur diejenigen Umstufungen zur Ausführung kommen, die im Gesetz über die Besoldungsreform ausdrücklich vorgesehen sind. Der Aussetzung der in den Reichstagsentschließungen vorgesehenen Umgruppierungen soll, wie verlautet, deshalb von den Parteiführern zugestimmt worden sein, weil es sich dabei im ganzen um 12 bis 15 000 Reichsbeamte handelt. Allein bei der Post sollen dabei etwa 7000 Beamte in Frage kommen. Auch die Reichsbahn würde davon betroffen werden. Zur Durchführung dieser großen Umstufungen wäre eine neue umfangreiche Gesetzesvorlage nötig, die aber infolge der vielen damit zusammenhängenden Fragen vorläufig nicht verabschiedet werden könne.

Reichspräsident von Hindenburg an den Verband Sächsischer Industrieller.

Den in Dresden versammelten Mitgliedern des Verbandes Sächsischer Industrieller sage ich **herzlichen Dank** für das freundliche Meingedenken bei der gestrigen Tagung. Ihr Gelöbnis, an dem Werke des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft verständnisvolle Helfer zu sein, nehme ich in **voller Würdigung der Bedeutung der Mitarbeit der Industrie** am Wiederaufbau des Vaterlandes mit Befriedigung gern entgegen. Mit freundlichen Grüßen!

gez. von Hindenburg.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. März 1928.

—* **Wettervorhersage für den 22. März 1928.** Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Vorwiegend leicht bewölkt. Nach leichtem Nachtfrost tagsüber Temperaturen wieder bis über 5 Grad ansteigend. Noch ziemlich lebhafte Winde aus östlichen Richtungen.

—* **Daten für den 22. März 1928.** Sonnenaufgang 5,59 Uhr. Sonnenuntergang 18,16 Uhr. Mondaufgang 6,42 Uhr. Monduntergang 19,06 Uhr.

1459: Kaiser Maximilian I. in Wiener-Neustadt geb. (gest. 1519).
1599: Der Maler Anthonis van Dyck in Antwerpen geb. (gest. 1641).
1771: Der Schriftsteller Heinrich Zschokke in Magdeburg geb. (gest. 1848).
1797: Kaiser Wilhelm I. in Berlin geb. (gest. 1888).
1832: Wolfgang von Goethe in Weimar gest. (geb. 1749).
1858: Der Forschungsreisende Hans Meyer in Hildburghausen geb.
1871: Otto v. Bismarck erhält die Fürstenwürde.

—* **Das Landesarbeitsgericht erklärt den Hüttenschiedsspruch für rechtsgültig.** In dem Streit um die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruches in der sächsischen Hüttenindustrie vom 29. Dezember v. J. hat das Landesarbeitsgericht Dresden nunmehr seine Entscheidung dahin gefällt, daß das Urteil des Arbeitsgerichtes Dresden, das bekanntlich den Schiedsspruch für rechtswidrig erklärt hatte, aufgehoben wird. Das Landesarbeitsgericht gibt der Berufung des Beklagten, des Verbandes der Metallindustriellen, gegen den Spruch des Arbeitsgerichtes statt und erklärt nach der einstweilen nur vorliegenden mündlichen Begründung, daß der Schiedsspruch auch durch die von Arbeitnehmerseite angefochtene Regelung der Sonntagsarbeit nicht rechtsungültig wird. Ueber die umstrittene weitere Frage der neunten Arbeitsstunde sagt die mündliche Begründung noch nichts. Die umfangreiche schriftliche Begründung wird den Parteien erst in den nächsten Tagen zugestellt werden. — Wie verlautet, werden die Gewerkschaften Revision beim Reichsarbeitsgericht einlegen. Bis zur endgültigen Erledigung des Rechtsstreites bleibt es bei der vorläufigen Regelung, die jetzt in den Schmelzbetrieben in Geltung ist.

—* **Entlassungsfeier in der Oberrealschule.** Die Feier der Entlassung der 17 Abiturienten der Oberrealschule fand heute vormittag 10 Uhr statt. Sie wurde eingeleitet durch Robert Schumanns Frühlingsgruß für gemischten Chor. Oberprimaner Horst Brendel sprach Abschiedsworte an die Schule und die zurückbleibenden Kameraden, in deren Namen Unterprimaner Wolfgang Richter antwortete. Am Flügel von Herrn Studienrat Schönebaum begleitet sang darauf Gerhard Jäger III Carl Löwes Uhr. Nun ergriff Herr Rektor Dr. Streit das Wort zur Entlassungsrede. Er ging aus von dem Dichterwort: Ueber alles Glück geht doch der Freund, der's fühlend erst erschafft, der's teilend mehrt, und behandelte zunächst das Wesen der Freundschaft. Wahre Freundschaft muß sich gründen auf gegenseitige Hochschätzung. Sie gründet sich ferner auf Gleichheit der Bestrebungen, sie bewährt sich in unbeschränktem Vertrauen. Ihre Krone aber ist die Ausdauer in trüben Tagen. Darauf wandte sich der Redner zum Wert der wahren Freundschaft. Sie schützt vor Versuchungen, sie läßt uns mit dem andern teilen, was das Herz bewegt, daß wir uns draußen in der Welt nicht allein fühlen. In schwierigen Stunden der Entscheidung ist sie ein starker Hort. Mit dem Hinweis, daß der beste Freund in allen Wechselfällen des Lebens unser Herrgott ist, schloß der Redner. Nachdem der Rektor den Abiturienten die Zeugnisse und je ein Exemplar der Reichsverfassung ausgehändigt und ihnen den Handschlag zurückgegeben hatte, mit dem sie sich einst der Schule verpflichteten, konnte er noch zwei Bücherprämien verleihen. Die eine erhielt Gottfried Guderley, die andere Johannes Werrmann. Letztere war gestiftet von der Vereinigung Ehemaliger Höherer Schüler zu Riesa. Für diesen erneuten schönen Beweis von fortdauerndem Interesse an ihrer alten Schule dankte der Rektor der Vereinigung in herzlichen Worten. Darauf entließ er noch eine Anzahl von Schülern und Schülerinnen, die, mit dem Zeugnis der Reife für Obersekunda versehen, ins Leben hinaustreten, auch sie mit den besten Wünschen begleitend. Unmittelbar nach der Rede des Rektors sang der Chor das Schillersche: Es reden und träumen die Menschen viel von besseren, künftigen Tagen, in der Vertonung von J. Fr. Reichardt, einem Zeitgenossen des Dichters. Mit dem allgemeinen Gesang des Comitats schloß die Feier, die auch durch Besuch einiger Herren der städtischen Kollegien, an ihrer Spitze Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheiber, ausgezeichnet war.

—* **Entlassungsfeier in der Schule am Wasserturm.** Die Feier wurde eingeleitet mit einem Klaviervortrag des Herrn Lehrer Kurt Hofmann: „Morgenstimmung" von Grieg. Darauf sang der Schulchor das altdeutsche Minnelied „Maienfahrt", wobei drei der abgebenden Schüler die Violinbegleitung spielten. Nun richtete ein Abgebender Abschiedsworte an die Lehrerschaft und die zurückbleibende Schülerschar. Dem Gesange des Schulchors „Bleib treu!", von Blumner, und dem Vortrage des „Largo", von Händel, für Klavier und 3 Violinen (Herr K. Hofmann, Siwoda 1 b, Schimann 1 b und Saalbach 1 b) folgte sodann die Abschiedsrede des Schulleiters, Herrn Oberlehrer R. Hofmann. Er knüpfte an die Worte Goethes im „Schatzgräber" an: „Tages Arbeit, abends Gäste! Saure Wochen, frohe Feste! sei dein künftig Zauberwort!" und ermahnte die Schüler, allezeit aufs gewissenhafteste und pünktlichste ihren Aufgaben- und Pflichtenkreis auszufüllen, dann aber auch in der rechten Weise ihre Erholungszeit auszunützen und wahrhaften Lebensgenuß in der Freude an der heimatlichen Natur, an den Schätzen echter Kunst und dem Genuß guter Bücher, Bilder, Sammlungen usw. zu suchen. Zur Erinnerung erhielt jeder abgehende Schüler ein Bild der Wasserturmschule; eine besondere Freude aber konnte dem zur Aufbauschule gehenden Knaben Heinz Richter 1 b gemacht werden, indem ihm eine Beihilfe von 50 Mark aus dem Reingewinn der Schulaufführungen zugebilligt wurde. Mit dem „Comitat" von Mendelssohn klang die Feier aus.

—* **Tödlich verbrüht.** Im Stadtteil Gröba wurde das 3jährige Söhnchen Ernst des Kutschers Seyffert, das sich an einem Kessel kochenden Badewassers zu schaffen machte, durch überfließendes Wasser schwer verbrüht. Das Kind trug so furchtbare Brandwunden am ganzen Körper davon, daß es am Montag abend verschieden ist. Der Kleine war das einzige Kind seiner tief betrübten Eltern.

—* **Erneuter Heidebrand in Zeithain.** Vermutlich infolge Funkenfluges ist gestern abend gegen 7 Uhr abermals eine etwa 200 Quadratmeter große Heidegras-Fläche verbrannt und zwar am Bahndamm, in der Nähe der Munitionsanstalt, derselben Stelle, an welcher vor einigen Wochen bereits ein derartiger Brand ausgebrochen war. An der Brandstelle waren verschiedene Feuerwehren, auch aus Riesa, eingetroffen, denen es gelang, nach etwa einstündiger Tätigkeit das Feuer zu löschen.

—* **„Auf nach Canitz"** wird die Parole für Skatbrüder am Sonnabend bis Sonntag über acht Tage lauten; denn dort findet in dieser Zeit ein großangelegtes Preisskaten statt, wie die Anzeige in vorliegender Nummer sagt. Veranstaltet wird dasselbe vom Turnverein Canitz, dessen rührige Vereinsleitung, nachdem sie mit Herrn Rittergutspächter Siegert daselbst einen Pachtvertrag über einen Sportplatz abgeschlossen hat, sich nun auch die größte Mühe gibt, noch Turngeräte, Bälle und alles, was zum Betrieb eines Sportplatzes gebraucht wird, anzuschaffen. Die Platzweihe findet am 4. und 5. August dieses Jahres statt. Dazu braucht der Verein natürlich auch Geld; denn die dörflichen Vereine sind wohl, was jedem einleuchten wird, nicht diejenigen, die finanziell am besten dastehen. Der Reingewinn dieser Veranstaltung soll lediglich diesem Zweck dienen. Jedenfalls ist es doch sehr anerkennenswert, wenn man auch auf dem Dorfe dem gesundheitsfördernden Sport die Wege ebnet, und vor allen Dingen auch der Jugend Gelegenheit gegeben wird, sich in Zukunft auf dem grünen Rasen austollen zu können, und man sie der immer mehr überhand nehmenden Gefahr der Straße entreißt. Es wird daher jeder Skatfreund das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden, wenn er sich nach Canitz zum Skatkongreß begibt. Er wird dort mit dem besten Gegner sich messen können, außerdem winken wertvolle Preise.

—* **Steuererstattung für erwerbstätige Kriegsbeschädigte.** Am 31. März 1928 läuft die Frist ab für Anträge auf Erstattung von Lohnsteuer aus dem Jahre 1927. Kriegsbeschädigten und Zivilbeschädigten mit einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 25 v. H. sind nach Paragr. 108 AO. bei Verdienstausfall wie für 1926 und 1926 um den Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung erhöhte Pauschbeträge zu gewähren, und zwar auch dann, wenn ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nicht gestellt worden war, im Erstattungsantrag aber die Beschädigung geltend gemacht wird. — Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, ist ferner Kriegsbeschädigten und Zivilbeschädigten, bei denen ein Verdienstausfall nicht vorgelegen hat und die einen Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge mit Rücksicht auf die Beschädigung nach Maßgabe meines Runderlasses (R.-Fin.-Min., III e 9500, vom 9. Dezember 1926) nicht gestellt hatten, nach § 108 AO. auf Antrag für 1927 der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer zu erstatten, die sich ergibt, wenn die Steuer unter Berücksichtigung der erhöhten Freibeträge berechnet wird. Dies gilt auch dann, wenn ein höherer Grad der Erwerbsbeschränkung rückwirkend anerkannt wird, und zwar in diesem Falle für die ganze Zeit der Rückwirkung, gegebenenfalls also auch für die Zeit vor dem 1. Jan. 1927. Beträge unter 4 RM. sollen auch hier im allgemeinen nicht erstattet werden.

—* **Tarifstreit im Bankgewerbe.** Nachdem die Verhandlungen mit dem Bankenverband gescheitert sind, hat das Reichsarbeitsministerium Herrn Regierungsrat Dr. Brahl zum Schlichter bestellt. Die Schlichtungsverhandlungen finden am 29. März im Reichsarbeitsministerium statt.

—* **Keine Tariferhöhungen — keine Kilometerhefte bei der Reichsbahn.** In einer Antwort, die die Deutsche Reichsbahngesellschaft, Hauptverwaltung, der Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im Gewerkschaftsbund der Angestellten auf eine Eingabe gibt, teilt die Reichsbahngesellschaft mit, daß sie sich von der Einführung der Kilometerhefte keinen verkehrsbelebenden Erfolg verspricht und nach wie vor auf ihrem früheren Standpunkt steht. Sie habe nicht die Absicht, der Schaffung von Kilometerheften näherzutreten. Wegen einer Tariferhöhung der Güter- und Personentarife schreibt die Deutsche Reichsbahngesellschaft, daß ihr die Bedenken, die einer Erhöhung entgegenstehen, vollkommen bekannt seien. Sie werde daher nur dann zu einer derartigen Maßnahme schreiten, wenn alle anderen zur Abwendung dieser Belastung der Allgemeinwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel versagen.

—* **Deutscher Anglertag in Mannheim.** Der Deutsche Anglerbund wird am 2. und 3. Juni d. J. seinen 29. Bundestag in Mannheim abhalten. Mit einer großen Teilnehmerzahl aus allen Teilen Deutschlands wird gerechnet.

—* **Frühlings-Anfang!** — So steht es wenigstens geschrieben. Der Frühling hat sich gestern mal von seiner guten Seite gezeigt. Es sah wirklich etwas nach Frühling aus; klarblauer Himmel und die Sonne meinte es auch nicht schlecht. — Und heute? Es weht ein kalter Wind. Sogar „Gestrorenes" gibt es wieder auf den Straßen. Mir scheint so, als lasse sich der Winter nicht so leicht verdrängen. Der Frühling wird schließlich noch einen harten Kampf führen müssen; aber trotz alledem: „Und streut er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden." ga.

—* **Sonntagsrückfahrkarten zu Ostern.** Die Sonntagsrückfahrkarten gelten zu Ostern zur Hinfahrt am Gründonnerstag von mittags 12 Uhr an, am Karfreitag, Sonnabend, Sonntag und Montag; zur Rückfahrt am Karfreitag, am Sonnabend bis 9 Uhr vormittags, am Sonntag und Montag, sowie am Dienstag bis 9 Uhr vormittags.

—* **Um den Hausbesitzeranteil an der Miete.** Der Interfraktionelle Ausschuß des Landtages beschäftigte sich gestern in einer längeren Sitzung mit dem vom Finanzminister unterbreiteten Vorschlage zur Aufbringung höherer Mietanteile an die Hausbesitzer. Eine Einigung konnte aber auch gestern nicht erzielt werden. Voraussichtlich wird sich der Ausschuß demnächst mit der Angelegenheit weiter befassen.

—* **Am 25. März Eröffnung der Reichsgastwirtsmesse.** Am 25. März wird in der Alten Ausstellungshalle am Kaiserdamm in Berlin die Reichsgastwirtschaftsmesse eröffnet werden. Sie wird diesmal eine Ausstellungsfläche von über 8000 Quadratmeter bedecken.

—* **Warnung vor einem Betrüger.** Gewarnt wird vor dem 29 Jahre alten ehemaligen Geschäftsführer Heinrich Schermann aus Bochum, der in mehreren Städten Deutschlands als Betrüger aufgetreten ist. Er sucht Firmen auf, die mit der AGZ.-Gesellschaft Lothringen in Geschäftsverbindung stehen und erschwindelt sich unter allerlei Vorspiegelungen Darlehen.

—* **Demokratische Reichstagskandidaten.** Auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Demokratischen Partei des 3. sächsischen Reichstagswahlkreises in Chemnitz wurden die Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. An der Spitze stehen Reichstagsabgeordneter Brodauf, Landtagsabgeordnete Frau Dr. Ulich-Beil, Fabrikdirektor Enders-Plauen und Dr. med. Thust-Zwickau.

—* **Generalversammlung des Sächsischen Jagdklubs.** Der Sächsische Jagdklub hielt am 14. März 1928 in Dresden seine 16. Generalversammlung ab. Sämtliche Punkte der Tagesordnung wurden unter Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Portius glatt erledigt. Die aus dem Vorstand statutengemäß ausscheidenden Herren, Rechtsanwalt Dr. Portius, Geheimrat Prölß, Rittergutsbesitzer von Zehmen, Graupzig, Rechtsanwalt Perge, wurden einstimmig wiedergewählt. — In den kynologischen Ausschuß wurden die Herren Generaldirektor Schumacher, Ingenieur Clemm, Apotheker Beyrodt und Privatus Valentin einstimmig gewählt. An den geschäftlichen Teil schloß sich die Besichtigung der Ausstellung der jagdlichen Trophäen aus dem Jahre 1927 im Saal Wesenstein des Hauptbahnhofes an. Die Ausstellung war qualitativ recht gut beschickt. Die Zahl der Trophäen ließ dagegen etwas zu wünschen übrig, doch erklärt sich dies durch die von den Mitgliedern im vorigen Jahr getroffenen Hegemaßnahmen. Ein gemeinsames Essen, an dem beinahe hundert Mitglieder und Gäste teilnahmen, beschloß die Veranstaltung.

—* **Der sächsische Feuerwehrtag** findet in diesem Jahre, wie die Verhandlungen mit dem Landesverband nun endgültig ergeben haben, vom 3.—6. August in Pirna statt. Die Vorarbeiten zur Ausgestaltung dieses Festes, das mehrere tausend Feuerwehrleute nach Pirna führen wird, wurden von den einzelnen Ausschüssen bereits in Angriff genommen.

—* **Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt.** Nach dem Neuesten Reichsarbeitsmarktanzeiger zeigt die Gesamtlage in großen Zügen dasselbe Bild wie in der Vorwoche: Stillstand der Aufwärtsbewegung bei verminderter Beschäftigungsmöglichkeit infolge des herrschenden Frostwetters, das teilweise die offenen Bauten, sowie die in Angriff genommenen Erdarbeiten wieder stillegte; daneben hält eine gewisse Unsicherheit der Beschäftigungslage besonders im Bergbau und im Metallgewerbe an, die sehr auf die befürchteten Lohndifferenzen beruht. Wenn sich auch teilweise eine gewisse Festigung der Lage im Metallgewerbe bemerkbar gemacht hat, vor allem in der Berliner Metallindustrie, wo der Lohnkampf in der Hauptsache beendet ist, so dürfte sich dessen Auswirkung in bezug auf die günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes erst in nächster Zeit zeigen. Die Landwirtschaft hatte nie so stark unter den Einflüssen des Frostwetters zu leiden. Die Nachfrage nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften hat allerdings auch hier etwas nachgelassen. Ferner verhinderte die schwankende Witterung die Inangriffnahme der Notstandsarbeiten. In der Textilindustrie ist die Beschäftigung noch immer gut, obgleich die Neigung zur Abschwächung — wenn auch noch in geringem Ausmaße — hier und da deutlicher zu werden scheint. Merklich gebessert hat sich die Beschäftigungslage im Bekleidungsgewerbe. Die chemische Industrie hat weiterhin günstigen Beschäftigungsgang. In den übrigen industriellen Berufszweigen haben sich wesentliche Veränderungen im Beschäftigungsgrad nicht ergeben.

—* **Ein neues Naturschutzgebiet.** Auf Veranlassung des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz und des Stadtrates in Johanngeorgenstadt haben die sächsische und die tschechoslowakische Regierung das Moor bei Johanngeorgenstadt, dem sogenannten Kleinen Kranichsee, zum Naturschutzgebiet erklärt. Die sächsische Fläche umfaßt etwa 15, die tschechoslowakische 27 Hektar. Das Gebiet wird vom Forstbetrieb ausgeschlossen. Besucher dürfen weder Pflanzen pflücken, noch sonstwie schädigende Eingriffe in die eigenartige urwüchsige Natur vornehmen. — Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz wendet sich ferner in einer Zuschrift an die Presse gegen den Plan, eine Autostraße

Kunst und Wissenschaft.

Fünftes volkstümliches Sinfoniekonzert.

Auch das fünfte volkstümliche Sinfoniekonzert im Capitol brachte uns einen auserlesenen Kunstgenuß. Der künstlerische Leiter, Studienrat Iwan Schönebaum, hatte sich diesmal keine leichte Aufgabe gestellt. Da er aber sein Orchester (Orpheus- und Kaufmannorchester aus Dresden) immer mehr zusammengeschmolzen hat, konnte er es schon wagen. Als Wiederholung kam zuerst Beethovens „Fidelio-Ouverture" zu Gehör. Webers Ouverture zu „Euryanthe" mit ihrer herrlichen Ritterromantik folgte in großzügigem Schwunge. Robert Schumanns „Rheinische Sinfonie in Es-Dur" stellte an die Musiker hohe Anforderungen. Das Orchester zeigte sich aber der Aufgabe vollständig gewachsen, nur die Hornbläser zeigten eine gewisse Ermüdung, die wohl durch die vorangegangene Hauptprobe verursacht war. Besonders schön gelang der zweite Satz im Ländlertempo, die Celllisten musizierten hier prächtig. Auch der dritte Satz, „ein zartes Gebilde mit Mondesglanz", wirkte im Piano wundervoll; die Gebrüder boten hier ihr Bestes. Im letzten Satze, der uns feierlich eine Domzeremonie schildert, kamen auch die Blechbläser, namentlich in den Posaunen, zu ihrem vollen Recht. Die Orgelton- und Glockenklang wirkte hier das Orchester. Wohlverdienter Beifall und Dank lohnte die Taten des Orchesters und seines tapferen Führers. — Leider zeigte das Parkett in seinen Reihen manche Lücken. Ein Schild: Eingang — Ausgang würde die Ausgabe der Kleider in der Parkettgarderobe wesentlich erleichtern. F.

Die Ibsen-Feier in Oslo.

)(Oslo. Die Ibsen-Gedächtnisfeier fand gestern mit der Begehung von Ibsens 100. Geburtstag ihren Höhepunkt. Die ganze Stadt hatte geflaggt. Um 11 Uhr fand auf dem Erlöser-Friedhof, wo Ibsen und andere große Männer Norwegens beigesetzt sind, eine eindrucksvolle Feier statt, die vom Studentenchor eröffnet wurde. Unter den zahlreichen Kränzen, die an Ibsens Grab niedergelegt wurden, befinden sich auch sehr viele, die von Vertretern des Auslandes herrühren. Deutscherseits wurden Kränze niedergelegt u. a. im Namen des Vereins Berliner Presse, der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, des Düsseldorfer Schauspielhauses, der Frankfurter Zeitung, des Berliner Tageblatts, der Kölnischen Zeitung. Um 12 Uhr wurde auf allen norwegischen Festungen zum Gedächtnis des Dichters ein Salut von 21 Schüssen gefeuert. Auch die Schulen veranstalteten Gedenkfeiern.

Die Universität hatte zu einem Festakt in der großen Universitätshalle geladen, bei dem u. a. der Storting spräsident Hambro sprach. Die Reden waren eingerahmt von musikalischen Darbietungen des Philharmonischen Orchesters und Vorträgen aus Werken des Dichters. Die Feier schloß mit der Nationalhymne. Professor Roman Woerner-Würzburg, Professor Vasenius-Helsingfors, Sir Edmund Gosse-London, Pierre La Chesnais-Paris wurden zu Ehrendoktoren der Universität promoviert.

•

Das Deutsche Theater in Milwaukee geschlossen. Wie dem Telunion-Sachverdienst gemeldet wird, ist das Deutsche Theater (Palast-Theater) in Milwaukee U.S.A. polizeilich geschlossen worden. Erdsenkungen hatten für den schönen Bau, in dem namentlich klassische Stücke zur Aufführung kamen, die Gefahr des Einsturzes gebracht, sodaß die Baupolizei die Schließung des Theaters verfügte. Dadurch ist die gesamte Künstlerschar, die sich fast restlos aus namhaften deutschen Schauspielern und Schauspielerinnen zusammensetzte, die nach den vorliegenden Kritiken Glänzendes geleistet hat, in arge Bedrängnis geraten. Der ersten Not ist dadurch gesteuert, daß die Künstler im Englischen Theater auftreten dürfen. Immerhin erleidet die deutsche Kunst großen Schaden. Alfred Bassert, Fritz Stricker, Lore Schubert und Thea Thiele haben die Vertretung der Interessen der deutschen Künstler übernommen. Thea Thiele, in der amerikanischen Presse als „German Star" gefeiert, ist von ihrer Tätigkeit am Albert-Theater in Dresden in bester Erinnerung.

von Gewerke von dem Großen Winterberg in der Sächsischen Schweiz zu bauen. Es wird der Vorschlag gemacht, das ganze Gebiet zwischen der Landesgrenze, dem Kirnitzschtal und der Elbe zum Naturschutzpark zu erklären.

—* **Die Bekämpfung der „Bajazzo"-Apparate.** Die vielfach aufgeworfene Frage, ob der Spielvorgang in dem sogenannten „Bajazzo-Apparat" als Glücksspiel oder als Kunstspiel anzusehen ist, hatte kürzlich auch das Landgericht I in Berlin zu entscheiden. Zur Klärung der Frage war eine große Anzahl von Sachverständigen geladen worden. Die auf Grund sorgfältiger Untersuchungen der Bajazzo-Geldspielautomaten von den Sachverständigen gewonnenen Erfahrungen ergaben übereinstimmend, daß zwar durch menschliche Erfahrung die Treffergebnisse gesteigert werden können, daß es aber auch den geschicktesten Spielern nie gelinge, mehr als allerhöchstens 40 v. H. Treffer durchschnittlich zu erzielen. Bei den vom Sachverständigen Prof. [illegible] vorgenommenen sorgfältigen Versuchen an zwei Bajazzo-Apparaten unter Benutzung von 20 Versuchspersonen aller Berufsstände, teils männlichen, teils weiblichen Geschlechts, wurden durchschnittlich 28 v. H. Treffer und 72 v. H. Nieten erzielt. Das Gericht kam schließlich nach langen Erwägungen zu der Ueberzeugung, daß selbst der geübteste Spieler bei größter Anstelligkeit nach dem regelmäßigen Lauf der Dinge bei Einwurf eines 10-Pfennigstückes nicht damit rechnen kann, einen Erfolg zu erzielen, daß vielmehr diese Wahrscheinlichkeit durchschnittlich nur etwa 30 v. H. beträgt, und daß deshalb angenommen werden muß, daß die Entscheidung über den Gewinn lediglich vom Zufall abhänge. Nur auf Seiten des Unternehmers, so folgerte das Gericht, liegen die Aussichten eines sicheren Gewinnes im Durchschnitt aller Spiele. Das Gericht kam schließlich zu dem Ergebnis, daß die Bajazzo-Geldspielautomaten ihrer Gattung nach als Glücksspiele anzusehen sind.

—* **Verhalten für Reisende in italienischen Grenzgebieten.** Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird den Reisenden besondere Vorsicht empfohlen gegenüber den italienischen Bestimmungen, welche das Tragen von Messern und die Benutzung photographischer Apparate in den Grenzgebieten betrifft. Die Benutzung von solchen Apparaten unterbleibe am besten ganz.

—* **Sächsische Hoteliertagung.** Der Sächsische Hotelbesitzerverband e. V. Sitz Leipzig trat gestern in Dresden zu seiner 11. Jahreshauptversammlung zusammen. Nachdem am Vormittag der geschäftsführende Vorstand und am Nachmittag der Landesausschuß getagt hatten, fand im Belvedere ein Empfangsabend statt, bei dem der Vorsitzende des Dresdner Hotelbesitzervereins Wolf die Anwesenden begrüßte.

Lentewitz. Ein Vorzeitgrab in Lentewitz ausgegraben. Am Sonnabend war der Eisenwerksarbeiter Mehle in seinem Grundstück in Lentewitz hinter seinem Hause auf zwei sehr gut erhaltene Urnen gestoßen. Herr Lehrer Mirtschin aus Riesa unternahm daraufhin in der Nachbarschaft der Fundstelle eine Grabung, die an einer Stelle eine kleine doppelkonische Tasse mit hochstehendem Henkel, eingeklemmt zwischen zwei große Bruchsteine, und an einer anderen Stelle ein Grab der jüngeren Bronzezeit zutage förderte. Es bestand aus einer ausgedehnten losen Pflasterung von unterarmgroßen Bruchsteinen und kopfgroßen Geröllen. An der nördlichen Langseite der Pflasterung lagen in 18 Zentimeter Tiefe ineinandergelegt drei flache Schalen mit zentraler Bodenerhöhung. Etwas tiefer lagen im Dreiviertelkreis darum drei Teile einer etwas größeren Schale mit stark umgebogenem, innen kantigen Hals. Diese Teile fanden sich in einer Lage, wie sie nur der Mensch angeordnet haben konnte. Die Schale war also aus irgend einem Grunde vor der Ausstattung des Grabes von den Hinterbliebenen zerbrochen worden. Vielleicht hat sie beim Totenmahl oder der kultischen Handlung bei der Bestattung gedient und wurde darnach zerbrochen, um sie einem künftigen gemeinen Gebrauch zu entziehen. An der Südseite der Steine saß in 45 Zentimeter Tiefe aufrecht, etwas schräg, eine tadellos erhaltene Tasse mit schöner Verzierung und hochragendem Henkel. Zwischen beiden Gefäßgruppen lag frei gestreut etwas Knochenasche. Herr Mehle überließ in uneigennützigster Weise die keramischen Fundgegenstände dem Riesaer Heimatmuseum, wofür ihm auch an dieser Stelle gedankt sei. — Nordsächsische Meldestelle für Urgeschichtsfunde: Lehrer Mirtschin, Riesa, Loppitzer Str. 21a, erreichbar durch Tel. 26 Riesa.

Röderau. Am vergangenen Sonntag feierte der ev.-luth. Jungmännerverein in hiesiger Kirchgemeinde sein 10jähriges Stiftungsfest, das am Morgen mit einem Festgottesdienst feierlich seinen Anfang nahm. Das Gotteshaus war gut besucht und hat wohl noch nie soviel Jugend auf einmal zu einem Gottesdienst in seinen Mauern versammelt gesehen. Wie klar und hell klangen die Stimmen der jungen Männer und jungen Mädchen, als man stehend das Glaubenslied „Die Sach' ist Dein, Herr Jesu Christ" unter brausenden Orgelklängen und unter Posaunenmusik sang. Der Ortsgeistliche hatte seiner Festpredigt die Worte der Schrift aus 1. Joh. 2, 14—17, zugrunde gelegt, und sprach vom Kampf und Sieg der christlichen Jugend, wobei er den jugendlichen Zuhörern in eindringlichen Worten die notwendige Rüstung dazu vor Augen stellte, aber auch in ernsten Worten von dem starken Feinde sprach, der im Menschen selbst und außerhalb, nämlich in der Welt, sein Herrschaftsgebiet hat, um schließlich im Hinblick auf den herrlichen Siegespreis zu weiterem tapferen Kampf aufzurufen. — Nach dem Gottesdienst bliesen einige junge Männer vom Missionsposaunenchor vom Kirchturm herab einige Choräle, so daß noch mancher von den Kirchgängern die Heimkehr hinausschob. — Pünktlich nachmittags um 3 Uhr marschierte der Jubelverein mit den Festteilnehmern zusammen nach dem „Waldschlößchen" unter den frischen Marschliederweisen des Riesaer Missionsposaunenchores. Im Zuge folgten der ev.-luth. Jungfrauenverein Röderau, der Jungmännerverein Gröba und Riesa, eine Abteilung der christlichen Pfadfinder aus Großenhain, die Jungschar Röderau. Um 4 Uhr begann die Festfeier im geschmückten Saale des Waldschlößchens. Nach einem Musikvortrag des Riesaer Missionsposaunenchores sprach Vereinsbruder Streubel einen herzlichen Willkommensgruß, dem die Begrüßungsworte des ersten Vorsitzenden, BB. Rudolph Günther, an die erschienenen Vereine und zahlreichen Gäste folgten. Auf das vom Jungfrauenverein Röderau begeistert vorgetragene Begrüßungslied „Wer will ein Streiter Christi sein" ergriff Herr Pfarrer Ludwig als Beirat des Vereins das Wort zu seiner Festrede, die einen ausführlichen Rückblick auf die vergangenen 10 Jahre im Vereinsleben bot und zum Schluß zu herzlichem Dank gegen Gott und zu weiterem treuen Kämpfen und Mitarbeiten unter dem Zeichen des Eichenkreuzes mahnte. — Leider mußte die nun eigentlich folgende Wimpelweihe ausfallen, da, wie der Beirat mitteilte, der neue bei der Reichswimpelbeschaffungsstelle bestellte Wimpel infolge Streiks in der dortigen Fabrik nicht mehr zur rechten Zeit fertiggestellt werden konnte, was allgemein tief bedauert wurde. Nach einem mannhaften Bekenntnis zur ev. Jungmännersache wurden zu Ehrenmitgliedern des Vereins ernannt: der ehemalige Mitbegründer Herr Oswald Unger, Herr Schmiedemeister Richard Teichert und Herr Gasthofsbesitzer Alfred Jentsch unter Ueberreichung einer Ehrenurkunde und des Weltbundabzeichens. Das Bundeslied „Wir reichen uns zum Bunde", schloß den ersten Teil der wohlgelungenen Feier ab. — Nach einem Musikvortrag des Posaunenchores wurden die beiden biblischen Szenen — Der Brief an Philemon — von Mitgliedern des Jungmännervereins wirkungsvoll und ergreifend dargeboten. Nach einem Gedichtvortrag von BB. Franz „Jugendbewegung — Gottesbewegung" dankte der Vorsitzende allen Gästen und Vereinen nochmals für ihr Erscheinen und allen Mitwirkenden für ihre freundliche Mitarbeit, besonders aber dem Jungfrauenverein, der als Freundschaftsgabe dem Verein durch seine Vorsitzende, Frau Pfarrer Ludwig, ein wertvolles Geldgeschenk überreicht hatte. Das Lied „Auf, denn die Nacht" und ein trefflicher Musikvortrag des Missionsposaunenchores schloß die offizielle Feier ab. — Der Abend vereinigte eine zahlreiche Gemeinde im Saale des Waldschlößchens, um den großartigen Film „Um Freiheit und Freude", der vom Wachsen und Werden des großen ev. Jungmännerwerkes innerhalb Deutschlands in seinen, zum Teil auch recht fröhlichen Bildern erzählte, anzusehen. Zuvor begrüßte Herr Pfarrer Schroeter-Riesa als Vorsitzender des Kreisverbandes der ev. Jungmännervereine die Erschienenen, vor allem die Ortsbehörde, die durch Herrn Bürgermeister vertreten war. — Nach einem Gedichtvortrag und einem von der Jungschar Röderau gebotenen frischen Lied ergriff Herr Bundessekretär Gröschel vom ev.-luth. Jungmännerbund in Sachsen (Sitz Dresden) das Wort zu seinem Vortrag über des jungen Christen wahre Freiheit und wahre Freude, die allein aus dem Evangelium, aus dem Worte Gottes und aus der unbedingten Nachfolge, die der jugendliche Mensch als rechter Christ seinem Herrn und Meister Jesus Christus leisten muß, ihm erwachse. Der schöne Film selbst wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und hat sicherlich manchem unvergeßliche Eindrücke vermittelt. Am Schluß dankte der Ortsgeistliche den Erschienenen in herzlichen Worten für das Interesse und die freundliche Teilnahme, die man der ganzen Veranstaltung entgegengebracht habe. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Brausend zog der Freude Strom durch Leib und Seel'" fand der gelungene Abend und damit die Feier des 10jährigen Stiftungsfestes des Jungmännervereins seinen Abschluß.

Oschatz. Unverzeihlicher Leichtsinn hätte gestern vormittag in der 10. Stunde beinahe ein Menschenleben gekostet. Ein Rentner des Lauchhammerwerkes aus Canitz kam mit seinem Rade an die Hospitalbrücke. Ausgerechnet auf den Schienen der Bahnstrecke Oschatz—Mügeln mußte er vom Rade steigen, sich bücken, um etwas, wie es schien, an den Schuhen in Ordnung zu bringen. Da kam von einer Seite ein Lastkraftwagen, von der anderen ein Personenkraftwagen, welche hupten. Dabei überhörte er das Pfeifen der Lokomotive. Erst als dieselbe dicht vor ihm war, gewahrte er sie, sprang auf, wurde aber von der Lokomotive erfaßt und zur Seite geschleudert, sodaß er liegen blieb. Das Rad wurde zertrümmert. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und der Tatbestand vorläufig festgestellt. Der Verletzte wurde zu Herrn Dr. Lohmann gebracht, welcher eine Fußquetschung feststellte. Wie man nachträglich hört, ist der Mann schwerhörig. Er wurde nach seiner Wohnung in Canitz gebracht.

Mügeln. Ein schwerer Autounfall ereignete sich Sonntag morgen 8.40 Uhr in der Nähe des Chamottewerkes Lonnewitz. Der Presto-Wagen eines Zschopauer Seilermeisters geriet wahrscheinlich infolge schnellen Fahrens und Platzens eines Reifens in der Kurve ins Schleudern und stürzte etwa zwei Meter tief in den Straßengraben. Der zufällig von Oschatz kommende Chauffeur von Herrn Dr. Weber, Mügeln, konnte die erste Hilfe leisten und vor allem eine verunglückte Frau ins Krankenhaus Mügeln schaffen, wo sie mit einer schweren Gehirnerschütterung liegt. Den beiden männlichen Insassen des Wagens war anscheinend nichts Ernstliches passiert.

* **Nossen.** Ein neues Heimatmuseum. Am 31. März schließt der vielen Natur- und Kunstfreunden bekannte St. Romanus als Gastwirtschaft für immer seine Pforten. St. Romanus, ein Zeuge des früheren Silberbergbaues und als Huthaus ein bekanntes Ausflugsziel, wird zu einem Heimatmuseum umgestaltet.

* **Meißen.** Fahrlässige Tötung. Am 14. Oktober v. J. hatte der Kaufmann Martin Heidrich aus Meißen mit seinem Geschäftsfreunde, dem Gutsbesitzer Appel, eine Vergnügungsfahrt mit seinem Kraftwagen unternommen. Dabei war Heidrich, als er einem Radfahrer ausweichen wollte, zu weit rechts auf der Straße gefahren, sodaß der Kraftwagen ins Rutschen kam, umstürzte, und den Gutsbesitzer Appel unter sich begrub, wobei dieser sofort getötet wurde. Am 11. Januar 1928 hatte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden in Meißen Heidrich wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen das Kraftfahrgesetz zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte in Bezug auf die Strafhöhe Berufung eingelegt, die vor der 3. Strafkammer des Landgerichtes Dresden am Dienstag zur Verhandlung anstand. Das Landgericht setzte nach nochmaliger eingehender Beweisaufnahme das Strafmaß auf 3 Monate Gefängnis herab, lehnte aber die Bewilligung einer Bewährungsfrist mit der Begründung, daß die Strafe bereits außerordentlich mild sei, ab.

Kötzschenbroda. In der Nacht zum vergangenen Sonntag haben unbekannte Flegel, die auf dem Grünstreifen vor Wackerbarths Ruhe aufgestellten Bänke herausgerissen und teilweise demoliert. Ebenso wurde ein Verkehrsschild an der Johannisbergstraße gewaltsam ruiniert. Die Bänke vor Wackerbarths Ruhe werden gern und oft, besonders von älteren Personen, auch in der Vorfrühlingszeit benutzt, um dort in der Sonne ein wenig zu rasten. Um so bedauerlicher ist es, wenn sinnlose rohe Zerstörungssucht die an sich schon geringen Ruhemöglichkeiten an der Meißner Straße noch vernichtet.

—g. **Dresden. Großfeuer bei Römmler & Jonas.** Ein gefahrdrohender Dachstuhlbrand war am heutigen Mittwoch in den zeitigen Morgenstunden bei der Firma Römmler & Jonas, Graphische Kunstanstalt und Kunstdruckerei, Blasewitzer Straße 27, zum Ausbruch gekommen. Als gegen 6 Uhr die ersten Löschzüge der Feuerwehr an der Brandstelle eintrafen, stieg eine ungeheure Rauchsäule zum Morgenhimmel empor — ein Zeichen, daß der Brand schon lange Zeit vorher entstanden sein mußte. Die auf Großfeuer alarmierte Berufsfeuerwehr rückte in kürzester Zeit mit drei Löschzügen, darunter mit dem Großbrandlöschzug, an. Unter persönlicher Leitung von Branddirektor Ortloph traten 8 Motorspritzen in Tätigkeit, die 8 Rohrleitungen speisten. Der hochgelegene Brandherd wurde unter Benutzung von 3 mechanischen Schiebeleitern alsbald erfolgreich bekämpft. Die ungeheure Rauchentwicklung und, das sei besonders betont, die ungemein solide Bauarbeit, die feste Verschalung des Daches erschwerten die Löscharbeiten anfänglich sichtlich ganz erheblich. Gegen 8½ Uhr konnte das Feuer als niedergekämpft angesehen werden. Die Aufräumungsarbeiten beschäftigten die Feuerwehrmannschaften noch bis zum Mittag. Der angerichtete Gebäudeschaden ist ganz erheblich. Die Entstehungsursache ließ sich noch nicht genau feststellen. Man nimmt aber an, daß der Brand schon gestern in den Abendstunden entstanden sein muß und bis heute gegen 6 Uhr morgens unbemerkt sich entwickeln konnte. Beamte der Brandkommission des Dresdner Kriminalamtes trafen ebenfalls an der Brandstelle ein, die gleichfalls umfangreiche Erörterungen vornahmen. Eine zahllose Menschenmenge hatte sich vor dem Grundstück in der Blasewitzer und der Fürsten- und Trinitatisstraße angesammelt, weshalb das zur Sicherung der umfänglichen Löscharbeiten ausgerückte Ueberfallkommando des Polizeipräsidiums entsprechende Absperrungen vornehmen mußte. Zu Unfällen hat dieses Großfeuer nicht geführt.

* **Dresden.** Das Brot wird wieder teurer. In Dresden betragen die Brotpreise ab 21. März für 1. Sorte, 4 Pfund 88 Pfg., 2. Sorte, 4 Pfund 80 Pfg.

* **Dresden.** Deutsche Reiterwoche. Die große Schaunummer der Berliner Schupo bei der Deutschen Reiterwoche vom 24. März bis 1. April wird sich in drei Teile gliedern. Diese kombinierte Darbietung soll den Stand der körperlichen und reiterlichen Ausbildung der jungen Schupobeamten zeigen und unter Beweis stellen, wie dieser notwendige höchste Grad gymnastischer Ausbildung der dienstlichen Betätigung der Schupo zugute kommt. Künftig Reiter zeigen auf Dienstpferden der Schupo eine Quadrille, die nur dem frischen Vorwärts gewidmet ist und deshalb ausschließlich im Galopp geritten wird. Die Gymnastiker zeigen Sprünge über zwei bis vier lebende Pferde und voltigieren am ungesattelten galoppierenden Pferde. Außerdem bildet eine Gruppe der besten Turner der Schupo mächtige Pyramiden auf stehenden Pferden.

Radeburg. Am Sonntag Lätare waren in der hiesigen Gegend wieder die sogenannten Sommerbäume zu beobachten, kleine Fichten, die mit farbigen Bändern aus Seidenpapier geschmückt sind. Die Bäumchen waren auf hohen Stangen errichtet, und es mußte den Heimatliebenden erfreuen, daß man an dieser alten Sitte festhält, zumal schon ein kleiner Knirps auf Befragen, was diese Bäume zu bedeuten haben, schlagfertig zur Antwort gab: „Nu, daß die Hühner in dem Jahre wieder gut legen." In vielen Orten, Würschnitz, Kleinnaundorf, Berbisdorf, Bärnsdorf u. a. erscheinen die Bäume bereits an Lätare früh. In manchen Orten, z. B. Bärwalde, ists anders. Da ziehen die Kleinen mit ihren bändergeschmückten Bäumchen von Gehöft zu Gehöft, singen ein Lied und erhalten überall eine Brezel zur Belohnung, die unten am Stamm hinaufgeschoben wird, eine über der andern, in stattlicher Zahl. Recht lecker aussehende Brezeln verschwinden sehr bald in einem kleinen Magen. Am Abend erhält dann der Sommerbaum vor dem Hühnerstall sein Plätzchen.

* **Kamenz.** Tödlicher Motorradunfall. Am Sonntag nachmittag verunglückte der Bürgermeister Schuster aus Wendischbaselitz auf der Heimfahrt von Schmeckwitz mit seinem Motorrade so schwer, daß er bewußtlos auf der Straße aufgefunden wurde und in seine Wohnung geschafft werden mußte. Er starb bald darauf an den Folgen der erlittenen Gehirnerschütterung und Schädelbruch.

* **Bischofswerda.** Auf der Spur eines Verbrechens? Ein geheimnisvoller Fund wurde am Montag im Walde bei Trebigau gemacht. Es wurden dort mehrere Stücke Damenwäsche stark mit Blut befleckt vorgefunden. Bis jetzt hat die Kriminalpolizei festgestellt, daß vor einigen Tagen abends dort ein unbeleuchteter Personenkraftwagen gehalten hat, aus dem vier Herren und ein junges Mädchen ausgestiegen sind. Die Polizei ist eifrigst beschäftigt, den Fall aufzuklären.

* **Nerchau.** Bohrungen nach Ton. Seit einiger Zeit wurden von einer Meißner Firma auf hiesigen Fluren Bohrungen nach Ton vorgenommen. Die Bohrungen hatten Erfolg und der Abbau ist im Gange.

Leipzig. Der flüchtige Banklehrling Engel entdeckt und entkommen. Der nach einem Diebstahl von 25 000 M. bei der Leipziger Filiale einer Großbank am 8. März aus Leipzig geflüchtete siebzehnjährige Banklehrling Engel wurde in Innsbruck in Gesellschaft des 28jährigen Schaffners Weigand aus Dresden und des 19jährigen Elektromonteurs Tordt entdeckt. Die Komplizen wurden verhaftet. Engel selbst gelang es zu flüchten.

* **Leipzig.** Elektrischer Schnellnahverkehr Leipzig—Dessau—Magdeburg. Der neue Sommerfahrplan bringt u. a. auch eine neue Durchgangs-Schnellzug-Strecke zwischen Leipzig, Dessau und Magdeburg. Die neuen elektrischen Oberleitungs-Schnellzugswagen, die vor kurzem auf der Strecke Leipzig-Dessau in Betrieb gestellt wurden, werden nunmehr den Verkehr bis Magdeburg übernehmen. Die Züge fahren vormittags Leipzig—Magdeburg und nachmittags Magdeburg—Leipzig. Die 119 Kilometer werden einschließlich 5 Aufenthalte in noch nicht zwei Stunden durchfahren. Die Wagen fahren als Schnellzüge 2. und 3. Klasse ohne D-Zug-Zuschlag. Damit ist die erste Schnellverbindung ohne Zuschlag zwischen Großstädten geschaffen.

* **Hartha.** Tödlicher Motorradunfall. Gestern wurde hier der Webereiarbeiter Krell von einem aus Leisnig kommenden Motorradfahrer angefahren, wobei der Soziusfahrer Schlorke aus Doberschütz herabgeschleudert und tödlich verletzt wurde. Krell und der Motorradfahrer kamen mit leichteren Verletzungen davon.

* **Altenberg.** Schwerer Unfall bei Wintersport. Beim Uebungsspringen am kleinen Sprunghügel verunglückte am Sonntag der Bäckergehilfe Claußnitzer von hier schwer. Er fuhr auf dem verharschten Schnee beim Skilaufen gegen einen Schlitten und zog sich einen Schenkelbruch und Fußverletzungen zu.

Chemnitz. (Auflösung des Waisenhauses.) Nach 95jährigem Bestehen, in dessen Verlauf mehr als 1000 vater- und mutterlose Kinder liebevolle Aufnahme in ihm gefunden hatten, wurde am Sonntag nachmittag mit einer schlichten Feier das städtische Waisenhaus am Zeisigwalde aufgelöst, da das ihm gehörige, zwanzig Hektar umfassende Gelände zur Errichtung einer neuen Großmarkthalle benötigt wird.

* **Johanngeorgenstadt.** Der sogenannte kleine Kranichsee zum Naturschutzgebiet erklärt. Auf Veranlassung des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz und auf Anregung des Stadtrats in Johanngeorgenstadt haben die sächsische und die tschechoslowakische Regierung das Moor bei Johanngeorgenstadt, den sogenannten kleinen Kranichsee, zum Naturschutzgebiet erklärt. Die sächsische Fläche umfaßt etwa 15, die tschechoslowakische 27 Hektar. Das Gebiet wird vom Forstbetrieb ausgeschlossen; Besucher dürfen weder Pflanzen abpflücken noch sonstige schädigende Eingriffe in die urwüchsige Natur vornehmen.

* **Schmiedeberg.** Tödlicher Unfall. Der Schneidemüller Karl Forker aus Niederpöbel rannte bei der Buschmühle in Schmiedeberg gegen einen Personenkraftwagen. Er starb kurze Zeit nach dem Unfalle an den erlittenen schweren Verletzungen.

* **Plauen.** Eine Tropfsteinhöhle im Vogtlande. Bei Steinbrucharbeiten in Syrau entdeckte der Bruchmeister Undeutsch eine Höhle, die Tropfsteingebilde, unterirdische Schluchten, Wasserläufe und Seen enthält. Gestern wurde die Höhle durch den Geologen Professor Weise aus Plauen untersucht, der feststellte, daß es sich um einen Höhlenbezirk handelt, der zu den schönsten in Deutschland gehört. Die Höhle liegt unweit des Flugplatzes Plauen. Sie ist schätzungsweise 110 Meter lang und 40 bis 50 Meter breit.

•

* **Krummhübel.** Zu dem Lawinenunglück im Riesengebirge. Zu dem Lawinenunglück am Kleinen Teich, dem der 18jährige Günther aus Erdmannsdorf im Riesengebirge zum Opfer gefallen ist, wird noch weiter berichtet, daß in der 9. Vormittagsstunde zwei neue große Lawinen niedergegangen sind und eine dritte Lawine abzustürzen drohte, was die Rettungsmannschaften zu vorübergehender Einstellung ihrer Rettungsarbeiten zwang. Der Sturm im Gebirge, der die Rettungsarbeiten so außerordentlich erschwerte, wuchs bis zur Windstärke 10 an. (S. Vermischtes.)

BRENNABOR

Der universelle Nutzkraftwagen für jeden Betrieb

1½ to-Schnellastwagen ... ab RM. 5950 | 14 sitz. Omnibus ... ab RM. 9300 | ½ to-Kleinlieferwagen ... ab RM. 4150

Walter Jähnig

Generalvertreter der BDA

Größte und modernste Automobil-Reparatur-Werkstätten Mittelsachsens — Garagenbetrieb

Lommatzsch Kornstraße / Döbelner Straße — Telefon 76/77 ← Tag und Nacht → 490 — **Meißen** Rathenaustr. / Meiserstraße 22

Döbeln: Ausstellungsraum Niedermarkt 20

R. Richters Tanz-Unterricht

Neubschs Gasthof, Nünchritz. Die zweite Unterrichtsstunde findet Sonnabend, den 24. März, abends 8 Uhr statt. Anmeldungen von Damen werden noch entgegengenommen.

Zylinderhüte, Frack-, Smoking-, Gehrock- u. Cutaway-Anzüge
verleiht
F. Reinhold (jetzt Grunert)
Hauptstr. 28 II. r., gegenüber Hotel Kronpr.

Ein Geschenk fürs Leben ist eine gute zuverlässige **Ankra-Uhr.** Sie ist nicht nur ein stetes Andenken, sondern gibt auch die Befriedigung, etwas Nützliches geschenkt zu haben.

Ich führe solche erstklassige Ankra-Uhren in allen Preislagen.

B. Költzsch
jetzt Hauptstr. 101 — Ecke Rosenplatz.

E. Göbel, Homöopath. Krankenbehandlg.
Riesa, Poppitzer Straße 21a
täglich Sprechstunden 9—12, 1—5 Uhr. Urinuntersuchung (Morgenurin mitbr.). Besuche überallhin.

Seifen

Zum Frühjahrsputz in Wohnung und Haus:
Seifen hart und weich, Sode fein und grob
Besen von Piassava, Roßhaar, Kokos usw.
Mops, 3.—, 3.75, Bohnerbürsten und Tücher
Fenster-Leder, Autowaschleder und Schwämme
Scheuerkissen, Scheuertücher und Bürsten
Ofenputz, Sidol, Aluminium- und Küchenglanz
Putzpomade, Lederlack, Pinsel usw. empfiehlt

F. W. **Thomas** & Sohn
Hauptstr., neben Riesaer Bank. — Rabattmarken — Verkauf an Wiederverkäufer. —

Für die uns anläßlich unserer Verlobung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken zugleich im Namen der Eltern herzlichst.

Boritz, 21. März 1928.

Liesbeth Albrecht
Johannes Loßner.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Geschenke und Glückwünsche danken allen herzlichst zugleich im Namen der Eltern.

Erhardt Fritzsche und Frau
Lina geb. Bretschneider.

Rosenthal-Schweizermühle / Riesa, Goethestr. 81
im März 1928.

1858 70 Jahre **1928**

Das älteste, in weitesten Kreisen von Riesa und Umgebung bekannte

Farbwarengeschäft von Ferdinand Müller

(eingetr. u. Nr. 5 des Handelsregisters für Riesa) empfiehlt in besten Qualitäten:

Farben aller Art für Oel, Kalk, Leim, Zement,	Leinölfirnis, Leinöl	Pinsel, Streichbürsten
Oel- und Spirituslacke	Fußbodenöl	Spachtel, Linoleum
Fußbodenlackfarben	Parkettwachs	Eichelleim, Eichelleimfarbe
Emaillelackfarben	Terpentinöle	Tafelleim, Schellack
Heizkörperlacke	Stoffarben	Gips, Zement
	Holzbeizen	Abbeizpulver
	Bronzen	Glaserkitt

Fachkundige Bedienung durch die Inhaber selbst. — Rabattmarken!

Elektrische Staubsauger
Bohnermaschinen
empfiehlt
Max **Arnold**
Goethestr. 65.

Guterh. Laute
billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Schriftl. Heimarbeit
Vitalis-Verlag München C 2.

Neuheiten in Nähseiden
Knöpfen
zeige ich Ihnen in meinen Geschäftsräumen — in herrlichen Farben und Mustern — ohne jeden Kaufzwang —

Otto Wollgast
Hauptstraße 20, Erste Etage

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 25. März
Öffentl. Abendunterhaltung
— gem. und Männerchöre, Humoristika —
Operettenaufführung
ausgeführt vom MGV. „Sängerkranz".
Beginn ½7 Uhr. Eintritt 1.— Mark.
Nachdem großer Ball.
Es laden höfl. ein Sängerkranz. Haftendorn.

Gasthof Prausitz.

Sonnabend, den 24. März
Frühjahrs-Vergnügen
des Jugendvereins „Fidelia" Prausitz und Umgeg.
Es ladet freundlichst ein der Gesamtvorstand.

Hallo Skatbrüder!

Großes Preis-Skaten
Gasthof Canitz
von Sonnabend, 24. 3., bis Sonntag, 1. 4.
1. Preis: 1 Schwein, 2.: 1 Fahrrad, 3.: 1 Salonuhr und weitere 30 Preise im Werte von 400 Mark.
Gespielt wird werktags ab 8 Uhr abends
Sonntags ab 2 Uhr nachmittags.
Dazu ladet freundlichst ein T.-V. Canitz.

Kühnes Konzerthaus, Alt-Oschatz.
Sonnabend, 24. März, abends 8 Uhr
Großes Preis-Skaten.
Ergebenst Max Kühne.

Brauchst Farben Du für Dein Logis
Geh in die Anker-Drogerie.

1858 70 Jahre **1928**

Raupenleim, hell, monatelange Klebkraft
Baumwachs, gebrauchsfertig
Obstbaum-Karbolineum
Schwefel, feinst pulverisiert
Kupfervitriol
empfiehlt allen Obstgartenbesitzern

Ferdinand Müller
Riesa, Hauptstraße 50.

Achtung!

Kostenlose Fußuntersuchung

findet am Donnerstag, den 22. März 1928 durch den Spezialist B. Kleine, Leipzig statt.

Fa. Riesaer Schuhwarenhaus
Jul. Kleineidam — Hauptstr. 38 (früher 60)

Wir reinigen täglich

Färberei Arthur Nitzsche

Nach langem, schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden beendete am 20. März ein sanfter Tod das arbeitsreiche und entsagungsvolle Dasein meiner lieben Frau, unserer inniggeliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante

Lina Sieber geb. Hessel

im 61. Lebensjahre.

Zeithain-Lager.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Max Sieber und Kinder.

Beerdigung Freitag, den 23. März, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause.

Vereinsnachrichten

Kriegerverein „König Albert". Donnerstag 8 Uhr Versammlung in der Elbterrasse.
R.-V. „Adler" Riesa. Morgen Donnerstag 20 Uhr allgemeines Treffen und Vorstands-Sitzung im U.-T.-Restaurant.

Elbterrasse
Zacher
Radeberger Pilsner
Echt Ganzer
in Syphons und in Kannen.
Köstlich bis zum letzten Tropfen.
Fernruf 680.

Morgen Donnerstag Schweineschlachten. Doppelbach Fr.-List-Str.

Morgen Donnerstag Schweineschlachten. Ernst Jähne Neuwerda.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Schwere Bauerntumulte in Schlesien.

Breslau. Der „Landsmann" meldet: Anläßlich der gestern nachmittag in Langenöls (Kr. Nimptsch) veranstalteten Zwangsversteigerungen auf landwirtschaftlichen Betrieben hatten sich etwa 1000 Bauern aus den Kreisen Reichenbach und Nimptsch angesammelt, die durch Singen von Liedern auf den Versteigerungsplätzen die Abgabe von Geboten zu verhindern suchten. Der Landrat des Kreises Nimptsch hatte ein Schutzpolizeikommando von 20 Mann nach Langenöls entsandt, die mit dem Gummiknüppel gegen die Bauern vorgingen. Es gab mehrere Leichtverletzte. Als sich der Tumult immer mehr steigerte, weil ein bekannter Führer der Landwirte verhaftet werden sollte, ließ der befehlshabende Offizier die Maschinengewehre auffahren und die Karabiner laden. Angesichts dieser ernsten Lage wurden die weiteren Zwangsversteigerungen abgebrochen. Nur dem besonnenen Verhalten des Offiziers und dem Eingreifen der anwesenden Landbundführer ist es zu verdanken daß noch im letzten Augenblick ein Blutvergießen vermieden wurde.

)(**Breslau.** Nach amtlicher Feststellung sind die Meldungen über die Vorgänge in Langenöls, Kreis Nimptsch, nicht richtig. Die Schutzpolizei hat zwar von Gummiknüppeln Gebrauch machen müssen; aber Verletzte hat es nicht gegeben. Maschinengewehre wurden nicht aufgefahren. Die Schutzpolizei hat überhaupt keine Maschinengewehre mit sich geführt. Regierungspräsident Jan'cke hat sich gleich nach Bekanntwerden der Ereignisse an Ort und Stelle begeben, um Sorge zu tragen, daß es morgen bei dem anberaumten Versteigerungstermin nicht abermals zu Unruhen kommt. Der Landrat des Kreises Nimptsch, Seybold, der z. B. an den Beratungen des Staatsrats in Berlin teilnimmt, wurde telephonisch zurückberufen.

)(**Berlin.** Zu den Vorfällen in Langenöls meldet die „Vossische Zeitung" aus Breslau: „Der Drahtzieher der ganzen Bewegung im Kreise Nimptsch ist der Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer von Schimpff, der bereits vor 8 Tagen, als in Großtiegnitz im gleichen Kreis eine Zwangsversteigerung angesetzt worden war, in der Nimptscher Zeitung „Der Landmann" folgende „Bekanntmachung" erließ: „Wir landwirtschaftlichen Sänger von der hettern Lerche fingen von jetzt an zu den bekannt werdenden Zeiten an den bekannt werdenden Orten in großer Zahl." Herr von Schimpff gehört zum Vorstand des Landbundes; es scheint jedoch, daß der Landbund sich selbst loyal verhielt. Er erließ einige Tage nach dieser Bekanntmachung des Herrn von Schimpff eine ausdrückliche Warnung vor Gewalttätigkeiten gegen Beamte in Ausübung ihrer Pflicht und forderte die Landwirte auf, die staatliche Autorität zu achten. Gegen von Schimpff wird ein Strafverfahren wegen Nötigung und wegen Aufruhrs eingeleitet werden."

Berlin. (Funkspruch.) Zu den Vorfällen bei der Versteigerung in Langenöls wird mitgeteilt, daß der Regierungspräsident gestern eine Verhandlung mit den Führern der landwirtschaftlichen Bewegung gehabt hat, mit dem Zweck, weiteren Zwischenfällen vorzubeugen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben sich bereit erklärt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf die ihnen nahestehenden Schichten in diesem Sinne einzuwirken. Heute ist wiederum eine Versteigerung in Langenöls festgesetzt, die ohne polizeiliches Aufgebot abgehalten wird. Der Kreislandbund von Nimptsch hat heute eine Erklärung erlassen, worin er nochmals darauf hinweist, daß er vor ungesetzlichen Maßnahmen warnt. Ebenso hat der in Frage kommende Landrat eine Erklärung abgegeben.

Bauernkundgebung in München.

)(**München.** In der gestern im Zirkus Krone abgehaltenen, von der oberbayerischen Kreisbauernkammer einberufenen Versammlung der Bauernschaft, an der etwa 70000 Personen teilnahmen, nahm nach einem Vortrag des Direktors der oberbayerischen Kreisbauernkammer, Oekonomierats Steiginger, über die Nöte der Landwirtschaft auch Ministerpräsident Dr. Held das Wort. Er versicherte, daß die bayerische Staatsregierung die Not der Landwirtschaft voll und ganz würdige, und wies dann auf das Notprogramm der Reichsregierung hin. Eine Wende für die Landwirtschaft könne nur kommen von einer anderen Gestaltung der Handelspolitik. Die bayerische Regierung habe beim Reich getan, was sie konnte. Ueber das, was das Reich in Aussicht stelle, hinaus werde die bayerische Regierung im Rahmen des Möglichen das Ihrige tun.

Danach wurde eine Entschließung angenommen, in der zunächst dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wird, daß die Behandlung des Notprogramms im Reichstage einen so schleppenden Verlauf nimmt, und weiter erklärt wird: Werden die Forderungen der Bauernschaft nicht innerhalb kürzester Zeit der Verwirklichung nahegebracht, dann muß die Landwirtschaft aus dem Zwange der Not zu der ihr geeignet erscheinenden Selbsthilfe greifen.

Eine Kundgebung der Landessynode zum Reichsschulgesetz.

tsd. **Dresden.** In der Schlußsitzung der diesjährigen Tagung der Evangelisch-Lutherischen Landessynode am Dienstag vormittag wurde auf Antrag des Ausschusses für Bildungsfragen einstimmig beschlossen, sich mit folgender Kundgebung an das evangelische Volk zu wenden:

„Das Scheitern des Reichsschulgesetzes bedeutet für die Evangelisch-Lutherische Landessynode im Freistaat Sachsen wie für die überwiegende Mehrheit unseres ganzen Volkes eine tiefe Enttäuschung. Das durch die Reichsverfassung verbürgte Recht auf die evangelisch-lutherische Bekenntnisschule ist so abermals gehemmt.

Unter dem Eindruck dieser ernsten Tatsachen wendet sich die Synode in Uebereinstimmung mit der Kundgebung des Landesbischofs und des Landeskonsistoriums erneut an unser evangelisches Volk.

Sie dankt allen den Eltern und Lehrern, die sich treu und hingebend mühen, unsere Jugend in wahrhaft christlichem Geiste zu erziehen.

Sie bittet alle, die sich für die Zukunft unseres Volkes mit verantwortlich fühlen, um eine christliche Unterweisung unserer Jugend nach dem Bekenntnis unserer evangelisch-lutherischen Kirche in Haus und Schule mit erhöhtem Ernste zu ringen.

Sie hält fest an der Forderung, daß unserm evangelischen Volke wieder Schulen gegeben werden, die erfüllt sind vom Geiste echt evangelischen Glaubens und Lebens, und erwartet von allen Gliedern unserer Landeskirche, daß sie dieses Ziel auch durch persönliches Eintreten mit allen gesetzlichen Mitteln erstreben."

Zuvor begründete der Vorsitzende des Ausschusses für Bildungsfragen, Professor D. Dr. Frenzel-Leipzig, den Antrag eingehend. Präsident Graf Vitzthum von Eckstädt wies auf die Notwendigkeit weitester Verbreitung dieser Kundgebung hin. Der Präsident des Landeskonsistoriums D. Dr. Seeßen gab seiner Zustimmung zu der Kundgebung Ausdruck und versicherte, daß das Konsistorium dem Wunsch der Synode nachkommen werde. Nach Worten des Dankes an die Gemeinde der Kreuzkirche für die Zurverfügungstellung des Beratungssaales und an die Mitglieder und den Vorstand der Synode für ihre Mitarbeit erklärte der Präsident die diesjährige Tagung der Synode für geschlossen.

Mit einem feierlichen Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Domkirche, bei dem Oberkirchenrat Superintendent D. Müller-Zwickau die Predigt und Landesbischof D. Ihmels Beichte und Abendmahl hielt, fand die Synodaltagung ihren Abschluß.

Die Genfer Abrüstungsdebatte.

Die Bedeutung der russischen Vorschläge.

* **Genf,** 20. März. (Telunion.) Die vorbereitende Abrüstungskommission setzte heute nachmittag die Aussprache über den sowjetrussischen Abrüstungsvorschlag fort. Die Delegierten von Italien, Frankreich und England gaben Erklärungen ab, in denen Zweifel an der Durchführbarkeit und Ehrlichkeit der sowjetrussischen Vorschläge zum Ausdruck kam. Sie wiesen darauf hin, daß die sowjetrussischen Vorschläge zwar Garantien für den militärischen Frieden in sich trügen, jedoch keinerlei Gewähr für den sozialen und wirtschaftlichen Frieden, sowie für eine freie Entwicklung der Völker böten.

Als erster gab der italienische Delegierte den Standpunkt der italienischen Regierung bekannt. Die russischen Vorschläge, die eine organische Einheit bildeten, könnten nur als ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Man könnte sich diesen Vorschlägen vorbehaltslos anschließen, wenn sie wirklich geeignet wären, den einzig möglichen Frieden zu garantieren, der auf der Gerechtigkeit aufgebaut sei. Man könne aber ernsthafte Zweifel hegen, ob die russischen Vorschläge der geeignete Weg dazu seien. Der Tag, an dem alle Staaten völlig abgerüstet wären, würde praktisch gewissen Ländern infolge ihres natürlichen Reichtums, ihrer Bevölkerungszahl und ihrer Industrie die Möglichkeit geben, sich in kürzerer Zeit wieder zu rüsten, als dies anderen kleineren Staaten möglich wäre. Die sowjetrussischen Vorschläge behandelten die Friedensgarantie allein vom militärischen Standpunkt aus. Der Friede müsse aber auch die freie Entfaltung des Lebens der Völker sichern, sowie eine Garantie für den sozialen und wirtschaftlichen Frieden in sich tragen. Man habe nicht die Absicht, jetzt bereits ein Programm für die Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Friedens vorzulegen. Er sei bereit, den russischen Vorschlägen zuzustimmen, wenn Litwinow die Zweifel zerstreuen würde, die hinsichtlich dieser Vorschläge entstanden seien.

Darauf ergriff der französische Delegierte Graf Clandel das Wort. Den russischen Vorschlägen liege der Versuch einer idealen Lösung zur Sicherung des ewigen Friedens zugrunde. Man müsse jedoch fragen, ob der Vorschlag den gegenwärtigen Bedingungen der Welt entspreche und die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Staaten gewährleiste. Die vorbereitende Abrüstungskommission sei einberufen worden, um das Abrüstungsproblem im Rahmen des Artikels 8 des Völkerbundspaktes zu prüfen, der eindeutig als Ziel der Arbeiten die Begrenzung der Rüstungen vorsehe. Die russischen Vorschläge müßten aufmerksam geprüft werden. Sie seien in ihrer Art nicht neu. Das Prinzip der allgemeinen Abrüstung liege bereits dem Entwurf der Abrüstungskommission zugrunde. Der russische Vorschlag unterscheide sich weitgehend von den englischen und französischen Abrüstungsvorschlägen, und es wäre kaum möglich, die langwierigen Kommissionsverhandlungen aufzugeben und die russischen Fragen fristlos mit einem Ja oder Nein zu beantworten. Damit würde man feststellen, daß die bisherigen Arbeiten der Kommission gescheitert seien. Es müßte daher geprüft werden, ob nicht die russischen Vorschläge zugleich mit den übrigen Vorschlägen erörtert werden müßten.

Das Wort nahm dann der englische Delegierte Lord Cushendun. Er trat gleichfalls für sorgfältigste Prüfung der russischen Vorschläge ein. Eine endgültige Stellungnahme dazu sei im Augenblick nicht möglich. Erstaunlich sei, daß Litwinow der Abrüstungskommission keine näheren Erklärungen und Erläuterungen der 68 Artikel seines Entwurfes gegeben habe. Die russische Delegation wolle die Abrüstungsdelegation vor die Tatsache stellen, ihren Entwurf entweder anzunehmen oder abzulehnen. Die russischen Vorschläge bedeuteten eine Sabotierung der Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes. In keinem einzigen Artikel des Entwurfs sei von dem Völkerbund die Rede.

Unter Hinweis auf einen Artikel der Iswestija erklärte dann der englische Delegierte, daß es wohl kaum die Absicht der Moskauer Regierung sei, wirklich ernsthaft an der Abrüstung mitzuarbeiten. Er für seine Person als Vertreter der englischen Regierung sei nicht bereit, an dieser Art der Sabotierung der Völkerbundsarbeiten teilzunehmen, aber die russischen Vorschläge müßten zweifellos eingehend geprüft werden. Die sowjetrussische Delegation wolle den Krieg für die Zukunft beseitigen, lasse jedoch die Möglichkeit eines Bürgerkrieges offen. Die russische Regierung müßte sich zunächst vor der allgemeinen Abrüstung verpflichten, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Mächte einzumischen. Es gäbe gewisse Staaten, die in Verbindung mit Völkern in anderen Kontinenten stehen, die nicht dem Völkerbund angehörten. Dazu gehöre auch England. Die englische Regierung trage die Verantwortung für die Sicherheit dieser Staaten. Die russischen Vorschläge brächten weiter eine Aufhebung und Vernichtung aller wissenschaftlichen und historischen Arbeit auf dem Gebiete des Krieges und der Kriegsgeschichte. Erstaunlich sei auch, daß gerade die Sowjetregierung die vollständige Aufhebung der Polizei fordere. Der Staat solle nicht mehr die Möglichkeit haben, seine eigenen Bürger zu schützen und jeder solle dasselbe tun.

Der Redner empfahl hierbei der Moskauer Regierung das Vorbild der englischen Polizei. Lord Cushendun drückte dann die Bereitwilligkeit der englischen Regierung aus, auch weiterhin praktisch an der allgemeinen Abrüstung teilzunehmen. Die Washingtoner Seeabrüstungskonferenz habe einen wichtigen Schritt in der Richtung der Seeabrüstung getan. Der Forderung Litwinows auf Ablehnung oder Annahme der russischen Vorschläge könne nicht entsprochen werden. Die Kommission müsse sich das Recht der Prüfung dieser Vorschläge vorbehalten.

Der englische Delegierte, Lord Cushendon, schlug zum Schluß seiner Rede vor, die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge zunächst den Regierungen der Völkerbundsstaaten zur Prüfung zugehen zu lassen. Vor einer endgültigen Stellungnahme der Abrüstungskommission müsse sorgfältig geprüft werden:

1. Ob die sowjetrussischen Vorschläge im Rahmen der bereits vorliegenden Konventionsentwürfe oder als ein selbständiger Entwurf erörtert werden müssen,

2. Ob die sowjetrussischen Vorschläge in Uebereinstimmung gebracht werden können mit den Bestimmungen des Völkerbundspaktes oder ob sie im Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerbundspaktes stehen und deshalb ihre Erörterung eine Ueberschreitung der Kompetenzen der Abrüstungskommission wäre.

Lord Cushendon betonte nochmals, daß es auf der gegenwärtigen Tagung nicht möglich wäre, bereits eine endgültige Stellungnahme zu den sowjetrussischen Vorschlägen herbeizuführen. Wenn die sowjetrussischen Vorschläge durchgeführt werden könnten, so würde dadurch zweifellos eine glücklichere Epoche in der Geschichte beginnen. Die völlige Beseitigung des Krieges wäre bereits seit vielen Jahrhunderten von der Menschheit angestrebt worden. Die Abrüstungskommission habe die Aufgabe, dieses Ziel zu erreichen. Zweifellos sei der Fortschritt in der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes langsam, aber es seien doch schon große Fortschritte festzustellen. Es liege keinerlei Anlaß zum Pessimismus vor.

Der japanische Delegierte, Sato, wies sodann darauf hin, daß der Völkerbundspakt lediglich eine Beschränkung der Rüstungen auf das Mindestmaß vorsehe, daß zu der Sicherheit eines Staates erforderlich sei. Die sowjetrussischen Vorschläge zeigten den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung. Anhand eines Beispiels wies der japanische Delegierte nach, daß die Sicherheit nur relativ sei und lediglich dem subjektiven Empfinden entspringe. Man befinde sich nicht in Sicherheit, wenn man seine Waffen einfach zu Boden werfe. Die russischen Vorschläge würden eine Abänderung des Völkerbundspaktes notwendig machen, sie sollten zunächst der Vollversammlung des Völkerbundes zur Prüfung vorgelegt werden. Nachdem der spanische Delegierte eine kurze Erklärung abgegeben hatte, wurde die weitere Aussprache über die sowjetrussischen Vorschläge auf Mittwoch vertagt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler gegen den Steuerstreik.

)(**Berlin.** Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat, wie der Börsenkurier meldet, gestern abend die Führer des Landbundes zu sich gebeten, um energische Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Regierung mit Steuerstreik bedroht und durch ungerechtfertigte Vorwürfe die begreifliche deprimierte Stimmung auf dem Lande zu agitatorischen Zwecken ausgenutzt werde. Die Regierung sei mit dem, was sie für die Landwirtschaft tue, an der Grenze des finanziell Möglichen angelangt. Unter dem Druck der Ankündigung offener Rebellion könnten jedenfalls keine weitergehenden Hilfsmaßnahmen beschlossen werden.

Zur Aufwertung von Hypotheken.

vdz. **Berlin.** Im Rechtsausschuß des Reichstages stand ein Antrag Dr. Best (Volksrechtpartei) auf der Tagesordnung, worin die Reichsregierung ersucht wird, Artikel 85 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz dahin zu ändern, daß eine von der Hypothekenbank mit Zustimmung der Reichsregierung angebotene Abfindung nur von den Gläubigern als angenommen gilt, die ihr ausdrücklich zugestimmt haben.

Justizminister Hergt

erklärte dazu, die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Teilungsmasse der Hypothekenbanken mit Ausnahme des Verwaltungskostenbeitrags restlos den Pfandbriefgläubigern gebühre. Von diesem Grundsatz gingen auch die Vorschriften der Durchführungsverordnung über die Verteilung der Teilungsmasse aus. Zur Sicherung der Pfandbriefgläubiger sei das Abfindungsangebot an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde geknüpft. Infolge der laut gewordenen Beschwerden habe er Veranlassung genommen, sich darüber zu vergewissern, ob der angegebene Grundsatz überall befolgt werde. Die Ermittelungen seien noch nicht abgeschlossen. Sollte deren Ergebnis die Berechtigung der erhobenen Bedenken ergeben, so werde die Reichsregierung unverzüglich in eine Prüfung der erforderlichen Maßnahmen eintreten.

Mit dieser Erklärung des Reichsjustizministers wur vom Ausschuß die Angelegenheit als erledigt angesehen.

Die Frage des mehrseitigen Antikriegspaktes.

)(**Paris.** „Matin" glaubt, daß die französische Antwortnote an Kellogg in der Frage des mehrseitigen Antikriegspaktes wahrscheinlich noch diese Woche übermittelt wird. Briand prüfe zur Zeit einen Entwurf, zu dem er aber noch die Ansicht einiger seiner Kollegen im Kabinettsrat einholen wolle, da er nicht bis zum nächsten Kabinettsrat, der am 29. März stattfinde, warten wolle. Nach dem „Matin" könne als sicher angenommen werden, daß die Antwort positiv sein und eine Annahme der amerikanischen Regierung bilden werde, vorausgesetzt, daß die beiden Länder über die Vorbehalte einig seien, die das Völkerbundsstatut in Europa und die Murodoktrin in Amerika erheischten.

Wie „Chicago Tribune" erfährt, enthält die Note folgende Punkte:

1. Frankreich nimmt die Anregungen Kelloggs für einen mehrseitigen Pakt, der alle Kriege, nicht nur die Angriffskriege, verurteilt, an. Frankreich regt eine Formel an, von der es annimmt, daß sie unter Wahrung der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber dem Völkerbunde auch Washington befriedigen wird;

2. Frankreich wünscht außerdem, daß der Vertrag nicht auf Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, Italien und Großbritannien beschränkt bleibt, sondern allen Nationen offen steht;

3. für den Fall, daß eine der Mächte den Vertrag bricht, wünscht Frankreich, daß dadurch ohne weiteres alle anderen Nationen von den Vertragsverpflichtungen befreit sind und daß so den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes erlaubt ist, ihren Völkerbundsverpflichtungen nachzukommen.

Eine Widerlegung der Behauptung von der Kriegsschuld der Mittelmächte.

)(**Wien.** Zu der Erklärung des jugoslawischen Politikers Vridtschewitsch, daß Serbien aus nationalem Interesse entscheidend zum Ausbruch des Weltkrieges beigetragen habe, schreibt das Neue Wiener Tageblatt: Hiermit bricht wieder einmal die schon durch eine Unzahl

von Veröffentlichungen von Dokumenten widerlegte Lüge von einer Alleinschuld Deutschlands und Oesterreich-Ungarns am Ausbruch des Weltkrieges zusammen. Auf der Behauptung von dieser Alleinschuld bauen sich aber die Friedensverträge auf mit allen ihren Gewaltbestimmungen. Dies ist auch der wahre Grund, weshalb die Regierungen in London, Paris, Brüssel und Rom nicht ein Quentchen von dem erdrückenden Gewicht einer Alleinschuld Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ablassen wollen. Soll jedoch trotzdem, so fragt das Blatt, die empörende Kriegsschuldlüge fortleben?

Deutscher Reichstag.

vds. Berlin, am 20. März, 15 Uhr.

Der Antrag Dr. Most (Dvp.) auf Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen bis zum 31. Dezember 1928 wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

In der dann folgenden fortgesetzten zweiten Beratung des Etats wird der

Haushalt des Reichstags

ohne Aussprache bewilligt. Ein kommunistischer Antrag, wonach den Kellnern des Reichstagsrestaurants auch in den Parlamentsferien das Gehalt fortgezahlt werden soll, kommt im Hammelsprung zur Abstimmung. Es werden nur 284 Stimmen abgegeben. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Die Verhandlungen werden auf 10 Minuten unterbrochen.

Um 15¼ Uhr wird die neue 405. Sitzung eröffnet.

Der kommunistische Antrag wird dem Vorstand des Reichstags zur Vorberatung überwiesen.

Es folgt die

zweite Beratung des Kriegsschäden-Schlußgesetzes.

Abg. Buchwitz (Soz.) weist darauf hin, daß auf die endgültige Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden 400 000 Geschädigte schon seit Jahren warten. Die meisten würden durch die Ausschußvorlage sehr enttäuscht werden. Die verzweifelte Stimmung der Geschädigten habe zu dem bedauerlichen Fall Langkopp geführt. Die Regierung habe es beim Kriegsschäden-Schlußgesetz an der richtigen zielklaren Führung fehlen lassen. Die große Zahl der Klein- und Mittelgeschädigten werde benachteiligt zugunsten der kleinen Zahl der Großgeschädigten. Trotz der Enttäuschung, die die Vorlage vielen Geschädigten bringt, sei es notwendig, ein Schlußgesetz zu machen. Die ungelöste Frage der Liquidations- und Gewaltschäden würde eine dauernde Beunruhigung der Wirtschaft bleiben. Der Redner verlangt eine Kürzung der Beträge für die Großgeschädigten, damit die Barentschädigung auf 10 000 Mk. erhöht werden kann. Der Redner erklärt schließlich, seine Freunde könnten der Ausschußvorlage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Schneider-Thüringen (Dnat.) betont, die Entente habe den völkerrechtswidrigen Raub des Privateigentums der Kolonial- und Auslandsdeutschen verschleiern wollen mit der Feststellung der Entschädigungspflicht des Reiches. Sie habe aber dem Reich nicht die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Pflicht gegeben. Die Regierung habe mit ihrer Vorlage weder die maßvollen Vorschläge der Reichsarbeitsgemeinschaft der Geschädigten, noch die des Reichswirtschaftsrats berücksichtigt. Das Reichsentlastungsgesetz habe den Geschädigten einen Rechtsanspruch auf angemessene Entschädigung bei wiederhergestellter finanzieller Leistungsfähigkeit des Reiches gegeben. Das vorliegende Gesetz erfülle diesen Anspruch nicht. Die von der Regierung vorgetragenen reparationspolitischen Bedenken seien nicht von allen Ausschußmitgliedern geteilt worden. Bei den Geschädigten werde der Eindruck entstehen, daß in gewissen Kreisen die Erfüllungsbereitschaft nach außen größer sei als den eigenen Volksgenossen gegenüber. (Sehr richtig!) Wenn trotz aller dieser Bedenken die Deutschnationalen der Vorlage zustimmen, so seien sie dazu veranlaßt durch die Zwangslage, in die die Regierungskrise den Reichstag gebracht habe. Den Geschädigten werde nun zwar wenig, aber das wenige schnell gegeben.

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) führt aus, sämtliche Parteien hätten im Ausschuß die ursprüngliche Regierungsvorlage nicht als eine brauchbare Endlösung betrachtet. Die drückende Schuldenlast des Reiches mache aber andererseits ein Schlußgesetz notwendig. Wenn die Parteien eine Zwischenlösung mit Besserungsschein verlangt hätten, dann hätte die Gefahr eines Scheiterns des ganzen Gesetzes bestanden. Diese Gefahr und das Bestreben, den nun schon jahrelang wartenden Geschädigten endlich Hilfe zu bringen, hätten die Mehrheit des Ausschusses bewogen, die erheblich verbesserte, wenn auch immer noch unbefriedigende neue Vorlage anzunehmen. Der Rechtsanspruch auf volle Entschädigung sei damit nicht erfüllt, aber auch die übrigen Gläubiger des Reiches hätten sich große Abstriche gefallen lassen müssen.

Abg. Dauch (Dvp.) erklärt, das Kriegsschäden-Schlußgesetz wolle einen Strich machen unter eines der beschämendsten Kapitel des Weltkrieges. Die Beschlagnahme deutschen Privateigentums sei ein Kampfmittel unserer Feinde gewesen, das allen Grundsätzen des Völkerrechts und der internationalen Sicherheit widerspricht. Wenn England heute so eifrig den Bolschewismus bekämpft, so müsse daran erinnert werden, daß England als erster Staat Privateigentum in Staatseigentum verwandelt und damit Bolschewismus gestiftet hat. Damit habe England überall das Vertrauen verloren, dem es früher seine Stellung als Weltbankier verdankte. Amerika, das jetzt die Stellung des Weltbankiers einnehmen will, hat aus guten Gründen das beschlagnahmte deutsche Privateigentum wieder herausgegeben. Die Vorschläge der Reichsarbeitsgemeinschaft der Geschädigten seien von allen Parteien als brauchbare Grundlage für das Entschädigungsgesetz bezeichnet worden. Die Regierung habe leider bei ihrer Vorlage die Vorschläge nicht genügend beachtet. Leider habe die Regierung auch den Vorschlag der Regierungsparteien auf Einführung eines Besserungsscheines abgelehnt. Angesichts der durch die Regierungskrise entstandenen Zwangslage könne den Geschädigten die notwendige schnelle Hilfe nur gebracht werden durch die Annahme des jetzt vorliegenden Ausschuß-Entwurfes. Die Arbeitsgemeinschaft habe selbst in einem Brief diesen Standpunkt eingenommen und damit erst die Aufnahme des Gesetzes in das Notprogramm ermöglicht.

Nach der Plenarsitzung

des Reichstages hielten noch verschiedene Fraktionen Sitzungen ab, in denen jedoch nur laufende Angelegenheiten besprochen wurden.

In den Abendstunden empfing der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Fraktionsführer und Beamtenvertreter der Fraktionen, um mit ihnen noch einmal den im Haushaltsausschuß beanstandeten Stellenplan zu besprechen. Dieser Stellenplan ist im Ergänzungsetat nicht enthalten; verschiedene Fraktionen hatten beanstandet, daß dahingehende Beschlüsse des Haushaltsausschusses von der Regierung nicht ausgeführt worden seien.

Die Einzelberatung des landwirtschaftlichen Notprogramms im Ausschuß.

vdz. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Dienstag abend das im Ergänzungsetat für 1928 vorgesehene Notprogramm für die Landwirtschaft im einzelnen.

Vorgesehen sind darin 80 Millionen zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände, 25 Millionen zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, 8 Millionen zur Organisierung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch und eine Million zur Förderung der Geflügelzucht. Im Ordinarium ist außerdem als einmalige Ausgabe ein Titel von einer halben Million Rm. zur Verbilligung des Zinsfußes von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen vorgesehen.

Auf eine Anfrage des Abg. Thomsen (Dn.) erklärte Staatssekretär Dr. Hofmann, daß nach Verhandlungen über die etwaige Verlängerung der Zinsverbilligung mit dem Finanzminister es zunächst bei den vorgesehenen fünf Jahren verbleiben solle.

Den Titel, der 8 Millionen zur Absatzorganisierung für Schlachtvieh und Fleisch fordert, beantragte Abg. Frau Sender (Soz.) so zu fassen, daß der Zwischenhandel ausgeschaltet werden solle, indem die Summe verwendet werden sollte zur Organisation und Förderung des direkten Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Genossenschaften der öffentlichen Körperschaften.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärte, den Titel nicht bewilligen zu können, ehe er nicht Klarheit bekäme über Ausführung und Ausführbarkeit des gewollten Zweckes.

Staatssekretär Dr. Hoffmann wies darauf hin, daß der Ernährungsminister gebeten hätte, die Einzelheiten des Plans der Viehverwertung später mit dem entsprechenden Ausschuß zu beraten.

Im Verlauf der weiteren Beratung teilte Abg. Schlack (Ztr.) den Antrag, die Mittel zur Organisation und Förderung des direkten Absatzes zwischen Verbraucher- und Erzeuger-Genossenschaften zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz zu anderen Rednern erklärte Abg. Schlack, daß er die einzige Möglichkeit einer Erleichterung des Marktes nur in der Umwandlung der Erzeugnisse in Dauerware erblicke. — Namens der Regierung erklärte sich Staatssekretär Dr. Hoffmann mit einer Kombination des sozialdemokratischen Antrags und des Antrags Schlack einverstanden.

Der Antrag Schlack wurde angenommen und der Titel von acht Millionen bewilligt, ebenso der Titel von 80 Millionen als einmaliger Beitrag zur Behebung der außerordentlichen Notstände. Der Titel „zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens 25 Millionen" wurde zurückgestellt bis zur Lösung der Frage der Rentenbank.

Bewilligt wurde ferner die im Ergänzungsetat geforderte eine Million zur Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes.

Angenommen wurden die Anträge, die die Zuziehung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags bei der Feststellung der Richtlinien für die neuen Pläne verlangen.

Die Garantie von 22 Millionen zur Organisation des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch soll auch für Erzeuger- und Verbraucher-Genossenschaften nach einem Antrag der Sozialdemokraten mitgewährt werden.

Damit war die Einzelberatung bis auf den zurückgestellten Titel erledigt.

Min.-Dir. Wachsmann teilte mit, daß die Reichsfinanzämter schon vor Wochen angewiesen worden seien, nicht wegen Reichssteuern Zwangsvollstreckungen vorzunehmen. Darüber hinaus reiche aber der Einfluß des Reiches nicht.

Nach längerer Aussprache wurde der Finanzminister ermächtigt, statt der im Etatsgesetz vorgesehenen 100 Millionen zweihundert Millionen Reichsmark an Institute zu geben, die Kredite zur Umschuldung drückender Schulden an landwirtschaftliche Betriebe gewähren wollen, deren rationelle Fortführung bei Gewährung des Kredites zu erwarten ist.

Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Pfändungen und Zwangsvollstreckungen bei mit Roggenhypotheken belasteten bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben aufzuhalten und die Vermittelungsstellen anzuweisen, sofort die notwendigen Mittel aus dem der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Fonds zwecks Umschuldung der hochbelasteten bäuerlichen Betriebe anzufordern.

Nach Genehmigung des Restes des landwirtschaftlichen Notprogramms wurde die Beratung des Sozialprogramms auf heute Mittwoch vertagt.

Abg. Dr. Hertz (Dem.) bezeichnet die Verhandlungen über dieses Gesetz als eine Folge von Grabreden vor eingesargten Hoffnungen, Rechten und Aussagen. Das Gebimmel einer Resolution werde wenig Trost bringen. Die Zuspitzung der innerdeutschen Erregung dürfe uns aber nicht vergessen lassen, daß die Quelle von Not und Unrecht in dem Eigentumsraub der fremden Mächte ruht. Der Redner bedauert, daß der Gedanke des bloßen Abrechnungsgesetzes zu eng festgehalten wurde und erwartet, daß die Richtlinien zum Billigkeitsfonds noch einige Besserungen schaffen. Völlig unbefriedigend sei die Lösung der Wertpapierfrage. Auch das Problem der Ausgleichs-Gläubiger müsse baldigst in Angriff genommen werden. Der Redner begründet erneut Anträge, die eine allgemeine Besserungsklausel in das Gesetz aufnehmen wollen. Wenn die demokratische Fraktion in der Schlußabstimmung dem Gesetze zustimmen werde, dann nicht, um es sachlich zu sanktionieren, sondern um auch ihrerseits die Notwendigkeit zu bestätigen, daß den armen und oft enttäuschten Geschädigten wenigstens einigermaßen und rasch geholfen werde.

Abg. Jadasch (Komm.) bezeichnet das Gesetz als einen weiteren Versuch, die Kleinen auszupowern und die Großen zu bereichern. Während den Großen schon vorher aus der Ruhrhilfe und anderen Quellen große Zuwendungen gemacht wurden, habe man die Kleinen unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Notlage durch Zwangsvergleiche mit lächerlich geringen Summen abgespeist. Die Kommunisten würden diesem unsozialen Gesetz nicht zustimmen.

Um 19¼ Uhr wird die Weiterberatung auf heute Mittwoch 14 Uhr, vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Gefrierfleisch-Vorlage und die erste Beratung einer Novelle zum Tabaksteuergesetz.

Beseitigung von Ausfuhrbeschränkungen.

vdz. Berlin. Auf einen Antrag der deutschen Regierung hatte sich im Jahre 1927 der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes mit der Beseitigung der Ausfuhrbeschränkungen für Häute, Felle und Knochen befaßt. Im März 1928 hat nunmehr in Genf eine Aussprache über diese Angelegenheit stattgefunden, an der sich Vertreter von Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande und Dänemark beteiligten. Ein Antrag Deutschlands, sämtliche Ausfuhrbeschränkungen für Häute und Felle, also auch die Ausfuhrzölle zu beseitigen, wurde einstimmig angenommen. Die Wiedereinführung von Ausfuhrzöllen wurde aber noch zugelassen, wenn sie von einem Drittel der betreffenden Staaten aus triftigen Gründen beantragt wird.

In einer weiteren Sitzung wurde auch eine Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Beseitigung der Ausfuhrverbote von Knochen, Hörnern, Klauen und Leimleder erreicht. Hinsichtlich der Ausfuhrzölle und Ausfuhrabgaben war sie jedoch nicht zu erreichen. Es wurde nur vereinbart, daß künftig die Zölle und Abgaben nicht mehr als drei Goldfrancs für 100 Kilogramm betragen sollen.

Im Juli 1928 sollen die Vereinbarungen dem Völkerbund unterbreitet werden. Ihre Inkraftsetzung erfolgt später durch die Gesetzgebung der einzelnen Länder.

Veröffentlichung des ersten Bandes der amerikanischen Kriegsdokumente.

X Washington. Das Staatsdepartement veröffentlicht jetzt den ersten Band der Kriegsdokumente, der das Jahr 1914 behandelt. Weitere Bände bis 1919 werden folgen. Das Gesamtwerk ist nach dem Vorbild der deutschen und britischen Aktenpublikationen zusammengestellt und bringt eine fast vollständige Wiedergabe aller im Staatsdepartement vorhandenen den Weltkrieg betreffenden Schriftstücke.

Wie versichert wird, ist nichts Wesentliches weggelassen. Die Veröffentlichung enthält erstens Meldungen amerikanischer Auslandsvertretungen über den Kriegsausbruch und die — hier erstmalig veröffentlichten — Akten über die Bemühungen Amerikas, den Kriegsausbruch zu verhindern. Die Veröffentlichung enthält Berichte zweitens über die Bemühungen der USA.-Regierung, die Rechte der amerikanischen Bürger bezüglich der Handels- und Bewegungsfreiheit zu wahren, drittens über die Bemühungen zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Neutralität, viertens über die Wahrnehmung der Interessen der kriegführenden Regierungen in feindlichen Staaten und über das amerikanische Hilfswerk für die belgische Bevölkerung. Vorangestellt ist diesen vier Kapiteln der Schriftwechsel zwischen Bryan und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Stone, in dem Bryan die von Stone zitierten Vorwürfe amerikanischer Parteilichkeit und Gehässigkeit gegen die Mittelmächte im einzelnen zurückweist, sowie Bryans Schriftwechsel mit Deutschland und anderen Mächten zwecks Abschlusses von Versöhnungsverträgen. Interessant ist ferner der Bericht über die Bemühungen Bryans, durch den Botschafter Page die guten Dienste Amerikas zur Verhütung des Weltkrieges anzubieten, was Page am 3. 8. 1914 als aussichtslos bezeichnete und zwar sowohl nach seiner wie nach Ansicht des britischen Außenamts. Trotzdem erfolgte am 5. 8. ein erneutes Vermittlungsangebot Wilsons an Wien, Petersburg, Berlin, London, Paris. Einen breiten Raum nehmen die vergeblichen Bemühungen des Staatsdepartements ein, England zur Annahme der Londoner Deklaration zu veranlassen. Kurz behandelt sind schließlich Behauptungen der Alliierten über deutsche Greueltaten, die Botschafter Page in einem Telegramm vom 11. 9. 1914 für größtenteils glaubwürdig bezeichnet. Als Gegenstück dazu ist die bekannte Meldung amerikanischer Berichterstatter vom 3. 9. abgedruckt, in der diese feierlichst erklären, keinen einzigen Beweis für deutsche Grausamkeiten gefunden zu haben.

Das Programm der Alten Sozialdemokratischen Partei.

X Dresden. Im „Volksstaat" veröffentlicht der Parteivorstand der Alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in elf Abschnitten den Entwurf eines Parteiprogramms der ASPD.

Im ersten Abschnitt, der den Dienst an Volk und Staat behandelt, heißt es u. a.: Die ASPD. ist eine Partei der schaffenden Bevölkerung. Ihre Einstellung zum Staate liegt jenseits aller taktischen Zweckmäßigkeitserwägungen. Aus Grundsatz und Gesinnung dient sie dem Staate, ist sie bereit, sich dem Gebote der staatlichen Notwendigkeiten zu unterwerfen.

Weiter heißt es: Die ASPD. ist eine sozialistische und republikanische Partei. Sie tritt für eine wahrhaftige Völkerversöhnung ein. Ihr außenpolitisches Programm umfaßt folgende Punkte: Außerkraftsetzung des Versailler Vertrages, Beseitigung der durch aufgezwungenen Schuldspruch auferlegten Lasten, Durchführung der Abrüstung aller Länder bis auf den Stand der deutschen Abrüstung, Revision der erzwungenen Landesgrenzen, Rückgabe der früheren deutschen Kolonien, Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland.

Die Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau.

X Essen. Die gestern fortgesetzten Verhandlungen über das Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau verliefen ergebnislos. Die Gewerkschaften blieben bei ihrem Verlangen nach einer Verkürzung der Schichtdauer unter und über Tage auf 7 bezw. 8 Stunden, die unter Hinweis auf die Selbstkosten und die Notlage des Ruhrbergbaus vom Zechenverband abgelehnt wurden. Die Gegenvorschläge des Zechenverbandes wurden von den Gewerkschaften gleichfalls abgelehnt. Der Zechenverband hat den Schlichter, der an den gestrigen Verhandlungen teilzunehmen verhindert war, angerufen und ihn ersucht, die Schlichtungsverhandlungen am 28. und 29. März abzuhalten.

Lohnstreitigkeiten im rheinischen Baugewerbe.

X Köln. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien zur Neuregelung der Löhne im Reichstarifvertrag für das rheinische Baugewerbe vom 4. April ab waren ergebnislos. Die Arbeitgeber fordern eine Lohnherabsetzung von 6,7 Prozent, die Gewerkschaften eine Erhöhung für die Facharbeiter von 15 Prozent, für verschiedene Gruppen der ungelernten Arbeiter bis zu 50 Prozent. Nunmehr wird das Schiedsgericht entscheiden.

Ein Riesenflugzeug für die spanische Armee.

X Madrid. Ein für die spanische Luftflotte angekauftes Riesenbombenflugzeug vom Junkerstyp ist gestern aus Malmö in Schweden kommend auf dem Flugplatz Cuatrovientos gelandet. Der Flug wurde in vier Etappen durchgeführt. Es handelt sich um einen Ganzmetallapparat mit drei Motoren, der das größte bisher erbaute Flugzeug dieser Art darstellt. Im oberen Teil des Apparats sind zwei drehbare Panzertürme mit Schießscharten untergebracht. Die in jedem Turm aufgestellten beiden schweren Maschinengewehre können in allen Richtungen feuern. Ein weiterer Turm mit einem Maschinengewehr ist in dem Flugzeugrumpf unterhalb der Tragfläche eingebaut. Außerdem kann das Flugzeug eine beträchtliche Menge schwerer Bomben mit sich führen. Die Baukosten belaufen sich auf 600000 Peseten.

Polens Wortbruch.

Vor einiger Zeit konnte das deutsche Auswärtige Amt mit sichtlicher Genugtuung berichten, daß in den Verhandlungen mit Polen über das Niederlassungsrecht eine Einigung erzielt worden sei. Besonders in der linksgerichteten deutschen Presse legte man diese an und für sich erfreuliche Mitteilung so aus, daß nunmehr außer den Fragen über die Kartoffel- und Schweineeinfuhr keine Momente mehr beständen, die den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages verzögern könnten. Man hat daher vielfach versucht, auf die Kreise der deutschen Landwirtschaft einen Druck in der Richtung hin auszuüben, daß sie in ihren Forderungen im Interesse der Allgemeinheit nachgeben müßten. Ganz abgesehen davon, daß ein deutsches Eingehen auf die polnischen Wünsche betreffs der Schweine- und Kartoffeleinfuhr die Existenzgrundlagen der deutschen Landwirtschaft schwer erschüttert hätte, aus einer polnischen Anordnung dieser Tage geht jetzt auch hervor, daß auch bei einer Berücksichtigung der polnischen Forderungen über die Schweineausfuhr der von Deutschland erstrebte Handelsvertrag sowieso nicht zustandegekommen wäre. Warschau hat nämlich jetzt die Novelle zu der sogenannten polnischen Grenzschutzverordnung veröffentlicht. Diese Novelle sollte, wie seinerzeit vom polnischen Außenministerium Dr. Stresemann ausdrücklich zugesichert wurde, eine dem bisherigen deutsch-polnischen Verhandlungsresultat entsprechende Fassung erhalten. Es sollten also in ihr alle die Verordnungen wieder aufgehoben werden, die mit den getroffenen Abmachungen über das Niederlassungsrecht in Widerspruch stehen. Ein Blick auf den Wortlaut der nun veröffentlichten Novelle zeigt, daß außer einigen Abänderungen in der Stilisierung die Bestimmungen der am 28. März 1927 erlassenen polnischen Grenzzonenverordnung voll aufrecht erhalten werden. Die Veröffentlichung dieser Novelle stellt also nicht nur einen glatten Wortbruch Polens dar, sondern auch ein Zurückwerfen der gesamten Handelsvertragsverhandlungen auf ihr erstes Stadium.

Wenn auch anzunehmen ist, daß der Erlaß dieser polnischen Novelle gegen den Willen des polnischen Außenministers erfolgte, so täuscht dies doch nicht über die Tatsache hinweg, daß die nationalistische Tendenz in Polen in einer der wichtigsten Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen einen von sinnloser Deutschenangst diktierten Sieg errungen hat. Um das Mißverhältnis zwischen den deutschen Forderungen auf ein Niederlassungsrecht und den Bestimmungen der polnischen Grenzschutzverordnung zu erkennen, vergegenwärtige man sich zunächst einmal den Sinn der neuen polnischen Novelle. Durch ihren Wortlaut wird in einer Grenzzone von 30 Kilometern den polnischen Behörden ein spezielles Enteignungsrecht zugesichert. Auf Grund der geringfügigsten Vergehen erhalten die polnischen Behörden das Recht der Ausweisung und Enteignung in der erweiterten Grenzzone, die nunmehr auch den größten Teil des sogenannten Weichselkorridorgebietes umfaßt. Es ist hier zu beachten, daß solche Enteignungen und Ausweisungen auf dem Verwaltungswege veranlaßt werden können, womit jedem einzelnen Woiwoden das Recht gegeben wird, je nach Belieben und Gutdünken solche Maßnahmen anzuordnen. Die Folge hiervon ist natürlich eine Rechtsunsicherheit, die es deutschen Kaufleuten und Handelsvertretungen völlig unmöglich macht, sich in der fraglichen Grenzzone aufzuhalten.

Den größten Verstoß gegen das Deutschland zugesicherte Niederlassungsrecht stellt der § 12 der Verordnung dar, der wörtlich lautet:

„Der zuständige Woiwode kann einzelnen Ausländern in der Grenzzone die Ausübung der nachstehend aufgeführten Tätigkeiten verbieten, sofern die Ausübung im Hinblick auf das Staatswohl lästig wäre, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit und öffentliche Ordnung: a) Besitz, Pacht, Nutzung und Verwaltung von Immobilien oder Teilen von Immobilien, b) Ausübung von Handel und gewerblicher Tätigkeit, c) Leitung und Nutzbarmachung von Arbeiten und Unternehmungen."

Vergegenwärtigt man sich den Sinn dieser Bestimmungen, dann wird in Deutschland wohl jedermann zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß angesichts einer solchen Rechtsunsicherheit in Polen die Frage eines deutsch-polnischen Handelsvertrages vor der Hand gar nicht erörtert werden kann.

Rußland hüllt sich noch immer in Schweigen.

* Berlin. Entgegen der von einem Berliner Blatt gebrachten Meldung, wonach im Zusammenhang mit der Donez-Affäre eine neue deutsche Aktion in Moskau erfolgt sei, erfährt die Tu. von maßgebender Stelle, daß von einer neuen Aktion der deutschen Regierung nicht die Rede sein kann. Der deutsche Botschafter ist tagtäglich bemüht, Licht in das Dunkel der Angelegenheit zu bringen, indessen scheint man es russischerseits mit der Klärung der Frage nicht sonderlich eilig zu haben, denn auch heute ist von einer Freilassung weiterer Deutscher noch nichts bekannt. Man hat es nicht einmal für nötig befunden, dem deutschen Generalkonsul in Charkow die Erlaubnis zu erteilen, die Gefangenen in Begleitung eines russischen Beamten zu besuchen.

Die unwahren Gerüchte über den Allgemeinen Deutschen Automobilklub.

In letzter Zeit sind über den Deutschen Allgemeinen Automobilklub e. V. von verschiedenen Seiten unzutreffende Gerüchte verbreitet worden. So wurde behauptet, der ADAC. könne für den Grenzübertritt nach der Tschechoslowakei für Kraftfahrzeuge keine Grenzscheine mehr ausstellen, auch seien die Grenzscheine nach sämtlichen Ländern teurer als bei den Wirtschaftsverbänden. Es sei mit einer baldigen Auflösung des Klubs zu rechnen, insbesondere wegen der Flaggenfrage. Auch sei ein Anschluß des ADAC. an den Verband Sächsischer Automobilbesitzer zu erwarten.

Hierzu teilt die Geschäftsstelle des Gaues 11 Freistaat Sachsen des ADAC. mit, daß die sämtlichen Gerüchte unwahr sind. Der ADAC. ist nach wie vor der größte Automobilklub des Continents und fester fundiert als je. Auf der letzten Jahreshauptversammlung wurden Meinungsverschiedenheiten über die Clubflagge durch einstimmigen Beschluß beigelegt, neben der Clubflagge bei offiziellen Anlässen auch die Reichsfarben zu zeigen. Die Mitgliederzahl des ADAC hat in den letzten drei Monaten durch etwa 9000 Zugänge einen neuen Aufstieg genommen. Ein Beitritt des Clubs zum Verbande Sächsischer Automobilbesitzer ist nie in Frage gekommen und liegt nicht im Bereiche der Möglichkeit.

Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler.

Reichstagswahlen spätestens am 20. Mai.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx empfing heute die Vertreter aller Reichstagsparteien mit Ausnahmen der Kommunisten zu einer Besprechung über die schwebenden politischen Fragen, besonders über die Beamtenfragen. Zu einem abschließenden Ergebnis kamen die Verhandlungen noch nicht. Die Fraktionsführer wurden gebeten, ihre Fraktionen zu befragen, ob sie auf die Durchführung der angenommenen Entschließungen zur Besoldungsordnung verzichten wollten.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Franken (Soz.) nach dem Zeitpunkt des Wahltermines wurde auch diese Frage kurz behandelt. Eine endgültige Entscheidung über den Wahltermin liegt noch nicht vor, doch ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß die Reichstagsneuwahlen spätestens am 20. Mai stattfinden werden.

Dr. Köhler zur Finanzpolitik.

Berlin. (Funkspruch) Reichsfinanzminister Dr. Köhler gab im Haushaltsausschuß des Reichstages genaue Aufschlüsse über die Reserven, die man unter Umständen noch im Etat verwenden könnte. Er wies gegenüber den in der Oeffentlichkeit erhobenen Angriffen auf die Finanzpolitik der jetzigen Regierung darauf hin, daß diese in der Offenlegung der Reserven und der Klarheit des Etats weitergegangen sei, als jede Regierung vorher. Mangelnde Sparsamkeit könne man der Regierung nicht vorwerfen, denn die meisten Ausgaben des Etats, des Nachtragsetats und des Ergänzungsetats seien zwangsläufig durch Beschlüsse des Reichstages hervorgerufen. Namentlich das Notprogramm sei zwangsläufig, denn es enthalte im wesentlichen nur Ausgaben zur Milderung der Not der Landwirtschaft und der Not der Sozial- und Kleinrentner, und daran wolle niemand sparen.

Die Tabaksteuer-Aenderung.

Berlin (Funkspruch). Die vom Reichsrat bereits erledigte Novelle zum Tabaksteuergesetz ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Der Reichsrat hat neu eingefügt, daß bis zum 31. März 1930 Zigaretten im Kleinhandel nicht billiger verkauft werden dürfen, als sie kanderetiert sind. Die Reichsregierung lehnt diese Bestimmung ab, weil sie meint, daß dieser Schutz des Kleinverkaufspreises zu Berufungen anderer Gewerbekreise führt, insbesondere soweit sie Markenartikel vertreiben. Derartige so schwer oder überhaupt nicht zurückzuweisende Berufungen könnten alsdann bei weiteren Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens eine Einschränkung der freien Wirtschaft nach sich ziehen.

Polnische Auswanderer und Rückwanderer.

Berlin. (Funkspruch.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute in Anwesenheit von Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichsarbeitsministeriums und des sächsischen Reichsratbevollmächtigten mit dem deutsch-polnischen Abkommen über polnische Auswanderer und Rückwanderer als Saisonarbeiter. Nach kurzer Besprechung wurde das Abkommen einstimmig genehmigt.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 21. März 1928.

Im Reichstagsausschuß für Handelspolitik

wurde die deutsch-französische Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen dem Saarbecken-Gebiet und dem deutschen Zollgebiet ohne weitere Erörterung einstimmig angenommen.

Schwarz-weiß-rot in Warschau?

Berlin. (Funkspruch.) Zeitungsmeldungen zufolge soll in Warschau ein Automobil mit schwarz-weiß-roter Flagge gesehen worden sein, welches der deutschen Gesandtschaft angehört. — Den Blättern wird mitgeteilt, daß an der ganzen Angelegenheit kein wahres Wort ist.

Eine Erklärung der anhaltischen Regierung.

Dessau. (Funkspruch.) Ein Vertreter der Regierung teilte in der heutigen Sitzung des Landtages auf eine Anfrage mit, daß die kürzlich bei dem Deutschen Solway in Bernburg wegen des Verdachtes der Handelsspionage zugunsten Rußlands erfolgte Verhaftung des Laboranten Meyer aus freiem Ermessen der Staatsanwaltschaft und nicht als Vergeltungsmaßnahme gegen die Deutschenverhaftungen in Rußland erfolgt sei. Weder der Staat noch das Reich hätten dabei mitgewirkt.

Auslaufen des Schiffes „Citta di Milano" zur Nordpolexpedition.

Spezia. (Funkspruch.) Das Kriegsschiff „Citta di Milano" ist gestern abend zur Nordpol-Expedition, die unter dem Kommando des Generals Nobile durchgeführt werden wird, in See gegangen.

Eine Eisenbahnbrücke in Brand.

Remagen. (Funkspruch.) In der vergangenen Nacht brach auf der Ludendorff-Brücke bei Remagen ein Feuer aus, das wahrscheinlich durch Schlacken einer Güterzuglokomotive, die den Holzbelag der Brücke in Brand setzten, verursacht war. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften hatten Mühe, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Aus Köln und Koblenz waren von der Reichsbahn Hilfszüge angefordert worden. Der Brand konnte um 8 Uhr nachts gelöscht werden.

Ernste Lage bei der ostindischen Eisenbahn.

Kalkutta. (Funkspruch.) Die Lage bei der ostindischen Eisenbahn wird ernst. Infolge der Aussperrung in den Werkstätten von Bilnah verbreitet sich die Unruhe in die anderen Betriebe. Bewaffnete Polizei und Truppen wurden dorthin entsandt um Ruhestörungen zu verhindern.

Großfeuer durch einen brennenden Güterwagen.

Straelen. (Funkspruch.) Auf der Geldernschen Kreisbahn geriet wahrscheinlich durch Funkenflug aus einer Lokomotive ein mit Stroh beladener Güterwagen zwischen Auwel und Straelen in Brand. Der brennende Wagen wurde abgekoppelt und rollte auf der abschüssigen Strecke nach Auwel hinunter, wo er 3 Häuser und die Schule in Brand setzte. Ein Haus und die Schule brannten vollständig nieder, während bei den anderen beiden Häusern die Dachstühle abbrannten. In der Nacht gerieten dann gleichfalls infolge Funkenfluges das in der Nähe der Brandstätte gelegene Anwesen eines Wirtes in Brand und wurde ebenfalls ein Raub der Flammen.

Eine Frauenwohnungshilfe in Sachsen.

Selbsthilfe sächsischer Frauen.

VK. Eine neue Art der Baugeldbeschaffung wird neuerdings in Sachsen durch ein Selbsthilfewerk sächsischer Frauen in Gang gebracht. Unter dem Namen „Frauenwohnungshilfe" ist nach Mitteilung der Wohlfahrts-Korrespondenz von führenden Frauen Sachsens eine rechtsfähige Stiftung errichtet worden, die sich zur Aufgabe stellt, „der Gesundheit des Familienlebens und der heranwachsenden Jugend durch Mitarbeit an der Behebung der Wohnungsnot zu dienen".

Dieses Ziel soll durch Errichtung eines geordneten Sparsystems erreicht werden, um dadurch niedrig verzinsliche Mittel für den Wohnungsbau bereitzustellen. Die Stiftung untersteht der Fachaufsicht des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf den gesamten Freistaat Sachsen. Organe der Stiftung sind der Landesvorstand, der Landesausschuß und die Ortsvereine „Frauenwohnungshilfe". Der erste Ortsverein wurde soeben in Dresden gegründet, weitere Ortsvereine sind im Entstehen begriffen. Mitglied eines Ortsvereins kann werden, wer sich zur Entrichtung eines Jahresbeitrags von 4 RM. verpflichtet. Politische und konfessionelle Gesichtspunkte scheiden aus der Arbeit der Stiftung völlig aus.

Nach der soeben erschienenen Stiftungsverfassung ist die Spartätigkeit in folgender Weise geregelt:

Durch die Ortsvereine werden Sparmarken über den Betrag von 1 RM. und Sparkarten mit je 25 Markenfeldern ausgegeben. Aus dem im Bereiche eines Ortsvereins erzielten Erlöse für die Sparmarken werden an die Sparer Darlehen für den Bau von Kleinwohnungen gewährt, wobei nach Möglichkeit auf den Erwerb eines Eigenheims, im übrigen auf die Errichtung von Genossenschaftswohnungen hingewirkt werden soll. Die Darlehen werden den Sparern durch das Los zugeteilt. An der Auslosung nimmt ein Sparer teil, sobald die Sparkarte mit 25 Marken gefüllt ist. Auf eine Reihe von 40 gefüllten Sparkarten wird ein Betrag von 1000 RM. verlost. Für dieses Stiftungsdarlehn wird zugunsten der Stiftung eine Hypothek eingetragen, die den Rang vor der aus öffentlichen Mitteln gewährten Baubeihilfe zu erhalten hat. Für das Darlehen ist eine gleichbleibende Jahresleistung von 5. v. H. des Darlehnsbetrages zu entrichten, wobei 3½ Prozent auf Verzinsung und 1½ Prozent auf Tilgung entfallen.

Die Jahresleistungen der Darlehensempfänger werden dazu benutzt, die Sparbeiträge an die Sparer zurückzuzahlen. In jedem Jahre werden auf eine Reihe von 40 Sparkarten 2 Sparkarten zur Rückzahlung ausgelost, so daß nach einem Zeitraum von 20 Jahren alle Sparkarten einer Reihe zurückgezahlt sind.

Vermischtes.

Furchtbare Bluttat eines Bäckergesellen. In einem Dorfe bei Albi (Frankreich) hat gestern ein Bäckergeselle durch Revolverschüsse seine Frau, seine Schwägerin und seine Großmutter getötet.

Fallschirmabsprung vom Eiffelturm. Gestern nachmittag sprang ein 35 Jahre alter Mann mit einem Fallschirm von der Spitze des Eiffelturmes ab. Da der Schirm sich nicht öffnete, stürzte der tollkühne Springer auf den Boden. Er erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen.

Eine Hexenverbrennung. In der Gemeinde Klein-Trummmußbaum bei Pöggstall in Niederösterreich hat sich soeben eine Geschichte ereignet, die uns in das finsterste Mittelalter zurückversetzt. Sie ist weder ein Faschingsscherz noch eine Zeitungsente, so unglaublich sie im 20. Jahrhundert auch klingen mag; der Gemeinderat von Klein-Trummmußbaum und die Bezirkshauptmannschaft von Pöggstall haben sich mit ihr allen Ernstes beschäftigen müssen. Einem Bauer waren mehrere Kühe erkrankt, die nun natürlich keine Milch mehr gaben. Als er einigen alten Frauen sein Unglück klagte, erklärten sie ihm, daß das Vieh nur — verhext sein könne! Man begann im Gehöft nach der Hexe zu suchen, fand in einem Winkel des Kuhstalles eine Kröte, und da sie ein außergewöhnliches Exemplar war, glaubten die alten Frauen allen Ernstes, die hypothetische Hexe sei mit dieser Kröte identisch. Die Hexe habe sich in eine Riesenkröte verwandelt, hieß es alsbald auch im ganzen Dorfe. Es wurde daraufhin feierlich beschlossen, das Tier — also die „Hexe" — zu verbrennen. Man errichtete vor dem Stall einen großen Scheiterhaufen, stellte brennende Kerzen auf, und während die Kröte in den aufzüngelnden Flammen verbrannte, ging der Bauer, mit dem Kruzifix in der Hand, Gebete und Beschwörungen murmelnd, manchmal Flüche ausstoßend, um den Scheiterhaufen herum . . ." Dieser Vorfall gelangte zur Kenntnis des Gemeinderates, der darüber weiter an die Bezirkshauptmannschaft Pöggstall berichtete. Gegen den Bauern und die übrigen Teilnehmer der „Hexenverbrennung" wurde ein Verfahren wegen Tierquälerei eingeleitet, das mit einer Geldstrafe und einem strengen Verweis für die Beschuldigten endete. Der Bauer aber ist nicht von dem Glauben abzubringen, daß er wirklich die Hexe verbrannt habe und nicht nur eine harmlose Kröte, denn bald nach der feierlichen Zeremonie vor dem Kuhstall — gaben die Kühe wieder Milch!

Eine neue Art von Schulklassen wird nach den Osterferien bei verschiedenen Berliner Volksschulen eingerichtet werden, und zwar sogenannte Erziehungsklassen, in denen die schwer erziehbaren Kinder vereinigt werden sollen, deren weiteres Verbleiben in anderen Klassen eine Beeinträchtigung des Unterrichts herbeiführen könnte. — Es soll sich um eine Zwischenstufe zwischen der Normalschule und der Fürsorgeanstalt handeln. Besonders sollen Kinder aufgenommen werden, die Neigung zu schlechter Führung oder besondere psychische Anomalien zeigen.

Continental-Reifen

Vermischtes.

Waldbrände in Mecklenburg. In Mecklenburg haben Waldbrände großen Schaden angerichtet. Die Brände wurden in den meisten Fällen durch unvorsichtiges Abbrennen von altem Wiesengras verursacht.

Wald- und Heidebrände. Ueber 30 Alarme bei der Feuerwehr. Die Berliner Feuerwehr und die freiwilligen Wehren der Außenbezirke wurden gestern nicht weniger als 30mal alarmiert, um Gras- und Heidebrände, die in mehreren Fällen einen sehr bedrohlichen Umfang annahmen, zu bekämpfen. In den Nachmittagsstunden entstand auf dem Wiesen- und Heidegelände an der Rummelsburger Chaussee bei Karlshorst Feuer, das sich infolge des heftigen Windes mit ungeheurer Schnelligkeit ausdehnte. Als die zu Hilfe gerufenen Wehren eintrafen, stand eine Fläche von 60 000 Quadratmeter in hellen Flammen. Das Feuer konnte nach zweistündiger Tätigkeit niedergekämpft werden. Ein weiterer größerer Waldbrand entstand gegen 19 Uhr im Köpenicker Forst. Ueber 4000 Quadratmeter Waldboden gingen in Flammen auf.

Sieben Wohnhäuser eingeäschert. In der Ortschaft Spaden bei Wesermünde entstand gestern mittag 12 Uhr in dem Wohnhaus eines Landwirtes Feuer, anscheinend infolge eines Schornsteinbrandes. Bei dem herrschenden Oststurm stand bald das ganze Haus in Flammen, und kurz darauf griff das Feuer auf die Nachbarhäuser über, so daß um 2 Uhr bereits sieben Wohnhäuser mit fast dem ganzen Inventar eingeäschert waren. Die Feuerwehren und die Wesermünder Schutzpolizei konnten nur die weitere Ausbreitung des Feuers verhüten.

Lawinenunglück im Riesengebirge. Am Südwesthang des Kleinen Teiches ging gestern um 3 Uhr eine große Lawine nieder. Zwei Skiläufer, die sich auf einer Tour befanden, und zwar ein ca. 35 Jahre alter Günther und sein 18jähriger Neffe gleichen Namens aus Erdmannsdorf im Riesengebirge, sind unbewußt auf der Schneefläche gefahren, die plötzlich abbrach und in den Kleinen Teich stürzte. Während der ältere Günther auf der Lawine bergab rutschte, wurde der jüngere Günther von den Schneemassen verschüttet. Bis gestern abend haben sich ca. 100 Mann an dem Rettungswerk beteiligt, konnten den Verschütteten jedoch bisher nicht retten.

Der kalifornische Dammbruch ein Attentat. Gewisse Funde am zerstörten St. Francel-Damm bei Los Angeles sprechen dafür, daß der Damm möglicherweise infolge Dynamitattentats zerstört worden ist.

81 Tote beim Landrutsch in Montserrat. Nach Meldungen aus Santos wird dort in einer offiziellen Erklärung bekannt gegeben, daß bei dem letzten Erdrutsch 81 Personen getötet und 92 verletzt wurden.

Winterwetter in Toscana. In Toscana herrscht wieder Winterwetter. Auf den Bergen liegt Schnee, das Thermometer zeigt 5 Grad unter Null. Aus Triest berichten die Blätter einen sehr schweren Sturm, der schon seit 11 Tagen wütet; auch dort ist die Temperatur stark gesunken. In Rom geht seit einigen Tagen kalter Wind, aus Süditalien wird anhaltender Regen gemeldet.

Schwerer Autounfall in Berlin. Gestern abend fuhr der Personenkraftwagen des Köpenicker Stadtrats Bendig mit voller Gewalt gegen einen mit Langholz beladenen Wagen. Dabei durchstießen die Holzstämme die Schutzscheibe und trafen den Kraftwagenführer Erich Sassenhagen und dessen Bruder, den Bierfahrer Paul Sassenhagen aus Neukölln, so unglücklich, daß beide lebensgefährlich verletzt wurden. Im Krankenhaus konnte bei Paul Sassenhagen nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden.

Schwerer Postraub in Friedeberg/Neumark. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr erbrachen auf dem hiesigen Kleinbahnhof unbekannte Täter einen Postwagen und stahlen eine Kiste mit 14 800 Mark Bargeld. Der Raub wurde kurz nach Mitternacht von den Bahnbeamten entdeckt, die den Wagen umrangieren sollten. Wenige Stunden später fand man die leere Kiste in einem Wagen der Kleinbahn auf dem Bahnhof Friedeberg/Neumark. Aus der ganzen Lage der Dinge ergibt sich, daß der Einbruch nur von Personen verübt worden sein kann, die mit den Verhältnissen genau vertraut sind.

Zusammenbruch einer Berliner Lederfirma. Wegen Konkursverbrechens und Warenbeseitigung wurden die beiden Inhaber der Lederfirma M. Ascher, Leder engros, Klosterstraße 1, festgenommen. Den Passiven der Firma in Höhe von 370 000 RM. stehen Aktiven in Höhe von nur 80 000 RM. gegenüber. Die beiden Inhaber hatten heimlich große Lederbestände aus ihrem Lager vor dem Konkursverfahren in Sicherheit gebracht. Sie machten den Versuch, das Fehlen dieser Bestände durch Gewichtsschwund infolge der Wirkung der Zentralheizung zu erklären. Die beiden Verhafteten, die beide nicht den Namen Ascher tragen, haben die früher hochangesehene Firma im Jahre 1921 von dem ursprünglichen Besitzer gekauft.

Ein Kind zu Tode gemartert. Der Heilkundige Wilhelm Haase und die Arbeiterin Luise Utzing wurden vom Schöffengericht Lichtenberg wegen fortgesetzter Kindesmißhandlung und Körperverletzung verurteilt, und zwar Haase zu 2 Jahren Zuchthaus und die Utzing zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus. Haase, ein Mann von 75 Jahren, lebte davon, Kinder polnischer Schnitter in Pflege zu nehmen; das ist ihm aber schließlich untersagt worden. Im Dezember v. J. nahm der alte Haase trotz des Verbots wieder zwei polnische Schnitterkinder in Pflege, zwei Brüder im Alter von 9 und 18 Monaten, die er in unglaublicher Weise mißhandelte. Mit einem Rohrstock schlug er besonders das jüngste Kind, sodaß es schließlich rechtsseitig gelähmt war. Wenn die Kinder schrieen, gab Haase ihnen Schnaps zu trinken. Die Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Dort starb das jüngste Kind an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen. Wie man später feststellte, hatte sich auch die Utzing an der Mißhandlung der Kinder beteiligt.

In 4. Instanz freigesprochen. Der Hauptschriftleiter Dr. Paul Oestreich in Berlin hatte zum Verfassungstage des Jahres 1926 mit der Ueberschrift „Die parteipolitische Provokationsfeier" in der „Berliner Börsenzeitung" einen Artikel veröffentlicht, wofür er wegen Beschimpfung der Republik zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Die Berufungsinstanz ermäßigte das Strafmaß auf 250 Mark. Das Reichsgericht hob das Urteil der 2. Instanz auf und verwies die Klage zur anderweitigen Entscheidung an ein anderes Gericht. Dieses kam nunmehr zu einer Freisprechung auf Kosten der Staatskasse, da die in dem Artikel gemachten Aeußerungen, wie es in der Urteilsbegründung heißt, doch keine Beschimpfung im Sinne des Republikschutzgesetzes darstellten.

Verhaftung Pavans in Basel. In Birsfelden bei Basel wurde gestern der unter dem Verdacht der Beteiligung an der Ermordung des Faschisten Savorelli in Paris stehende Journalist Pavan verhaftet. Pavan, welcher zugab, der von Paris aus gesuchte junge einarmige Italiener zu sein, bestritt mit aller Entschiedenheit den Mord an Savorelli begangen zu haben. Der Verhaftete hatte durch nicht ordnungsmäßige Ausfüllung seines Hotelzettels die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt. Er wurde vorläufig dem Bezirksstatthalteramt Arlesheim bei Basel zugeführt.

Rund 800 000 Mark Geldstrafe für Zigarettenschmuggler. Wegen Zigarettenschmuggels und Steuerhinterziehung in Höhe von 100 000 Mark und Schmuggels von rund einer Million Zigaretten wurden die angeblichen Kaufleute Graeff und Montreal aus Köln vom Schöffengericht in Trier zu einer Geldstrafe von 806 926,40 Mark, zuzüglich der Zahlung von 21 770 Mark Wertersatz für verkaufte Zigaretten verurteilt. Neben der Geldstrafe erkannte das Gericht auf je vier Monate Gefängnis. Ein Automobilbesitzer, in dessen Garage das geschmuggelte Gut umgepackt worden war, wurde wegen Begünstigung zu einer Geldstrafe von 3200 Mark verurteilt. Die Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegten Vergehen zu.

Die Unterschlagungen des Obersteuersekretärs Straubt. Das Erweiterte Schöffengericht Kassel verurteilte den Obersteuersekretär Heinrich Straubt, Eschwege, wegen Unterschlagung von Steuereinnahmen im Betrage von rund 20 000 Mark zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Es handelt sich um insgesamt 100 Einzelfälle.

Betrugsverfahren gegen einen Berliner Rechtsanwalt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Berliner Rechtsanwalt von Strantz, der beschuldigt wird, an den großen Automobilschiebungen der Automobilhändler Haucke und Erdmann, des Chemikers Dr. Groß, des Kaufmanns Flage und eines Dr. Ziekorich beteiligt zu sein, die Voruntersuchung eingeleitet. Gegen einzelne der Beschuldigten schweben bereits andere Betrugsverfahren und sie sitzen seit längerer Zeit in Untersuchungshaft. Gegen von Strantz sollen noch weitere Verfahren wegen Betruges und anderer Verfehlungen eingeleitet worden sein. Der Familienälteste Wirklicher Geheimer Rat von Strantz hat zu den Akten mitgeteilt, daß gegen den Rechtsanwalt von Strantz, der früher Cohen hieß, ein Verfahren auf Entziehung des Namens eingeleitet worden sei, da es sich um einen Namenskauf handele und die betreffende Persönlichkeit, von der der Rechtsanwalt den Namen erworben habe, bereits vorbestraft sei.

Verhaftung eines Diamanten-Defraudanten. Aus Madrid wird gemeldet: Die Polizei verhaftete den Angestellten eines Juweliergeschäftes, namens Portillo, der Brillanten im Werte von 20 000 Peseten unterschlagen hatte. Der Angestellte hatte den Auftrag erhalten, Diamanten, die nach Deutschland geschickt werden sollten, zur Post zu bringen. Er hat die Pakete nachträglich aufgemacht, die Diamanten entnommen und in geschickter Weise die Spuren der Oeffnung der Pakete unkenntlich gemacht. Als die Pakete in Deutschland ohne Inhalt ankamen, nahm die Polizei eine Haussuchung bei Portillo vor und entdeckte 146 Brillanten. Die übrigen Diamanten wurden bei einem Hehler ermittelt.

Anklageerhebung gegen den Nachlaßpfleger Ruppold in Berlin. In dem Strafverfahren gegen den Nachlaßpfleger Ruppold hat jetzt der Staatsanwaltschaftsrat Freiherr von Steinecker, der diese Strafsache in seinem Sonderdezernat bearbeitet hat, die Anklage erhoben. Ruppold wird angeklagt, der Unterschlagung in 67 Fällen, sowie der Urkundenfälschung, begangen durch Fälschung von Depotscheinen, und außerdem der aktiven Bestechung. Mit angeklagt ist der von Justizrat Dr. Auerbach verteidigte Justizobersekretär Reichel wegen passiver Bestechung. Der schwerwiegendste Fall bei den Veruntreuungen Ruppolds ist der Fall Teuffer, in dem 125 000 Mark unterschlagen worden sind. Ruppold behauptet, daß er diesen Betrag in dem Luxusbad Trouville in Frankreich verspielt habe, während die Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt steht, daß Ruppold erhebliche Beträge beiseite gebracht habe und verheimliche. Insgesamt sind Unterschlagungen von etwa 200 000 Mark unter Anklage gestellt. Ruppold will in der Verhandlung durch die Rechtsanwälte Dr. Siegfried Eisenstedt und Bindar den Beweis antreten, daß er durch die mangelhafte Aufsicht zu den Unregelmäßigkeiten verleitet worden sei. Die Ehefrau Ruppolds ist nicht unter Anklage gestellt worden. Die bei ihr beschlagnahmten 18 000 Mark sind jedoch nicht freigegeben worden, da die Anklagebehörde auf dem Standpunkt steht, daß das Geld aus den Unterschlagungen herrührt. Die Verhandlung gegen Ruppold wird voraussichtlich mehrere Tage dauern, da bisher schon 36 Zeugen geladen worden sind.

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Oswald Kühne u. Frl. Grete Herr, Riesa, ausgesprochen habe, nehme ich mit Bedauern zurück und warne vor Weiterverbreitung.
Frau Martha Noack
Riesa.

Grauer deutscher **Schäferhund** entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben. P. Sucher, Staubitz.

Möbliertes Zimmer in gutem Hause für sofort gesucht. Angebote unter D 1202 an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer an 1 oder 2 bess. Herren zu vermieten. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Laden mit zwei großen Schaufenstern in Goethestraße zu vermieten. Offerten unter B 1200 an das Tageblatt Riesa.

M. 4000–5000 als 1. Hyp. sof. od. spät. ges. Keine Aufwertungshyp. vorhand. Gefl. Ang. u. X 1196 a. d. Tageblatt Riesa.

Jüngeres Mädchen als Aufwartung f. ½ Tag gesucht Bahnhofstr. 1, 2. r.

Fleiß. saub. Ostermädchen als Aufwartung gesucht Goethestr. 79, 2.

Suche für sofort ein kräftiges **Ostermädchen.** Fr. Elfriede Ulitzka Bäckerei u. Konditorei Röderau.

Zuverlässige **Verkäuferin** tüchtig und gewandt, für sofort oder bald gesucht. Off. mit Lichtbild u. H 1205 an das Tageblatt Riesa.

Rückladegelegenheit nach **Jüterbog**, **Dresden**, **Gießen**, **Berlin**
P. Fritz Kühle, Möbeltransport.

Zuverläss. Stenotypistin gesucht. Vorstellung oder ausführliche schriftliche Angebote sofort erbeten nach Klosterstraße 7, Erdgeschoß.

Sie suchen eine junge zuverlässliche kaufm. Kraft, dann geben Sie Ihre w. Adresse auf. Bin 24 Jahre alt, verh., perf. in allen kaufm. Arbeiten, guter Verkäufer. Off. unt. F 1203 erb. an das Tagebl. Riesa.

Honig
F. I hellen Schleuderhonig 8 Pfd. netto M. 22.–, etw. dunkl. 14.50, f. Schleuderhonig ca. 9 Pfd. netto 12.– und 11.– M. frei Haus Nachn.
F. Gevers, Honigversand, Schneverdingen 235, Prov. Hannover.

Besuchskarten
in verschiedenen Ausführungen und passend als vornehmes Konfirmationsgeschenk empfiehlt
Buchdruckerei
Langer & Winterlich
Riesaer Tageblatt-Verlag
Riesa, Goethestrasse 59

Der Arzt freut sich wenn er bei seinen Patienten einen recht großen Kräftezuwachs dank der verordneten Kur mit Köstritzer Schwarzbier feststellen kann. Das macht der Reichtum an hochwertigen Nährstoffen, die in diesem Biere enthalten sind. Dabei ist es gut bekömmlich, sein herbwürziger Geschmack sagt jedem zu, sodaß sein Ruf als ausgezeichnetes Kräftigungsmittel voll und ganz berechtigt ist. Das echte „Köstritzer Schwarzbier" ist erhältlich durch Rich. Schwabe, Biergroßhandlung, Riesa, Fernsprecher 49 und in allen durch Schilder und Plakate kenntlichen Geschäften.

Kräft. 16jhr. Mädchen in allen Arbeiten bewandert, sucht 1. od. 15. April gute Stelle. (Vorstellung kann erfolgen.) Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Ein ehrliches **Hausmädchen** welches sich auch zum Bedienen der Gäste eignet, sucht bis zum 1. April Restaurant Fährhaus Boberfen.

Dame m. groß. Bekanntenkreis z. Verk. bess. Textilw. ges. Anfrag. erb. unt. G 1204 an das Tageblatt Riesa.

Aufwartung gesucht Rosenplatz Nr. 1. Frau Amtmann Schmidt.

Zuverlässig. nüchterner **Chauffeur** m. Führersch. 2 u. 3 b, sucht Stelle. Nebenarbeit wird übernommen. Gefl. Off. u. C. H. 387 postl. Riesa I.

Kirchennachrichten.
Freitag, den 23. März.
Riesa. 8 Uhr Passionswochengottesdienst über Joh. 19, 28–30 in der Trin.-Kirche (Friedrich).

Reparaturen an Uhren, Gold- u. Schmucksachen sachgemäß u. preiswert.
B. Költzsch
Telefon 372.

Schlacht-pferde zahlt stets hohen Preis.

Oskar Stein Roßschlächter
Telefon 266.

In Gröba suche ich **Land oder Haus** möglichst Strehlaer oder Kirchstr. Off. unt. C 1201 an das Tageblatt Riesa.

Möbel neu und gebraucht stets billig zu verkaufen.
Oskar Messe Riesa, Bruchgasse 4.

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren

Politische Tagesübersicht.

Die umstrittene Neuregelung der bayerischen Beamtenbesoldung. Im Besoldungsausschuß des bayerischen Landtages gaben bei Beginn der Beratung über die vielumstrittene neue Beamtenbesoldungsvorlage die Sozialdemokraten die Erklärung ab, die Regierung selbst hätte auf Grund der ablehnenden Haltung des der Koalition angehörenden Bauernbundes den Landtag fragen müssen, ob sie noch dessen Vertrauen besitze. Die Sozialdemokraten lehnten es mit Rücksicht auf die gebotene Selbstachtung ab, der Regierung in diesem Zustande Helferdienste zu leisten. Der Finanzminister erklärte, daß die Vorlage für die Jahre 1927 und 1928 ein erhebliches Defizit verursachen würde. Eine wesentliche Erleichterung werde schon geschaffen, wenn das Reich Bayern nicht länger mehr die Entschädigungen für Post und Eisenbahn vorenthalten würde. Vom Ministerpräsidenten wurde der Antrag des Bauernbundes, die höheren Beamten von der Neuregelung auszuschließen, als ein absolut unmöglicher bezeichnet. Die Regierung werde ihre Vorlage nicht zurückziehen. Auf Drängen des Ministerpräsidenten präzisierte der Bauernbund schließlich seine Stellung dahin, daß er das Gesamtgesetz, wenn es sich über die Forderungen erstrecke, die der Bauernbund noch mitmachen könne, ablehnen werde.

Präsident Coolidge für weitere Finanzierung Oesterreichs. Präsident Coolidge sandte gestern eine Botschaft an den Kongreß, in der der Wunsch Oesterreichs, seine gegenwärtigen Auslandsverpflichtungen zwecks Inangriffnahme weiterer Finanzierung zu fundieren, warm befürwortet wird. Die Regierungsbill schlägt die gleichen Bedingungen vor, wie die, die bei der Regelung der Schulden der Alliierten vereinbart wurden.

Der demokratische Parteivorstand nach Berlin berufen. Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei und die Wahlkreisvorstände sind zur Aufstellung der Reichsliste und der Landeslisten für Dienstag, den 3. April, nach Berlin berufen worden.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Wie nunmehr auch offiziös mitgeteilt wird, hat die litauische Regierung in Beantwortung der polnischen Note vom 14. März durch ihren Gesandten in Berlin der polnischen Regierung mitteilen lassen, daß bei den Verhandlungen in Königsberg, die am 30. März beginnen, den Vorsitz der litauischen Delegation der Premier- und Außenminister Woldemaras persönlich innehaben wird.

Aus der Diplomatie. Der Finnische Gesandte Wuolijoki ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen. — Der Königl. Rumänische Gesandte Petrescu-Comnène ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der Einspruch der Deutschen Wahlgemeinschaft gegen die Wahlen in Ostoberschlesien. Im Laufe des gestrigen Tages hat die Deutsche Wahlgemeinschaft bei dem Vorsitzenden der Kreiswahlkommission der drei schlesischen Wahlkreise Königshütte, Kattowitz und Teschen den bereits angekündigten Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Sejm erhoben. Gleichzeitig wurde dem Vorsitzenden der Kreiswahlkommission für die Senatswahlen in Kattowitz der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Senat überreicht.

Regelung der kleinen Ausgleichsforderungen zwischen Deutschland und Belgien. Durch Notenaustausch zwischen der deutschen und der belgischen Regierung ist nunmehr ein im Dezember vorigen Jahres zwischen dem Reichsausgleichsamt und dem belgischen Ausgleichsamt geschlossenes Abkommen über die Regelung der beiderseitigen kleinen Ausgleichsforderungen in Kraft gesetzt worden. Durch dieses Abkommen sind im Wege der Pauschalgutschriften etwa 85 Prozent aller noch im deutsch-belgischen Ausgleichsverfahren schwebenden Forderungsposten (rund insgesamt 48 000) mit einem Schlage erledigt worden. Danach kann mit einer Beendigung dieses Verfahrens, dessen Abwicklung bisher im Verhältnis zu dem Ausgleichsverfahren mit den übrigen beteiligten alliierten Staaten am stärksten im Rückstande war, in absehbarer Zeit gerechnet werden.

Kenworthy gegen die Rheinlandbesetzung. Bei der Beratung des Heeresbudgets im englischen Unterhaus beantragte das Arbeitermitglied Kenworthy eine Herabsetzung, um die Aufmerksamkeit auf die britische Armee im Rheinland zu lenken, die, wie er erklärte, für militärische Zwecke nutzlos sei und sich in strategischer Hinsicht in einer sehr gefährlichen Lage befinde.

Kulturpolitischer Partikularismus.

Befremdliches Verhalten der Dresdner Technischen Hochschule.

tfd. **Dresden.** Die „L. N. N." schreiben unter obiger Ueberschrift: Vor kurzem verbreitete die sächsische Regierung eine amtliche Pressenotiz über die Einführung des Doktors der Kulturwissenschaften an der Technischen Hochschule zu Dresden. Auch wir haben sie veröffentlicht. In ihr war davon die Rede, daß das Volksbildungsministerium sich bemüht habe, den Dresdner Studenten des Volksschullehramtes Gelegenheit zur Promotion zum „Dr. phil." zu geben, und zwar vor einer aus den Lehrkörpern der Universität und der Dresdner Technischen Hochschule zusammengesetzten Kommission, daß aber diese Bemühungen keinen Erfolg gehabt haben.

Leider verschwieg die amtliche Notiz die Gründe dieses Mißerfolges. Wir haben sie inzwischen in Erfahrung gebracht. Die Universität hatte die Schwierigkeiten anerkannt, die dem Dresdner Pädagogischen Institut daraus erwachsen könnten, daß es seinen Studierenden im Gegensatz zu dem Leipziger Institut keine Promotionsmöglichkeiten zu bieten hatte. Sie hatte sich deshalb erboten, auch die Promotion von Dresdner Studierenden des Volksschullehramtes zu übernehmen. Derjenige Professor der Dresdner Technischen Hochschule, der eine geeignete Dissertation angeregt und ihren Bearbeiter während der Arbeit gefördert hatte, sollte der Leipziger Philosophischen Fakultät das im allgemeinen entscheidende erste Referat über die Arbeit erstatten und die ditsche Prüfung des zu Promovierenden übernehmen. Es handelt sich also um ein sehr weitgehendes, großzügiges Anerbot der Leipziger Universität. Jedoch — die Vertreter der Dresdner Technischen Hochschule lehnten es ab. Sie haben sich damit in allen Hochschulkreisen dauernd dem Verdacht ausgesetzt, daß ihre neuzuschaffenden „Doktoren der Kulturwissenschaften" die Beurteilung durch die Leipziger Philosophische Fakultät zu scheuen hätten.

Wir halten es für nötig, mit allen Nachdruck noch auf etwas anderes hinzuweisen. Der sächsische Partikularismus dem Reiche gegenüber gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. Dafür herrscht aber bei uns in Kulturfragen je länger je mehr ein ausgesprochener Dresdner Partikularismus. Es ist offenes Geheimnis, daß seit einigen Jahren Kräfte am Werke sind, die planmäßig daran arbeiten, die Dresdner Technische Hochschule auf Kosten der Landesuniversität immer weiter auszubauen, und daß die Regierung nicht die Entschlußkraft aufbringt, diesen Treibereien wirksam entgegenzutreten. Die Sache ist deshalb so ernst, weil unsere Universität bisher einen besonders geachteten Rang unter den Universitäten der ganzen Welt einnahm, diesen Rang aber auf die Dauer nicht gehalten werden kann, wenn unser doch eben nur kleines Land die ihm zur Verfügung stehenden Mittel schwächt, indem es die mit Recht hochgeachtete Dresdner Technische Hochschule sich auch noch zu einer Art Nebenuniversität auswachsen läßt. Wenn Worte hülfen, dann freilich hätte die Regierung ihre Pflicht getan. Was nützen aber ihre auch in der erwähnten Pressenotiz hoch und heilig ausgesprochenen Beteuerungen, es „auf keinen Fall anzustreben", die Kulturwissenschaftliche Abteilung der Dresdner Hochschule zu einer philosophischen Fakultät auszubauen, wenn sie durch Taten Schritt für Schritt dies in Wahrheit dennoch tut? Ist es nicht fast komisch, daß dies obendrein in der Zeit der Schieckschen Sparsamkeitsdenkschrift geschieht? Die Universität kann versichert sein, daß, wenn sie sich gegen diese Entwicklung zur Wehr setzt, sie Unterstützung bei allen finden wird, die eine planvoll ihrer Mittel und Möglichkeiten bewußte Kulturpolitik in Sachsen wollen.

Die Verhaftungen im Donez-Gebiet.

Ein Dynamit-Diebstahl als Grund?

)(**Berlin.** Die Kreuz-Zeitung veröffentlicht folgende Mitteilung einer aus dem Donezbecken nach Berlin zurückgekehrten Persönlichkeit über die **Gründe der Verhaftung der deutschen Ingenieure:** In den Zechen, über die die Ingenieure die Aufsicht haben, waren **durch russische Arbeiter 15 Pud Dynamit entwendet worden.** Als die G. P. U. davon in Kenntnis gesetzt worden war, beschloß sie, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, unter die auch die Verhaftung und die Vernehmung der zuständigen Abteilungsleiter, die deutsche Ingenieure sind, fiel. Inwiefern die Ingenieure für den Diebstahl des Dynamits haftbar gemacht werden, entzieht sich der Kenntnis des Vertrauensmannes des Blattes.

Beim Gastwirt
Beim Kaufmann
verlange man ausdrücklich
Radeberger Pilsner
das erstklassige, überall bevorzugte Spezialbier.
Vertreter: Richard Schwade, Exportbierhaus, Riesa, Fernsprecher 49.

Anita.

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es war ein stiller, schöner Nachmittag in den ersten Tagen des April. Die Sonne neigte sich im Westen dem Niedergang zu und übergoß das Meer und den Strand mit goldigen Lichtfluten. Tilly und Anita saßen vor der Tür ihres Häuschens, ihre fleißigen Hände ruhten von der Arbeit aus und schweigend blickten ihre Augen in das goldene Licht des Abends und folgten den von hoher See heimkehrenden Fischerbooten, deren braune Segel in der Abendsonne wie purpurnes Gold aufleuchteten und glühende Reflexe auf den durchsichtig grünen Spiegel des Meeres warfen.

Sie träumten beide die Träume ihrer Sehnsucht, ihrer Liebe, und wagten nicht, durch ein lautes Wort die einzige Stille des Abends und ihrer Träume zu unterbrechen.

Da stieß der kleine Hund, der zu ihren Füßen lag, ein kurzes Gebell aus und sprang zur Gartentür, die ein Mann geöffnet hatte. Es war der Briefträger, der einen eingeschriebenen Brief für Anita brachte.

Diese glaubte, es sei irgendeine Nachricht von einem Kunsthändler, unterschrieb den Schein, gab dem Briefträger ein Trinkgeld und ging in das Haus, um den Brief zu öffnen und zu lesen.

Tilly blieb allein. Es war so einsam und still um sie her; sie saß so tief in Gedanken und Träumereien versunken, daß sie nicht merkte wie die Zeit verstrich, und erst, als die Sonne in das Meer versunken war und graue Schatten die See bedeckten, erstaunt aufsah, bemerkte sie, daß Anita nicht wieder zurückgekommen war.

Sie erhob sich, um nachzusehen, wo die Freundin geblieben sei. Wie erschrak sie aber, als sie, in das Zimmer tretend, Anita am Tische sitzen sah, den Kopf in die Arme verborgen und heftig weinend.

„Um Gottes willen, Anita, was ist geschehen?"

Anita erhob den Kopf — Tilly sah in ein tränenüberströmtes, verstörtes Gesicht, und in zwei große, tränenschwere Augen, aus deren Tiefen unendliches Weh sprach.

„Es ist alles vorbei, Tilly — da, lies den Brief . . ."

Sie schob Tilly das Schreiben zu, stützte die Stirn in die Hand und starrte vor sich hin.

„Ein Brief — und von Hans?" rief Tilly erstaunt, als sie die Handschrift ihres Bruders erkannte.

„Lies nur."

Und Tilly las mit wachsendem Staunen:

„Fräulein Anita Osterroth! — Gestatten Sie, daß ich als erster Sie mit dem Namen Ihres Vaters anrede. Ein Zufall hat mir die einliegenden Papiere in die Hand gespielt, und ich beeile mich, sie der wahren Besitzerin zuzustellen. Sie ersehen daraus, daß Sie die rechtmäßige Tochter des Herrn Franz Albert Osterroth sind, der bei dem Schiffbruch der „Santa Christina" in der Alt-Halder Bucht am 15. November 19 . . . ums Leben kam, während Ihre Mutter Juanita Silva aus Rio Grande schon kurz nach Ihrer Geburt gestorben ist. Aus Ihrem Taufschein werden Sie ersehen, daß Sie vor wenigen Tagen das mündige Alter von 21 Jahren erreicht haben.

Die ursprünglichen Urkunden sind leider in Verlust geraten, doch können Sie sich dieselben jederzeit wieder verschaffen. Wir, meine Eltern und ich, verfehlen nicht, Ihre legitime Geburt sofort anzuerkennen und Sie als Verwandte meiner Mutter zu begrüßen, denn Ihr Vater war der Vetter meiner Mutter.

Es folgt aus alledem, daß Sie laut Testament Ihres Großvaters die gesetzmäßige Erbin von Hohenbüchen sind, in dessen Besitz meine Eltern irrtümlich Jahre lang gewesen sind. Meine Eltern erbieten sich, Ihnen das Erbe sofort zu übergeben. Wollen Sie nun die Güte haben, uns einen Sachwalter namhaft zu machen, mit dem wir das Nähere vereinbaren können.

Mit der Genugtuung, Ihnen Ihren rechtmäßigen Besitz und Ihren rechtmäßigen Namen überliefern zu können, verknüpft sich für mich persönlich das schmerzliche Gefühl, mich von Ihnen trennen zu müssen. Denn es würde gewissenlos von mir sein, Sie jetzt noch an ein Wort zu erinnern, das Sie mir unter ganz anderen Verhältnissen gegeben haben. Ich entbinde Sie dieses Wortes und bitte Sie, mich meines Versprechens zu entheben, das aufrecht zu erhalten sich nicht mehr mit meiner Ehre vertragen würde.

Ich verbleibe in dankbarer Erinnerung an Ihre Freundlichkeit Ihr ergebenster Hans Stollen."

Sprachlos stand Tilly da. Dann rief sie:

„Aber das ist ja herrlich! Ich verstehe den Brief nur nicht . . ."

„Ich verstehe ihn sehr gut," entgegnete Anita mit bitterem Lächeln.

„Aber nein — wir sind ja jetzt Verwandte, Anita! Du bist meine Kusine — du bist die Besitzerin von Hohenbüchen! Mein Gott, wer hätte das gedacht! Welche glückliche Wendung!"

„Eine glückliche Wendung nennst du das? Mir wäre es lieber, mein Vater wäre ein einfacher, armer Seemann gewesen!"

„Ich verstehe dich nicht, Anita."

„Da ist noch ein Brief deines Bruders an dich — vielleicht gibt er die Aufklärung über diese glückliche Wendung?"

Tilly öffnete den Brief, der lautete:

„Meine liebe Tilly! Aus dem Brief an Anita und den beiliegenden Papieren wirst du alles Notwendige und Wissenswerte erfahren. Ich habe nur noch wenige Worte an dich zu richten. Daß es unseren Eltern furchtbar schwer fällt, Hohenbüchen zu verlassen, und daß namentlich unsere arme Mutter unsäglich leidet, brauche ich dir wohl nicht erst zu sagen. Der Zustand der Mutter ist, bejammernswert — im Vertrauen gesagt, man darf sie nicht allein lassen, damit kein Unglück geschieht. Aus diesem Grunde hatte ich Leonore gebeten zu kommen und solange du nicht hier bist, bei der Mutter zu bleiben. Aber die Mutter wollte nicht länger in Hohenbüchen bleiben; sie ist mit Leonore nach Hannover gereist. Das ist vielleicht auch das beste, denn so geht sie allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege. Vater und ich müssen ja vorläufig noch hier bleiben, um die Uebergabe Hohenbüchens an die neue Besitzerin zu bewerkstelligen. Ist das geschehen, so werden wir abreisen. Ich werde mich dann sofort wieder zum Dienst melden und bitten, mich auf eine Station nach Afrika oder Asien zu schicken. Je weiter fort, desto besser! — Du wirst einsehen, daß du unter den veränderten Verhältnissen nicht länger bei Anita bleiben kannst; es wird das beste sein, du fährst nach Hannover zu unserer Mutter. Reisegeld lege ich bei, falls du nicht mehr mit Geld versehen sein solltest.

Es ist traurig, daß alles so kommen mußte, liebe Tilly. Viele schöne Hoffnungen sind dadurch zerstört — aber der Wahrheit muß zu ihrem Recht verholfen werden, wenn darüber auch das Glück des einzelnen in Trümmer geht.

In Erwartung deiner Antwort bein dich liebender Bruder Hans."

Tilly stürzten die Tränen aus den Augen.

„Es kann ja nicht sein," schluchzte sie, „daß die Wahrheit das Glück zerstören muß! Nein, nein, das Glück kann nicht ohne Wahrheit bestehen! Hans ist in einem törichten Wahn befangen, wenn er die Angelegenheit von dieser Seite ansieht. Ich begrüße es mit Freuden, daß die Wahrheit endlich ans Licht gekommen ist! Jetzt ist der Schatten von deinem Leben genommen . . ."

„Ja — um der Nacht Platz zu machen," unterbrach sie Anita mit bitterem Auflachen. „Was habe ich denn nun davon, daß die Wahrheit ans Licht gekommen ist! Dein Bruder hat ganz recht: die Wahrheit hat unser aller Glück zerstört, und es wäre besser für uns alle gewesen, wenn wir in der Blindheit des Nichtwissens weiter gewandelt wären. Der Blinde ist oft glücklicher daran, als der Sehende — jener sieht nicht den Schmutz, das Elend, die Not des Lebens, er wandelt in glücklichen Träumen von Sonnenschein, während den Sehenden schon die Nacht umhüllt . . ."

„Ich verstehe euch alle nicht!" sagte Tilly. „Was ist denn nur geschehen? Dein sehnsüchtiger Wunsch ist erfüllt, du weißt, wer deine Eltern waren — du bist jetzt reich . . ."

„Ja, durch eure Armut!"

„Was schadet das? Vielleicht ist diese Armut ein Glück für mich!" setzte sie errötend hinzu. „Doch ich will nicht an mich denken — meinen armen Eltern wird es allerdings sehr schwer fallen, auf den Reichtum zu verzichten — aber wir andern — was haben wir von diesem Reichtum?"

„Du bist gut und lieb, Tilly, meine liebe Freundin," sagte Anita gerührt, indem sie den Arm um Tillys Schultern legte. „Du sprichst, wie es dir dein reines, gutes Herz eingibt, das in der Welt nur Reinheit und Wahrhaftigkeit sieht. Aber ich sehe tiefer, meine Tilly — und was ich sehe, verleidet mir die Freude an der Wahrheit."

Tilly sah sie groß an.

„Wann willst du abreisen?" fragte Anita, die ihre Fassung wiedergewonnen hatte.

„Abreisen? Ich sollte dich jetzt verlassen? — Nein, nein, ich bleibe bei dir!"

„Denke an deine Mutter!"

„Meine Mutter braucht mich nicht. Sie hat Leonore, mit der sie sich stets besser verstand, als mit mir. Und sie hat Leonorens Kinder. Ich werde an Mama schreiben — ich bedauere sie von ganzem Herzen; aber, Anita, mein Platz ist an deiner Seite, damit du siehst, daß nicht alle Menschen Lügen haben. Ich werde auch an Hans und Hans

Die Lichterfelder Krawalle vor Gericht.

vds. Berlin. In der Dienstag-Sitzung des Lichterfelder Landfriedensbruch-Prozesses erschien der Hauptangeklagte Schäfer ohne Schnurr- und Kinnbart, die ihm in der langen Untersuchungshaft gewachsen waren. Der Vorsitzende hatte dem Angeklagten das Abrasieren seiner Barthaare nahegelegt. Von den übrigen Angeklagten erschienen vier in der Hitler-Uniform, die sie am Tage der Tat getragen hatten.

Die **Beweisaufnahme** wurde mit der Vernehmung einer Anzahl von Zeugen fortgesetzt, die Mitglieder der Schalmei-Kapelle waren, die damals den Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten gehabt hat. Ein Zeuge schilderte, daß die Kommunisten von einer Fahnenweihe-Feier aus Jüterbog kamen und dort in einer Gruppe von 24 Mann in ein leeres Coupé einstiegen. Der Zeuge will beobachtet haben, daß schon nach kurzer Zeit gegen den betreffenden Wagen Steinwürfe eingesetzt hätten. Der Zeuge und Nebenkläger Pohl, der bei dem Zusammenstoß erheblich verletzt wurde, sagte aus, bereits zwei Stationen vor Trebbin sei bekannt geworden, daß die Nationalsozialisten in großer Ueberzahl da seien, weshalb beschlossen worden wäre, daß sich in Trebbin keiner von den Kommunisten am Fenster sehen lassen solle.

Pohl hat einen Schuß durch den Kiefer davongetragen. Heute wurde ihm Schäfer gegenübergestellt, und der Zeuge erklärte mit aller Bestimmtheit, daß Schäfer auf ihn geschossen habe. — Eigenartige Bekundungen machte der Nebenkläger Hinkelmann, der früher Mitglied des Roten Frontkämpferbundes war, dann aber aus der kommunistischen Partei ausgeschieden ist. Der Zeuge konnte nicht genau sagen, wer mit der Schießerei begonnen hätte. Bei der Einfahrt des Zuges in Lichterfelde sei es ihm so gewesen, als sei draußen von den Nationalsozialisten gerufen worden: „Die da drinnen schießen ja, wir müssen uns wehren“. Der Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann, der im Zuge mitfuhr, hätte gehört, daß einige Kommunisten Waffen bei sich führten und daß vielleicht auf der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums Durchsuchungen stattfinden würden. Hoffmann habe deshalb dringend geraten, die Revolver fortzuwerfen. Zwei Kommunisten, Demuth und Walther, hätten aber die Waffen behalten. Große Bewegung im Saale rief es hervor, als der Zeuge erklärte, daß der kommunistische Nebenkläger Demuth ihm auf dem Polizeipräsidium in Berlin gesagt habe, er und Lehmann müßten aussagen, daß der Nationalsozialist Schröder, der sich später vor dem Jugendgericht zu verantworten haben wird, geschossen hätte. Es müßten immer zwei einen anderen belasten.

Kein Afghanenorden an Heldt.

X Dresden. Die „Dresdner Volkszeitung“ bringt unter der Ueberschrift „Der afghanische Ordensjahrmarkt, Herzog Heldt von Kabul“ die Mitteilung, daß der **sächsische Ministerpräsident Heldt** anläßlich des Besuches des Königs von Afghanistan in Dresden „in den Klub der Herzöge von Afghanistan eingereiht worden sei und sich auch noch für diese Auszeichnung ausdrücklich bedankt habe“. Darunter befindet sich ein Bild „Heldt im Herzogsmantel“.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, entsprechen diese Mitteilungen in keinem Punkte den Tatsachen. **An der ganzen Herzogsmantelgeschichte ist kein wahres Wort.**

14. Ziehung 5. Klasse 192. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 30. März 1928

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern, neben welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 150 Mark gezogen.

[illegible]

Im Glücksrade verblieben nach heute beendigter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 Prämie zu 200000. Gewinne: 1 zu 100000, 1 zu 30000, 2 zu 25000, 4 zu 10000, 21 zu 5000, 31 zu 3000, 76 zu 2000, 126 zu 1000.

schreiben — laß mich nur machen! Die Wahrheit soll euer Glück nicht zerstören!“

„Es ist schon zerstört, Tilly.“

„Nein — ihr seid nur blind und wollt euer Glück nicht sehen. Ich werde sofort schreiben!“

„Versuche dein Heil,“ entgegnete Anita mit traurigem Lächeln. „Ich lasse dich allein — der Abend ist schön, ich will zum Grabe meines Vaters gehen . . .“

Sie küßte Tilly, dann verließ sie das Zimmer und das Haus.

Es war ein milder Frühlingsabend; ein leichter Wind kräuselte die Oberfläche der See, deren Wellen leise murmelnd an das Wehr schlugen.

Aber Anita sah die Schönheit ringsum nicht. In ihrer Seele war dunkle Nacht.

Was hatte sie nun von der Wahrheit? — Was hatte sie nun von der Erfüllung ihres Wunsches?

Sie sah tiefer als Tilly. Sie las zwischen den Zeilen des Briefes, den Hans geschrieben, und sie erkannte, daß bisher eine düstere Schuld die Wahrheit verhüllt hatte und daß sich Hans um dieser Schuld willen von ihr trennte. Sie kannte die Geschichte des Mannes, der ihr Vater war! Tilly hatte ihr dieselbe in voller Harmlosigkeit erzählt — Tillys Eltern hatten freilich nie davon gesprochen.

Jetzt wußte sie — warum! Jetzt konnte sie sich erklären, weshalb Stolten sie aufgenommen und überwacht hatte. Jetzt verstand sie, weshalb er Klaas Hennig eine Rente zahlte! Jetzt konnte sie sich sein ganzes seltsames Wesen bei seinem letzten Besuche erklären — weshalb er Tilly erlaubt hatte, bei ihr zu bleiben, weshalb er ihr sogar die Hand seines Sohnes angeboten — sie verstand jetzt alles und schauderte zusammen und mußte Hans recht geben, wenn er sich von ihr trennte.

Die Schuld seiner Eltern stand zwischen ihnen! Die Schuld seiner Eltern zerschmetterte ihr Glück — und Hans wollte lieber unglücklich werden, als die Schuld seiner Eltern einzugestehen, als sich selbst mitschuldig zu machen, wenn er die Früchte dieser Schuld für sich in Anspruch nahm.

Er hatte recht — tausendmal recht! Die Schuld der Eltern trennte die Kinder!

Die Schatten der nahenden Nacht senkten sich auf die Erde, als Anita den Friedhof betrat und an dem Grabe ihres Vaters niedersank.

„Vergib mir, Vater,“ flüsterte sie mit bebenden Lippen und zuckendem Herzen, „wenn ich deiner heute nicht in Glück und Freude gedenken kann; wenn ich nicht stark genug bin und über das Glück, dich gefunden zu haben, deinen Namen, deine Ehre vor den Augen der Welt wieder herstellen zu können, das Leid nicht vergessen kann, das mir aus diesem Glück erwächst. Vergib mir, Vater . . . ich werde stark sein, ich werde alles ertragen um der Ehre deines Namens willen. Ich will nicht mehr weinen um mein verlorenes Glück — ich will an dich denken, dessen Arme mich noch im Tode beschützt haben, der du selbst im Tode mich nicht lassen wolltest, und der du vielleicht mit dem Tode die Rettung meines armen Lebens büßen mußtest! Ach, wäre ich doch mit dir von den Wellen an den Felsen zerschmettert worden — mir wäre viel Leid erspart . . .“

Ihr Haupt sank auf das steinerne Kreuz nieder, das sie mit den Armen umfaßt hielt.

So lag sie lange da, bis die Nacht vollständig angebrochen war und ihre dunklen Fittiche um die Erde schlug. Der Wind säuselte leise in den Büschen des Friedhofes und in der Ferne erklang das dumpfe Brausen des Meeres.

Da löste Anita die Arme von dem Kreuz, erhob sich langsam und schaute sich, wie aus einem Traum erwachend, um. Rings um sie lagerte sich das Dunkel der Nacht.

Sie schauderte und erhob die Augen zum Himmel — da erglänzten über ihr die Tausend und aber Tausend Sterne in ihrer herrlichen Pracht und ihrer erhabenen Majestät, und die Milchstraße zog sich wie ein goldener Regenbogen des Friedens, der Versöhnung, über den nächtlichen Himmel.

Anita streckte den Sternen ihre Hände entgegen und ihre Augen füllten sich mit Tränen.

„Ihr ewigen Sterne,“ flüsterte sie, „wollt ihr mich lehren, daß Liebe, Frieden und Versöhnung noch nicht aus dieser Welt verschwunden sind? Wollt ihr mir den Weg zum Glück zeigen? Was soll ich tun — sprecht zu mir, ihr ewigen Sterne!“

Da löste sich ein Stern von dem dunklen Himmel, beschrieb einen goldenen Bogen über das ganze Firmament und verschwand im Nebeldunst der unendlichen Ferne.

Anita starrte der leuchtenden Erscheinung nach. Und nun jubelte es in ihrem Herzen auf und sie schlug die Hände vor das Gesicht, als blende sie der plötzlich auftauchende Glücksstrahl. Schwer atmend blieb sie eine Weile, in tiefe Gedanken versunken, stehen. Dann sah sie wieder auf zu den Sternen, deren Lichtstrahl in ihren Tränen schimmerte, die ihren Augen aber nicht mehr schmerzhaft brennend entströmten, sondern ihr Herz erleichterten und ihre Seele beglückten.

„Ich habe euch verstanden, ihr ewigen Sterne,“ flüsterte sie. „Das Glück will durch Aufopferung erworben werden — und wie der Stern sich reinigt von der glühenden Schlacke, die in der Unendlichkeit verschwindet, so soll auch die Seele sich reinigen, so soll auch die Seele die Schlacken des Hochmuts, des Hasses, der Rache ausstoßen, daß sie wieder im hellen Glück erstrahlen kann. Dank euch, ihr ewigen Sterne, ich habe euch verstanden . . . Und du, mein Vater,“ fuhr sie fort, die Hand auf das Kreuz legend, „du wirst mein Tun segnen und aus deinem Segen wird mir das Glück erstehen . . .“

Sie strich sanft mit der Hand über das Kreuz und küßte es, wie man die Stirn eines geliebten Toten küßt.

Dann kehrte sie heim, und in ihrem Herzen herrschten Ruhe und Frieden.

11. Kapitel.

Ein bedeutungsvoller Rechtsakt.

Der Justizrat und Sachwalter der Firma Johannsen u. Comp. saß in seinem Privatbureau und hörte aufmerksam der Erzählung der vor ihm sitzenden Anita zu.

„Zum Teil kenne ich Ihre Geschichte schon, mein Fräulein,“ sagte er dann lächelnd. „Kapitän Jürgen Hennig hat sie mir erzählt, ohne jedoch die Namen zu nennen.“

„Weshalb hat Jürgen nie mit mir darüber gesprochen?“

„Ja, mein Fräulein, er wollte wahrscheinlich Ihre Ruhe und Ihren Frieden nicht stören, ehe er etwas Sicheres in Erfahrung gebracht hatte. Vielleicht war er ebenso wie ich von der Aussichtslosigkeit, die Vergangenheit aufzuhellen, überzeugt. Von dem Prozeß, den er anstrengen wollte, riet ich ihm dringend ab. Aber wie . . . den ja von ihm selbst das Nähere hören; denn er kann jeden Tag, ja jede Stunde in Hamburg eintreffen. Die „Anna Maria“ ist bereits signalisiert worden. Ich habe auch einen Brief für ihn vom deutschen Konsulat in Rio de Janeiro, vielleicht betrifft er Ihre Angelegenheit. Und nun, mein Fräulein, wünschen Sie, daß ich Ihre Angelegenheit in die Hand nehme und ordne?“

„Ja.“

„Die Sache ist ja vollkommen klar. Nach dem Testament Ihres Großvaters sind Sie seine Universalerbin, und Frau Stolten muß Ihnen nicht nur das Vermögen herausgeben, sondern auch die Einkünfte während der Jahre ihres unrechtmäßigen Besitzes. Ob das aber möglich sein wird, bezweifle ich. Denn soviel ich weiß, besitzt Frau Stolten kein eigenes Vermögen.“

„Ich glaube auch nicht. Aber Sie verstehen mich nicht recht, Herr Justizrat. Ich wollte Sie allerdings bitten, die Angelegenheit zu regeln, doch nicht in dem Sinne, wie Sie andeuteten. Ich wünsche vielmehr, daß Sie einen formellen, rechtsgültigen Verzicht meinerseits auf die Erbschaft zugunsten der Frau Stolten aufsetzen.“

„Wie, mein Fräulein? Sie wollen auf das Erbe verzichten? Bedenken Sie, daß dasselbe eine Million repräsentiert!“

„Mag sein — aber ich kann keinen Gebrauch davon machen.“

„Aber so werden Sie sich wenigstens einen Teil des Erbes vorbehalten! Eine jährliche Rente . . . die Auszahlung eines Kapitals . . .“

„Nur soviel, wie ich nötig habe, um mich in meiner Kunst auszubilden.“

„Aber, mein Fräulein, das ist ja ein ganz eigentümlicher Entschluß. Haben Sie sich auch alles reiflich überlegt? Wollen Sie nicht zuerst mit dem Kapitän Jürgen Hennig Rücksprache nehmen? Sie sind ja mündig und Herrin Ihrer Handlungen; dennoch trage ich Bedenken, die Verzichturkunde ohne weiteres aufzunehmen.“

„Dann bedaure ich, mich an einen anderen Notar wenden zu müssen,“ sagte Anita und wollte sich erheben.

„Halt, mein Fräulein, ich will die Verzichtsurkunde aufsetzen, wenn Sie tatsächlich dazu entschlossen sind. Aber Sie müssen es einem alten Manne, der das Leben und die Welt kennt, verzeihen, wenn er Ihnen dringend rät, sich wenigstens soviel vorzubehalten, daß Ihr Lebensunterhalt gesichert ist.“

„Ich will nichts — nichts von diesem Erbteil!“ sagte Anita erregt und ihre Wangen erglühten. „Ich käme mir wie eine Diebin vor!“

„Aber, mein Fräulein . . . Nun, Sie müssen wohl für Ihre großmütige Handlung Motive haben, die mir unbekannt sind. Ich werde also Ihren Verzicht aufsetzen — vorbehaltlich der Auszahlung einer Summe von — sagen wir: zehntausend Mark.“

„Das ist viel zu viel! — Dreitausend Mark genügen vollauf.“

„Wie Sie wollen,“ entgegnete der Justizrat kurz und ärgerlich.

Dann setzte er den Verzicht auf, Anita unterschrieb, der Justizrat beglaubigte ihre Unterschrift, ließ auch zwei seiner Schreiber als Zeugen unterschreiben und überreichte Anita das Dokument.

Diese nahm es jedoch nicht, sondern sagte:

„Ich bitte Sie, das Dokument in meinem Auftrage an Frau Stolten auf Hohenbüchen zu schicken, nachdem Sie für mich eine Abschrift haben machen lassen.“

„Sehr wohl, mein Fräulein.“

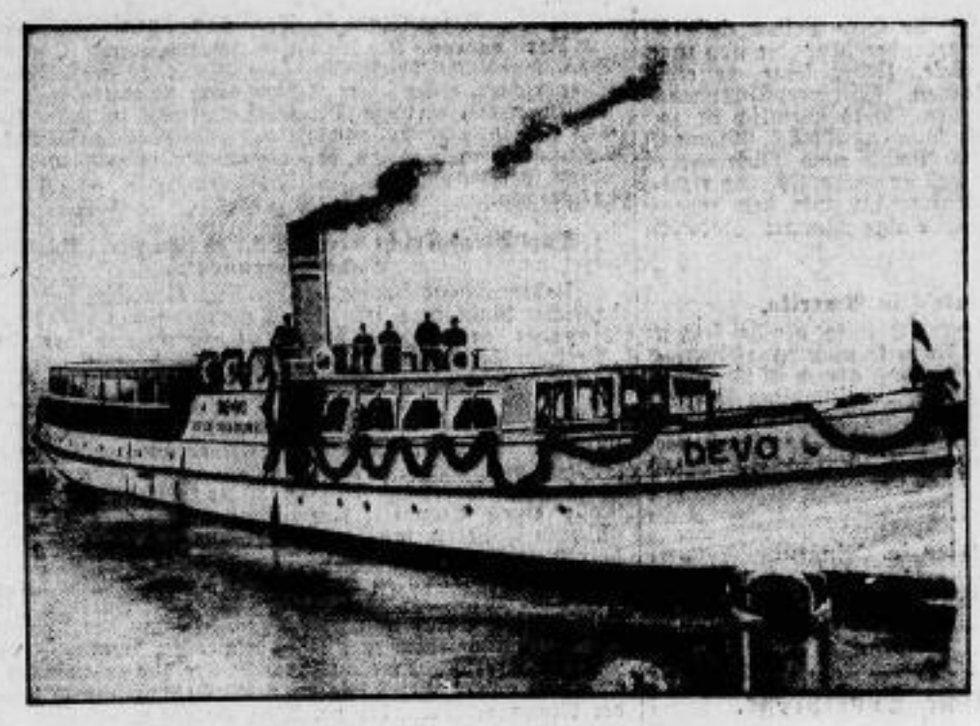
Anita erhob sich.

(Schluß folgt.)

Zur 50jährigen Gedenkfeier der Erhebung Schleswig—Holsteins.

Einnahme der Festung Rendsburg am 24. März 1848.

Schlacht bei Idstedt in Schleswig am 25. Juli 1850.



Das Wochenendschiff Berlin—Ostsee.
Die „Deutschen Volkserholungsheime" haben für Ferienfahrten Berlin—Stettin—Swinemünde—Rügen einen neuen Dampfer in Dienst gestellt, der mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet ist und 500 Personen faßt. Der Dampfer wurde dieser Tage auf den Namen „Devo" feierlich getauft.

Ein seltsamer Osterbrauch.
Zum Wunderstein bei St. Renaud in der Bretagne (Frankreich) wallfahren zu Ostern die jungen Mädchen der umliegenden Dörfer, in dem Glauben, daß die Wunderkraft des Steines ihnen einen Gatten verschafft. Hoffentlich werden sie nicht enttäuscht.

Unverbrennbare Fliegerkleidung.
Nach den vielen Fliegerunfällen der letzten Jahre, bei denen die Insassen in Brand geratener Flugzeuge umkamen, hat man kürzlich in Frankreich einen unverbrennbaren Fliegeranzug hergestellt. Unser Bild zeigt den vergeblichen Versuch, die von der Luftpilotin Fräulein Biget getragene Kleidung in Brand zu stecken.

Die Kraft des Blitzes.
Die Mac-Dachlin-Gedenksäule bei Auckland (Neuseeland), die kürzlich durch einen Blitz gespalten wurde.

Dr. Pelzer wieder in Deutschland.
Dr. Pelzer ist aus den Vereinigten Staaten, wo er mehrfach gestartet ist, mit dem Dampfer „Columbus" zurückgekehrt und am 19. März in Bremerhaven gelandet. Welche Volkstümlichkeit Dr. Pelzer sich drüben erworben hat, beweist der Spitzname „Fliegender Doktor", den die Amerikaner ihm gegeben haben. — Unser Bild zeigt Dr. Pelzer beim Verlassen des Schiffes.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. März 1928.

—WK. Staatliche Prüfung als Wohlfahrtspfleger. Letzthin vollzog die Berufsschule für männliche Wohlfahrtspfleger, die der Deutsche Caritasverband in Freiburg i. Br. errichtet hat, den Abschluß ihres ersten Nachschulungskurses mit einer staatlichen Prüfung zu der als badische Regierungskommissare die Ministerialräte Anperger und Kunkel erschienen waren. 15 Prüflinge wurden als bestanden erklärt, darunter nicht weniger als 7 mit der ersten Note. Es ist zu wünschen, daß auch der für den Herbst ds. Js. vorgesehene zweite Nachschulungskurs einen guten Besuch und ebensolchen Erfolg aufzuweisen hat.

—* Kriegsgräberfürsorge. Das Heft 3 der Bundeszeitschrift „Kriegsgräberfürsorge" ist dem Volkstrauertag gewidmet. Weiter bringt es zahlreiche Berichte, die ein Bild von der praktischen Bauarbeit des Volksbundes an den zahllosen Deutschen Kriegerfriedhöfen des Auslandes geben. Vor allem ist dem Kriegerfriedhof Chevpy in Frankreich ein ausführlicher Artikel mit Abbildungen gewidmet. — Durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge beweist das Deutsche Volk, daß es gewillt ist, zum Zeichen seiner Dankbarkeit für unsere im Weltkriege gefallenen Helden deren letzte Ruhestätten vor dem endgültigen Verfall zu bewahren. Es beweist weiter, daß es den Volkstrauertag als den einen Gedenktag für seine im Weltkriege gebliebenen Söhne verlangt. Als äußeres Zeichen hierfür sollen an diesem Tage in Stadt und Land die Fahnen auf Halbmast wehen.

—WK. Kein Deutscher Fürsorgetag 1928. Mit der vom Deutschen Städtetag angeregten Einschränkung der Wohlfahrtskongresse will der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt a. M. den Anfang machen. Er hat beschlossen, in diesem Jahre keinen Deutschen Fürsorgetag abzuhalten. Um die schwebenden Fragen zu behandeln, wird er sich darauf beschränken, für den Herbst dieses Jahres die Mitglieder des Hauptausschusses des Vereins nach München zu einer Sitzung einzuberufen. Neben einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten sollen auf der Tagesordnung die Beratungen über die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige vom Standpunkte der Erziehung und Erwerbsbefähigung und über die Vorschläge für ein Reichsbewahrungsgesetz stehen.

—WK. Uebergangsgeld für weibliche Angestellte bei Verheiratung. Der Reichsminister der Finanzen macht in einem kürzlich ergangenen Bescheide darauf aufmerksam, daß Zweifel darüber entstanden sind, unter welchen Voraussetzungen weibliche Angestellte im Reichsdienste bei ihrem Ausscheiden wegen Verheiratung Uebergangsgeld erhalten können. Der Reichsfinanzminister erklärt sich damit einverstanden, daß das Uebergangsgeld auch dann gewährt werden kann, wenn die Lösung des Dienstverhältnisses von der Angestellten selbst eingeleitet worden ist und die Ehe spätestens einen Monat nach dem Ausscheiden geschlossen wird. Jedoch darf in diesem Falle die Zahlung des Uebergangsgeldes erst nach vollzogener Eheschließung beginnen. Sie ist außerdem an die Voraussetzung geknüpft, daß die Lösung des Dienstverhältnisses nicht gegen den Widerspruch der Dienststelle erfolgt.

—WK. Witwenversorgung. Um immer noch zahlreich bestehenden Zweifeln zu begegnen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß rentenberechtigte Witwen mit einer Witwenrente von 60 v. H. Anspruch auf die durch die 5. Novelle zum RVG. eingeführte erhöhte Zusatzrente von 450 RM. haben, wenn sie lediglich auf die Rente angewiesen und keine versorgungsberechtigten Waisen vorhanden sind. Der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" empfiehlt daher seinen Gruppen, bei den ihnen zugehörigen Witwen zu prüfen, ob für sie ein Antrag auf die erhöhte Zusatzrente in Frage kommt.

—* Neue Autoverbindung in Nordböhmen. In das Autonetz von Nordböhmen, das im letzten Jahre recht dicht geworden ist, soll in nächster Zeit eine wichtige Linie eingefügt werden, welche das nördlichste Böhmen und darüber hinaus die sächsischen Grenzgebiete von Zittau bis zur Grenze mit der so vielbesuchten Böhmischen Schweiz verbinden wird. Die „Autoverkehrsgesellschaft Kreibitztal" wird eine Autolinie von Warnsdorf—Marktplatz bis ins Zentrum der Böhm. Schweiz, der herrlichen Sommerfrische Dittersbach errichten, die bisher nur schwer zu erreichen war, da keine Bahnlinie näher als 2 Wegstunden entfernt ist. Die neue Strecke soll laufen: Warnsdorf (hier Anschluß der Autos der Postkraftwagen von Zittau/Sa., Waltersdorf/Sa. und Bad Jonsdorf/Sa. über Großschönau Grenze) Staatsstraße Schönborn, Schönlinde, Schönbüchel, Schnauhübel, Langengrund, Khaa, Daubitz, Rennersdorf nach Dittersbach. Die Linie ist nicht nur für den Touristenverkehr gedacht, sondern soll es der Arbeiterschaft erleichtern, aus den kleinen Orten in die Fabriken nach Schönlinde und Warnsdorf zu gelangen.

—WK. Keine sittenpolizeiliche Aufsicht mehr in Sachsen. Eine Entscheidung des Sächs. Oberverwaltungsgerichts. Eine wichtige Entscheidung hat, wie die Wohlfahrts-Korrespondenz erfährt, soeben das Sächsische Oberverwaltungsgericht auf Grund des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und insbesondere der sächsischen Ausführungsverordnung getroffen. Bekanntlich bildete bei der Ausführung des Gesetzes in den einzelnen deutschen Ländern die Frage eine große Rolle, ob der Wille des Gesetzgebers dahin gegangen war, die Gebiete, mit denen er sich im Reichsgesetz beschäftigt, erschöpfend zu regeln oder ob daneben den Polizeibehörden auf Grund von landesrechtlichen Vorschriften nach wie vor freie Hand im Einschreiten zum Schutze der öffentlichen Ordnung gegen unzüchtiges Gebahren geblieben ist, was gleichbedeutend mit einer weiteren sittenpolizeilichen Aufsicht wäre. Für die Beantwortung dieser Frage bieten Reichsgesetz und Gesetzesmaterialien nach der Ansicht des Sächs. Oberverwaltungsgerichts keinen unmittelbaren Anhalt. Dagegen läßt die sächsische Ausführungsverordnung keinen Zweifel darüber, daß der Polizeibehörde im allgemeinen die Ueberwachung der gewerbsmäßigen Unzucht entzogen ist. § 11 Satz 1 lautet hier unzweideutig: „Aufgehoben werden die auf die Ueberwachung der gewerbsmäßigen Unzucht gerichteten Bestimmungen und Anweisungen." Diese Bestimmung geht offensichtlich davon aus, daß dieses Gebiet vom Reichsgesetz erschöpfend und unter Ausschluß von besonderen polizeilichen Maßnahmen behandelt ist. Infolgedessen haben auch alle vor dem 1. Oktober 1927 in dieser oder ähnlicher Richtung in Sachsen erlassenen Polizeivorschriften von diesem Zeitpunkte ab als aufgehoben bezw. rechtsunwirksam zu gelten.

* Dresden. Ein Sittlichkeitsverbrecher verurteilt. Als rückfälliger Sittlichkeitsverbrecher mußte sich am Dienstag der 37 Jahre alte Schneidergehilfe Walter Schröter aus Dresden in geheimer Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht verantworten. Er hatte sich an drei kleinen Schulmädchen vergangen. Das Gericht verurteilte Schröter unter Versagung mildernder Umstände zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis.

Bockau i. E. Submissionsblüte. Die Beteiligten bei der Ausschreibung eines Teiles des Straßenausbaues der Muldentalstraße zwischen Bockau und Blauenthal waren dadurch außerordentlich überrascht, daß die Preisaufstellung zwischen 160000 und 388000 RM. schwankte.

Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

Mühlberg 1. — Röderau 1. 1:4 (1:1).

Die erste Elf des SV Röderau siegte im Gesellschaftsspiel in Mühlberg mit mehrfachem Ersatz 4:1.

Zum Spielverlauf: Mühlberg hat Anstoß und versucht durch schnelle Durchbrüche Röderaus Hintermannschaft zu überwinden, was aber nicht gelingt. Röderau spielt sich frei und Vogel sendet in der 14. Minute zum 1. Treffer ein. Dadurch wird Mühlberg angespornt und drängt Röderau ¼ Stunde zurück, ein Mißverständnis von Röderaus linkem Verteidiger bringt Mühlberg in der 30. Minute den Ausgleich. Röderau findet sich durch Umstellung besser zusammen und Mühlberg verteidigt mit viel Glück und kann bis Halbzeit ein 1:1 Remis erzielen. Nach Wiederanstoß hat Mühlberg nicht mehr viel zu bestellen und Röderau setzt sich in Mühlbergs Spielhälfte fest, die verjüngte Mühlbergerelf kämpft mit großem Eifer, kann aber nicht verhindern das Röderau durch Vetter in der 55. Minute den 2 Treffer einsendet, derselbe Spieler läßt in der 61. Minute Nummer 3 folgen und ein Selbsttor bringt Röderau in der 82. Minute den 4. Treffer. Auch Fähle ließ eine seiner bekannten Bomben folgen, hier war aber der Pfosten der Retter.

Kritik: Die Mühlberger gaben durch die neuaufgestellte Elf einen zähen achtbaren Gegner ab. Der Tormann, sowie der Innensturm war Mühlbergs stärkste Waffe. Bei Röderau war Fähle und Henker 3 sehr gut, auch die beiden Außenläufer waren gut, während Helfer als Mittelläufer Henker 1 nicht ganz ersetzen konnte. Der Schiedsrichter pfiff, bis auf einige Fehler gut.

Die Jugendelf setzte den Siegeszug fort und schlug die Mühlberger Jugend reichlich hoch, denn hier hieß das Resultat 12:0 für Röderau.

Am vergangenen Sonntag schlug die Röderauer Jugend die 1. Jugend von Sportlust 4:0.

Vorschau: Am kommenden Sonntag ist die 1. Jugend Gast von SV. Nauwalde, während die 1. Elf die Reserve von Hellas-Germania Mittweida verpflichtet hat. Ott.

•

Dr. Peltzer in Bremen.

Der Stettiner Meisterläufer Dr. Otto Peltzer äußerte sich am Montag in Bremen eingehender über die von ihm in Amerika gewonnenen Eindrücke. Ueber seine weiteren Pläne läßt Peltzer nichts verlauten. Startverpflichtungen ist er bisher noch nicht eingegangen. Wahrscheinlich ist jedoch, daß er Pfingsten einer Einladung des ABTS (Bremen) folgen wird. Zunächst begibt sich Peltzer nach Wickersdorf. Nach den Olympischen Spielen will er nochmals nach Amerika fahren, da die Columbia-Universität ihm den ehrenvollen Auftrag erteilt hat, dort einige Monate hindurch Gastvorlesungen zu halten.

•

Ein neuer Sieg Steinke's in Amerika.

Der deutsche Berufsringer Hans Steinke, der bei seinen durchaus ernsthaften Kämpfen in Amerika noch keine Niederlage erlitten hat, konnte am Montag abend in Newyork abermals einen schönen Erfolg feiern. Im Madison Square Garden siegte Steinke in einem über 65 Minuten und 18 Sekunden dauernden prächtigen Kampf über den Italiener Renato Gardini, den er in dieser Zeit durch Scheren-Armlock auf beide Schultern legte.

•

Holland schlägt Belgien im Ringen.

Der in Beverwyk ausgetragene Länderkampf im Ringen zwischen den Auswahlmannschaften von Belgien und Holland endete mit 4:2 Siegen für Holland.

•

Verband mitteldeutsche Sportpresse.

Zur Wahrung der Berufsinteressen erfolgte am Dienstag abend im Deutschen Haus zu Leipzig durch die Gründung des Verbandes mitteldeutsche Sportpresse der engere Zusammenschluß der mitteldeutschen Sportjournalisten und Sportschriftsteller. Der Verband mitteldeutsche Sportpresse wird korporativ dem Verein Deutsche Sportpresse beitreten. Der Vorstand wurde in nachstehender Besetzung einstimmig gewählt. 1. Vorsitzender: Karl Markus (Leipzig), 2. Vorsitzender: Fritz Niemeyer-Leipzig, Schatzmeister: Bernhard Giese (Leipzig) und Schriftführer Adolf Senpf (Leipzig).

Olympische Spiele 1928.

Die ersten Meldungen zum Fußball- und Hockeyturnier.

Aus Amsterdam wird uns gemeldet, daß bis zum heutigen Tage beim Niederländischen Olympischen Komitee von sechs Ländern die ersten offiziellen Meldungen zur Teilnahme am Olympischen Fußballturnier eingegangen sind. Es sind dies: Belgien, Bulgarien, Jugoslawien, Türkei, Argentinien und Uruguay. Zum Hockeyturnier liegen offizielle Meldungen erst von Belgien und Britisch-Indien vor. Da der Meldeschluß für beide Turniere erst Mitte April abläuft, ist der Haupteingang der offiziellen Meldungen in den nächsten 14 Tagen zu erwarten.

•

14. Deutsches Turnfest Köln 21.-30. Juli 1928

Der Festzug beim 14. Deutschen Turnfest.

Aus Köln wird uns geschrieben: Bei jedem der Deutschen Turnfeste stellte der Festzug einen Höhepunkt dar. So rüstet auch Köln, um beim 14. Deutschen Turnfest einen Festzug durchzuführen, der der Bedeutung des Festes gerecht wird. Bei der Beteiligung von etwa 180000 werden, ausgehend von den Wohnbezirken der einzelnen Kreise der D.T. in Köln, vier Züge gebildet, von denen zwei Züge je 50000 und die anderen zwei Züge je 40000 Teilnehmer umfassen. Alle vier Züge beginnen nun am Sonntag gleichzeitig um 8 Uhr vormittags. Es entsteht damit auf der Ringstraße ein sogenannter Gegenzug, eine Durchführungsart, die das Einzigartige in sich schließt daß sich die verschiedenen Landsmannschaften aus dem deutschen Vaterlande sehen und begrüßen können. Die Zeiteinteilung dieses Planes ermöglicht die Durchführung in 3½ bis 4 Stunden, so daß um 12 Uhr der Festzug beendet ist und die Zehntausende von Zuschauern noch vor dem Beginn der Nachmittagsvorführungen Zeit genug zur Einnahme der Mittagsmahlzeit haben.

Urlaub zum 14. Deutschen Turnfest.

Der engere Vorstand des Deutschen und Preußischen Städtetages hat beschlossen, dem Antrage der Deutschen Turnerschaft, seitens der Städte allen Beamten und Angestellten, welche an dem Deutschen Turnfest in Köln teilnehmen wollen, nach Möglichkeit den erforderlichen Urlaub zu bewilligen, im Rahmen der dienstlichen Verhältnisse und unter Anrechnung auf den Jahresurlaub, weitgehend zu entsprechen.

•

Das Strafgericht des BDR. in Sachen „Berliner Sechstagerennen".

Ueberraschend schnell hat der Sportausschuß des Bundes deutscher Radfahrer sein Urteil über zahlreiche Fahrer und Manager gefällt, die in die Untersuchung des Falles „Berliner Sechstagerennen" verwickelt sind. Mit erfreulicher Strenge ist diesmal gegen alle die vorgegangen worden, die den Ausgang des Rennens zu beeinflussen versuchten. Dem Holländer van Kempen wird die Lizenz auf drei Monate entzogen, außerdem wird er auf die Dauer eines Jahres von allen deutschen Rennbahnen verwiesen. Die gleiche Strafe erhielt sein Manager Biekemoolen, der die Rolle eines Vermittlers zwischen van Kempen und den anderen Fahrern spielte. Der Schweizer Richli kam mit drei Monaten Lizenz-Entziehung davon, Ehmer und Kroschel erhielten je 2 Monate Startverbot und außerdem je 1000 Mark Geldstrafe. Oskar Tietz und sein Partner Rieger sind auf die Dauer von zwei Monaten von der Teilnahme an allen Wettbewerben ausgeschlossen worden. Paul Münzer, der Manager und Pfleger der Mannschaft Ehmer-Kroschel, wurde mit 2 Monaten Lizenz-Entziehung bestraft, der Manager Billa, der bei Tietz, Rieger und Tonani tätig war, ist auf die Dauer eines Jahres von allen deutschen Rennbahnen verwiesen worden.

•

Körnig beim Film.

Der deutsche Meistersprinter Helmut Körnig vom Sportklub Charlottenburg hat sich entschlossen, zum Film überzugehen. Unter Leitung des Regisseurs Troß wird demnächst mit der Herstellung eines Sportfilms begonnen werden, in dem Körnig mit einer Partnerin die Hauptrolle übernommen hat.

Handel und Volkswirtschaft.

Dresdner Börse vom 20. März. Die schwache Haltung der Berliner Börse wirkte sich heute auch an der hiesigen Börse aus. Den zahlreichen Kursrückgängen, die im allgemeinen aber nicht über wenige Prozent hinaus gingen, standen nur vereinzelte unerhebliche Kursgewinne gegenüber. Schwächer lagen vor allem Vereinigte Photo minus 11, Dresdner Albumin minus 5, Genußscheine minus 11,5, ferner Polyphon minus 8, Lingner-Werke und Schubert u. Salzer je minus 6, die Genußscheine Schubert u. Salzer minus 7, Bergmann minus 4, Wanderer minus 3,25, Kommerz- und Privatbank minus 3, Deutsche Bank und Vereinigte Zünder je minus 2,75, Pöge minus 2,5, Deutsche Jute, Dresdner Bank, Sächsische Bodenkredit, Faratit- und Rockstroh-Werke je minus 2 %. Großenhainer Webstuhl minus 2,25. Dagegen konnten Baumwollspinnerei Zwickau von dem Vortragsverlust 9 % wieder gewinnen. Auch Schöfferhof lagen 8 %, Niederschlemaer 3 % höher.

Chemnitzer Börse vom 20. März. Die heutige Börse verkehrte bei allgemein nachgebender Tendenz außerordentlich still. Schwächer lagen u. a. Schubert u. Salzer-Aktien minus 5,5, Dittersdorfer Filz minus 3 %. Kommerz- und Privatbank, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft sowie Köbke, Liebermann je minus 2 %. Von den wenigen Kurssteigerungen sind zu nennen Bachmann und Ladewig plus 2,75 %. Radeberger Export und Mimosa je plus 2 %.

Leipziger Börse vom 20. März. Da das Angebot bei weitem überwog und das Publikum größte Zurückhaltung zeigte, machte sich, abgesehen von geringen Ausnahmen, ein allgemeines Abbröckeln der Kurse bemerkbar. So gaben Polyphon 8,25 % nach, Stöhr minus 7, Schubert u. Salzer minus 6, Genußscheine minus 7, Riebeck- und Mansfeld-Aktien je minus 2 %. Kloßwitzer Ziegel lagen 2,5 % und Gnüchtel 2 % höher.

An der Berliner Börse war das Geschäft auf dem Effektenmarkt am Dienstag sehr still. Nur für einige wenige Spezialpapiere herrschte Nachfrage. Die meisten Papiere mußten sich Kurseinbußen gefallen lassen. Am Rentenmarkt waren heimische Renten kaum verändert. Am Schiffahrtsmarkt waren sogar Werte wie Norddeutscher Lloyd und Hapag schwächer. Bankwerte hatten nur ganz geringe Umsätze. Reichsbankanteile gewannen 1 Prozent. Am Montanmarkt verloren u. a. Stolberger Zink 3 Prozent, Hoesch 2 Prozent. Kalipapiere waren um 3 Prozent gedrückt. Auch am Elektromarkt betrugen die Kurseinbußen durchweg 1 bis 2 Prozent. Von den Maschinenwerten verloren Schubert u. Salzer 6 Prozent, Deutsche Maschinen 2 Prozent. Der Satz für tägliches Geld war 6 bis 8 Prozent, für Monatsgeld 7½ bis 8½ Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Marktberichte.

Großenhainer Schweinemarkt Dienstag, den 20. März. Preis eines Ferkels: 14—20 M. Ausnahmen über Notiz. Zufuhre: 205 Ferkel. Geschäftsgang: langsam.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 20. März. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen**, märkischer 248—249, pomm. —. **Roggen**, märkischer 256—258, märkischer, neu —, pomm. —. **Gerste**, Sommergerste 235—280, neue Wintergerste —. **Hafer**, märkischer 233—241, schlesisch. —. **Mais**, loco Berlin 237—239, Waggon frei Hamburg —. **Weizenmehl**, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 31,25—35,00. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 34,25—36,25. **Weizenkleie**, frei Berlin 16,50. **Roggenkleie**, frei Berlin 16,50. **Raps** —. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 46,00—57,00, **kl. Speise-Erbsen** 34,00 b. 36,00. **Futtererbsen** 25,00—27,00. **Peluschken** 23,00—24,00. **Ackerbohnen** 23,00—24,00. **Wicken** 22,00—23,40. **Lupinen**, blaue 14,00—14,75, gelbe 15,25—16,00. **Serradella**, neu 25,00—28,00. **Rapskuchen** Basis 38 %, 19,50—19,60. **Leinkuchen** Basis 37 %, 24,20 bis 24,60. **Trockenschnitzel** 14,20—14,50. **Soya-Extractions-Schrot** Basis 45 %, 22,90—23,60. **Kartoffelflocken** 26,00—26,50.

Städt. Verkehrsbüro Oberwiesenthal i. Erzg. Tel. 335.

Wetter-Bericht

vom 20. März 1928, früh 7 Uhr.

	Temperatur Cels.	Barometer-Stand:	Schneehöhe	Sport-Verhältnisse Ski	Rodel	Bobbahn
Stadtgebiet:	— 8°	66,2	11 cm	gut	sehr gut	
Fichtelberggebiet:	— 11°	59,1	75 cm	gut	sehr gut	

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

März	Moldau: Kamaik	Moldau: Modran	Eger: Laun	Elbe: Nimburg	Elbe: Brandeis	Elbe: Melnik	Elbe: Leitmeritz	Elbe: Aussig	Elbe: Dresden	Elbe: Riesa
20.	— 2	— 60	— 9	+ 16	+ 30	— 30	— 31	+ 8	— 135	— 72
21.	— 4	— 62	— 11	+ 24	+ 28	— 34	— 34	+ 9	— 137	— 80